



Bericht zur Stadtentwicklung 2013

Quartiere im Fokus

Inhalt

Heimat im Quartier. Lebenswerte Stadtteile entwickeln!	4
Michael Groschek	
Renaissance des Lokalen. Quartiere im Fokus von Wissenschaft und Politik	6
PD Dr. Olaf Schnur	
Integriertes Handeln. Mehrwert fürs Quartier	11
Ralf Zimmer-Hegmann	
Der Teil und das Ganze. Quartiersentwicklung als gesamtstädtische Planungsaufgabe	18
Michael von der Mühlen	
Die Mühen der Ebene. Neue zivilgesellschaftliche Partner in der Quartiersentwicklung	24
Frauke Burgdorff / Christian Holl	
Rahmenkonzept Integrierte Quartiersentwicklung. Die Ziele der Landesregierung für die „soziale Stadt“	32
Sabine Nakelski	
Die neue Strukturfondsperiode. Chancen für die Quartiersentwicklung	35
Carola Scholz	
Zukunftsaufgabe: Klimagerechte und soziale Quartierserneuerung	40
Helmut Köchert / Dr. Brigitta Verhoek-Köhler	
Politik für Wohnquartiere	46
Rita Tölle	
Sozialraum Quartier	49
Gabriele Schmidt	
Der Masterplan altengerechte Quartiere.NRW	55
Dr. Daniela Grobe	
Mobilität im städtischen Raum. Qualität für das Quartier	62
Evelin Unger-Azadi / Peter London	
Quartiersentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Best Practices	66
Sabine Nakelski	
Wie geht es weiter in der integrierten Quartiersentwicklung?	72
Karl Jasper	
Verantwortung für das Quartier übernehmen - Sieben Handlungsfelder	16/22/30/38/44/52/60
Henry Beierlorzer	
Autoren	78
Links	79
Abbildungsnachweis	80
Impressum	81

Heimat
im Quartier.
Lebenswerte
Stadtteile
entwickeln!

Der Begriff Heimat weckt sicher sehr unterschiedliche Assoziationen: Wird er von den Einen als wohlbekannter Ort, als Erinnerungs- oder Sehnsuchtsort definiert – so ist er für die Anderen als Konzept der Identität fast ohne Bedeutung und sie kommen gut ohne den Heimatbegriff aus. Sind Beheimatung und Verortung also völlig individuelle Leistungen? Oder können die spezifischen Angebote einer Stadt, die besonderen Nachbarschaften oder auch das eigene bürgerschaftliche Engagement im Quartier vielleicht dazu beitragen, dass man sich „beheimatet“ fühlt? Kann also Heimat ein Begriff in der Stadtentwicklung sein und können wir Heimat schaffen?

Nordrhein-westfälische Städtepolitik will das mit ihrem Konzept für eine nachhaltige und soziale Quartiersentwicklung versuchen. Diese blendet den Kontext der Gesamtstadt und gesamtstädtische Entwicklungskonzepte keinesfalls aus. Im Blickpunkt stehen aber nicht so sehr die „Leuchtturmprojekte“ der Stadtplanung, sondern vorrangig die „normalen“ Quartiere, ihre Strukturen und ihre längerfristigen Bedarfe. Lebensqualität in unseren Städten hängt meines Erachtens entscheidend davon ab, inwieweit die Quartiere in den Städten stabil und in der Lage sind, den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen und den Erwartungen der Menschen gerecht zu werden. Gerade in einer globalisierten Welt müssen Stabilität und Lebensqualität in den Quartieren unserer Städte Ziele nachhaltiger Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik sein.

Stadtquartiere müssen heute vielen Erwartungen genügen. Sie sollen

- nachfragegerechten Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen und Generationen bieten,
- Sicherheit, Nachbarschaft, soziale Netze und Inklusion ermöglichen,
- Bildungs- und Nahversorgungseinrichtungen, Kultur, Freiräume und öffentliche Mobilitätsangebote vorhalten,
- Entwicklungsmöglichkeiten für lokale Betriebe bieten und
- dazu noch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Für die Quartiersentwicklung kommt es auf das Augenmaß, die vernünftige Bestandsaufnahme, auf das Erkennen von Problemlagen, Hemmnissen und Potenzialen an. Und natürlich ist Quartiersentwicklung zuvorderst eine Aufgabe der Städte und Gemeinden

im Rahmen ihrer Selbstverwaltung. Sie können dabei jedoch auf die Unterstützung des Landes bauen. Nordrhein-Westfalen hat eine lange Tradition der Förderung der integrierten Quartiersentwicklung, beginnend mit dem Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ im Jahre 1993. Der erprobte integrierte Handlungsansatz ist eine Grundkonstante der Stadterneuerung in NRW und Basis für die Förderung in den Städten.

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart worden, ein Rahmenkonzept zu erarbeiten, das alle Aktivitäten der Ressorts der Landesregierung für die Quartiere bündelt und dabei den Fokus auf die Gebietskulisse der „Sozialen Stadt“ und des „Stadtumbaus“ setzt. Von diesem Rahmenkonzept soll in diesem Stadtentwicklungsbericht die Rede sein. Ebenso werden die konzeptionellen Überlegungen anderer Ressorts der Landesregierung wie MGPEA und MAIS für Verbesserungen im „Sozialraum“ Quartier dargestellt.

Für das Verständnis sind gute Beispiele besonders wichtig: In die Texte eingestreut wurden daher sieben Beispiele für bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme im Quartier. Dabei geht es um den Einzelhandel, die Nahversorgung also, ebenso wie um die wichtigen Akteure Kirche und Wohnungswirtschaft.

Einleitend kommen Wissenschaft, kommunale Praxis und Zivilgesellschaft zu Wort, um den „Fokus“ Quartier neu einzuordnen und um vielleicht auch der Landespolitik Empfehlungen zu geben und neue Handlungsoptionen zu eröffnen.



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Michael Groschek', written in a cursive style.

Michael Groschek

Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Renaissance des Lokalen

Quartiere im Fokus von Wissenschaft und Politik



PD Dr. Olaf Schnur

Der Begriff Quartier entzieht sich im Vergleich zu administrativen Bezeichnungen wie Ortsteil oder Bezirk einer genauen Abgrenzung ebenso wie einer einfachen Definition. Dennoch ist dieser Begriff in unserer Alltagswelt fest verankert und wird durch verschiedene Akteure interpretiert und weiter entwickelt. Generell ist beobachtbar, dass insbesondere in den Großstädten Quartiere und Nachbarschaften eine wesentliche Perspektive für viele Haushalte darstellen – sei es als Unterstützungsnetzwerk, Kontaktbörse oder Identitätsangebot. In der Quartiersforschung existiert heute in den verschiedenen Disziplinen eine vielfältige und praxisrelevante Forschungskulisse.

Neighborhood Revisited: Veränderte politisch-ökonomische Rahmenbedingungen der Quartiersentwicklung.

Nur wenige erinnern sich an die früher allseits bekannte „Bolte-Zwiebel“ – und das ist keine Überraschung. Mit der eingängigen Darstellung in Form einer Zwiebel teilte der Soziologe Karl Martin Bolte die Gesellschaft der Moderne der 1960er Jahre in eine überschaubare Unterschicht, eine kleine Oberschicht sowie in einen großen Mittelstandsbauch ein – in der Tat ein Konzept von Gestern, denn die Zeitdiagnosen könnten klarer und deutlicher nicht sein: Spätestens seit den 1990er Jahren nehmen die sozioökonomischen Ungleichheiten in westlichen Gesellschaften immer mehr zu. In der wissenschaftlichen Literatur wird dies von vielen Autoren als Übergang von einer „fordistischen“ zu einer „postfordistischen“ politisch-ökonomischen Konstellation gedeutet – also als die Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung und der damit verbundenen, tendenziell an Kapitalinteressen ausgerichteten Politikformen. Betrachtet man parallel dazu gesellschaftlich-kulturelle Entwicklungen, so stellt man – im analogen Übergang von der Moderne zur Postmoderne – nicht nur eine Restrukturierung herkömmlicher Ökonomien und Politiken, sondern auch eine Auflösung traditioneller Lebens- und Haushaltsformen sowie eine Ausdifferenzierung neuer Lebensstile fest. Die soziale Polarisierung und Diversifizierung schlägt sich auch räumlich nieder und dies insbesondere in Großstädten, was sich als Segregation und Fragmentierung manifestiert. Während sich einerseits benachteiligte Bevölkerungsgruppen zunehmend in bestimmten Quartieren konzentrieren, versuchen immer mehr wohlhabende Haushalte, ihre Wohnsituation zu verbessern, indem sie Quartiere und Nachbarschaften nachfragen, die zu ihrem Milieu passen. Dies geschieht nicht immer ohne sozial-räum-

liche Konflikte, wie man an der zunehmenden Anti-Gentrifizierungs-Bewegung (z.B. „Recht auf Stadt“) oder global an Unruhen in benachteiligten Quartieren ablesen kann, und hat zu entsprechenden Politikformen geführt (z.B. „Soziale Stadt“).

Neighborhood Reloaded? Gesellschaftliche Relevanz der Quartiersebene

Angesichts der Globalisierung und der damit verbundenen „Entankerung“ der Menschen, deren Sozialbeziehungen u.a. durch Telekommunikation, soziale Medien und billige Flugreisen immer größere Distanzen überbrücken, erscheint es vordergründig erstaunlich, dass Quartiere als kleinräumliche lokale Einheiten eine Renaissance erleben sollten. Das Paradoxon der wachsenden Bedeutung des Lokalen im globalen Zeitalter ist aber erklärbar. Der Soziologe Roland Robertson hat hierfür den Begriff der „Glokalisierung“ geprägt, mit dem zum Ausdruck kommt, dass wir uns zwar zunehmend global vernetzen, in der „neuen Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) der Postmoderne jedoch auch nach lokalen Bezugspunkten streben, die eine gewisse Kontinuität aufweisen und möglichst „zu uns passen“.

Inwieweit die Ressourcen des näheren Wohnumfelds jedoch eher optional-freiwillig genutzt werden oder einen Zwangscharakter offenbaren, hängt unter anderem von der Lebenslage, dem Lebensstil und dem Lebenszyklus der Menschen ab. Zusammen mit der zunehmenden Individualisierung, der wachsenden räumlichen Mobilität und der erwähnten sozialen Polarisierung entstehen neue Formen von Quartieren. Dabei kann man grob zwischen drei Quartierstypen unterscheiden, mit denen idealtypisch lokale Lebenswelten aufgezeigt werden:



Severinsviertel, Köln

Marginalisierte Quartiere: In diesen Verliererzonen der Globalisierung sind insbesondere drei Gruppen auf das Quartiersumfeld als Ressource angewiesen: zugewanderte, arme bzw. arbeitslose und alte Menschen. Abhängig von deren Lebenslage, d.h. deren Einkommens-, Bildungs- oder Teilhabe-Chancen sowie vom Lebenszyklus, in dessen Phasen wir unterschiedlich mobil sind, werden Angebote aus dem Quartier – von kommunaler Infrastruktur bis zu privater Nachbarschaftshilfe – mehr oder weniger intensiv genutzt. Hält ein Quartier entsprechende Ressourcen nicht bereit, kommt es zu einer weiteren Marginalisierung als „Quartierseffekt“.

Bürgerliche Quartiere: In diesen Mittelschicht- und Oberschichtquartieren trifft man auf Haushalte, die sich in der Regel in allen Segmenten des Wohnungsmarktes frei bewegen können. Auf Quartiersressourcen sind sie kaum angewiesen, weil sie über ausreichende materielle Grundlagen verfügen. Nachbarschaft entsteht hier eher aufgrund ähnlicher

Präferenzen (z.B. Privatheit, Sicherheit) als aufgrund von Bedürftigkeit.

Postmoderne Quartiere: Während im vorherigen Quartierstyp eher „bürgerliche“ Lebensstile vorzufinden sein werden, verweisen die Quartiere, die hier vereinfacht „postmodern“ genannt werden, auf eine plurale Bewohnerschaft mit experimentellen, auch postmaterialistischen Lebensstilen. Häufig verschmelzen Wohnen und Arbeit im Quartiersalltag, was in kreativen Berufen oft als konstitutiv angesehen wird. Nicht selten sind solche „Kreativquartiere“ genau die Zonen der Stadt, in denen Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse stattfinden.

Generell ist beobachtbar, dass insbesondere in Großstädten Quartiere und Nachbarschaften eine wesentliche Perspektive für viele Haushalte darstellen – sei es als Unterstützungsnetzwerk, Kontaktbörse oder Identitätsangebot. Als neue Mosaiksteine des Lokalen erscheinen auch manche Formen der „Collaborative

Consumption“ (d.h. tauschbörsenartige Internetplattformen), der „Cooperative Spaces“ (d.h. flexible, gemeinsam genutzte Büroflächen) von Freelancern o.ä., die ein Wohnviertel zu einem „Quartier 2.0“ machen.

Quartiersforschung heute: Fäden aufgreifen, Perspektiven entwickeln

Das in den letzten Jahren – um akademische und politische Themen herum – entstandene Feld der Quartiersforschung (vgl. www.quartiersforschung.de), geht auf eine lange Tradition zurück, die bis in die Anfänge der Stadtforschung reicht. Man kann acht wissenschaftliche „Portale“ identifizieren, die jeweils eine spezifische Perspektive auf das Quartier und in der Zusammenschau ein differenzierteres Bild des Quartiers ermöglichen:

- So zählt die Chicagoer Schule der Sozialökologie der 1920er Jahre zu den einflussreichsten Denkschulen der Quartiersforschung. Bekannt geworden durch ihre Stadtmodelle sind es eher die grundsätzlichen Vorstellungen von darwinistischem Standortwettbewerb und Zyklizität der Quartiersentwicklung, welche heute noch einen hohen Erklärungswert aufweisen. So wurden Quartiere als quasi-natürliche, durch Selektionsprozesse entstehende „natural areas“ in der Stadt verstanden und der Quartierswandel als Abfolge von Invasions- und Sukzessions-Zyklen ähnlich wie in der Ökologie beschrieben. Diese Vorstellungen werden bis heute aufgegriffen, zum Beispiel wenn es um Flächennutzungszyklen oder um Gentrification geht.
- Auch aus dem Bereich der Ökonomie existieren kleinräumige Theorieansätze: So sind aus der neoklassischen Ökonomie vor allem das Filtering- und das Arbitrage-Modell bekannt. Während man unter Filtering das Nachrücken einkommensschwächerer Haushalte in durch Neubau frei werdende höherwertige Wohnungen versteht (eine Hypothese, die zwar bis heute gerne benutzt wird, empirisch aber nie belegt werden konnte), geht es beim Arbitrage-Modell um die Dynamik von Mikromärkten, die sich bei unmittelbarer Nachbarschaft „besserer“ und „schlechterer“ Quartiere herausbilden.
- Angesichts der heutigen demographiepolitischen Agenda werden bestimmte Ansätze aus der Bevölkerungsgeographie relevant, darunter z.B. das frühe Modell der „Bevölkerungswelle“, das insbesondere in Umbruchquartieren mit homogen alternder Bewohnerschaft Aussagekraft besitzt. In jüngerer Zeit sind

vermehrt anwendungsorientierte Studien genau an der Schnittstelle zwischen Quartier und Demographie durchgeführt worden.

- Die soziographische Perspektive auf das Quartier geht auf sehr prominent gewordene Forschungsarbeiten zurück, wie z.B. die „Marienthal-Studie“ oder die „Middletown“-Studien. Diese und andere Studien haben gemeinsam, dass sie eine lokale „Community“ in all ihren Facetten analysieren. Durch diesen ganzheitlichen Anspruch und die programmatische Offenheit entstand eine große Methodenvielfalt und Experimentierfreude, welche heute zu einer teilweisen Renaissance der soziographischen Idee geführt hat.
- Ein weiteres Portal, über das man sich dem Quartier annähern kann, ist im weitesten Sinne die Nachbarschaftsforschung. Neben der klassischen Nachbarschaftstheorie von Bernd Hamm spielen hier Aktionsraumstudien oder die Perzeptionsforschung eine Rolle, die z.B. durch Mental-Map-Studien bekannt wurde. Ein weiterer Strang der Nachbarschaftsforschung hat sich in lebensweltorientierten Studien herauskristallisiert, die auf dem interpretativen Paradigma beruhen, also qualitative, alltagsbezogene Herangehensweisen an das Quartier präferieren. In diesem Kontext sind auch Arbeiten zu nennen, die sich mit Heimat und Ortsbindung, Nachbarschaftsnetzwerken und Sozialkapital beschäftigen sowie subkulturalistische Quartiersstudien, vor allem in der Getto- und Milieuforschung.
- Das heterogene Feld der Governance-Forschung verfügt ebenfalls über Schnittstellen zum Quartier. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Stadtregimetheorie zu nennen, die davon ausgeht, dass Stadt- (und Quartiersentwicklung) inzwischen auf einem neuen, netzwerkartigen Steuerungsmodus beruht, der das Verhältnis zwischen öffentlicher Hand und privaten Akteuren verschiebt. Auch die Neue Institutionenökonomik geht auf die verschwindenden Grenzen zwischen Markt und Staat sowie zwischen individuellem und kollektivem Handeln ein.
- Einen spezifischen Zugang zum Quartier bieten neomarxistische Forschungsansätze (z.B. die Regulationstheorie). Hier sind die Arbeiten des amerikanischen Geographen David Harvey hervorzuheben, der sich vor allem mit dem Immobiliensektor befasst hat, der, so die These, seit den 1970er Jahren zum neuen Spielfeld globaler Kapitalakkumulation wird, was insbesondere in den Städten räumlich wirksam wird. Das Quartier freilich stellt im Bereich der Wohnimmo-

bilien den Ort und den Kontext der Kapitalakkumulation schlechthin dar (Stichwort Subprime-Krise oder Gentrification). Auch die so genannte Raumtriade des viel zitierten französischen Philosophen und Soziologen Henri Lefebvre eröffnet der Quartiersforschung neue Perspektiven, indem das nähere Wohnumfeld als ein Produkt von „erfahrener, gelebter und erdachter“ Räumlichkeit verstanden wird.

■ Zuletzt spielen noch (post)-strukturalistische und neuere handlungstheoretische Ansätze eine Rolle. Als gegeben betrachtete, scheinbare Wahrheiten werden hier vielfach, auch in Bezug auf das Quartier, infrage gestellt und dekonstruiert (z.B. Jacques Derrida oder Michel Foucault). So sind aus dieser Perspektive Begriffe wie „Problemquartier“ zu kritisieren oder das „Quartier“ als diskursives Konstrukt zur politischen und sozialen Machtausübung in Frage zu stellen (vgl. „Soziale Stadt“). Raumtheoretische Betrachtungen zweifeln außerdem an, ob die herkömmlichen räumlichen Kategorien überhaupt sinnvoll sind (Debatte um den sog. „Containerraum“). So zeigt die Alltagspraxis im Programm „Soziale Stadt“, dass das „Quartier“ für die beteiligten Akteure (Verwaltung, Bewohner etc.) unterschiedliche Bezüge und Abgrenzungen aufweist: Missverständnisse sind vorprogrammiert. Neuere handlungstheoretische Ansätze betrachten Raum und die Kategorie „Quartier“ deshalb als soziale Konstruktionen und erforschen vor allem, wie diese Konstruktionen zustande kommen (und nicht, was der Raum-„Container“ enthält).

Dass gerade der relativ neutrale Begriff „Quartier“ heute eine derartige Popularität in Wissenschaft und Politik erlangt hat, hängt mit den jüngeren akademischen Diskursen zusammen. So wird anders, als etwa beim „Kiez“, nicht unbedingt eine Gemeinschaft, ein Lebensmodell oder ein qualitativer Status hineininterpretiert. Außerdem entzieht sich der Begriff Quartier im Vergleich etwa zu administrativen Bezeichnungen wie „Ortsteil“, „Stadtviertel“ oder „Bezirk“ einer genauen Abgrenzung ebenso wie einer einfachen Definition. Dies steht in direktem Zusammenhang mit den geschilderten Rahmenbedingungen von Wohnort und Nachbarschaft heute: Was man unter einem Quartier versteht, ist hochgradig abhängig vom Betrachter. Es kann deshalb auch keine allgemeingültige Begriffsbestimmung von Quartieren geben. Dennoch soll die folgende neuere, sozialgeographisch orientierte und auf den aktuellen Erkenntnissen der Forschung beruhende Definition nicht unerwähnt bleiben: Demnach ist ein Quartier „...ein kontextuell eingebetteter, durch externe und interne Handlungen sozial konstruier-



Belgisches Viertel, Köln

ter, jedoch unscharf konturierter Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden“ (Schnur 2008, S. 40). Damit wird das Quartier zu einem „Fuzzy Concept“, dessen Unschärfe sowohl in der subjektiven Perspektive als auch in der Abgrenzung besteht – eine ausgesprochen handlungsrelevante Erkenntnis.

Keimzelle Kiez: Warum wir mehr Quartier brauchen

Wir können festhalten: Es existiert eine bunte, anspruchsvolle und praxisrelevante Forschungskulisse in verschiedenen Disziplinen mit einer enormen diskursiven Vielfalt. Daraus lassen sich drei Attribute des Quartiers herauskristallisieren. Es ist mit üblichen Methoden „nicht greifbar“, „de-facto“ jedoch in unserer Alltagswelt fest verankert und durch verschiedenste Akteure in seiner Entwicklung „gelenkt“:

- Das „nicht greifbare Quartier“ als subjektives und soziales Konstrukt und sozialräumliche Zwischenebene ist schwer zu definieren und abzugrenzen: Administrative Grenzziehungen sind notwendig, bleiben jedoch unbefriedigend, weil eine räumliche Verdinglichung wissenschaftstheoretisch ebenso wie alltagspraktisch abzulehnen ist.
- Nichtsdestotrotz gibt es ein „de-facto-Quartier“: Aufgrund seiner anthropophilen Maßstäblichkeit – trotz der Globalisierungstendenzen und IuK-Technologien – ist das Quartier de facto einer der wichtigsten lebensweltlichen Bezugspunkte der Menschen. Im Quartier ist die Betroffenheit von dynamischen Effekten (z.B. Schrumpfen oder Wachsen der Gesamtstadt) de facto am spürbarsten. Quartiere stellen de facto Orte ungleich verteilter Potenziale und Defizite dar.
- Und: Das „gelenkte Quartier“ zeichnet sich zuletzt dadurch aus, dass es schon immer und seit einigen Jahren noch verstärkt eines der wichtigsten Handlungsfelder seitens der kommunalen, planerischen und wohnungswirtschaftlichen Akteure darstellt. So wird die Quartiersebene produktiv genutzt (z.B. im „Quartiersansatz“ der sozialen Stadtentwicklung), aber auch instrumentalisiert (z.B. als verkaufsförderndes Umfeld oder als qua Territorium erzwungene „Verantwortungsgemeinschaft“).

Trotz der Forschungsvielfalt bleiben viele Fragen offen, weswegen eine intensiviertere Forschung und die entsprechende Förderung notwendig erscheinen – auch im Hinblick auf die Funktion der Wissenschaft als Ideengeber und Korrektiv im politischen Prozess. So sind theoretische und empirische Arbeiten, die Definitionen und Abgrenzungsmöglichkeiten von Quartier weiter konzeptualisieren, ausgesprochen relevant. Quartiersforschung ist wichtig, weil wir genauer wissen müssen, worüber wir eigentlich reden.

Ziel sollte es sein, als Kernpunkt der Stadtentwicklungspolitik die Quartiersstrukturen weiter gezielt und adäquat zu fördern. Dazu müssen Quartiere – ähnlich wie in den neueren „Portalen“ angedeutet – in ihrer Komplexität als gesellschaftliche, ökonomische und politische Produkte sowie als subjektive und soziale Konstruktionen verstanden werden. Quartiere stellen auch keine insulären Erscheinungen dar: Sie sind immer in einen gesamtstädtischen oder sogar noch weiter gefassten (globalen) Kontext eingebunden. Außerdem muss klar sein, dass es bei Quartierspolitik trotz aller Potenziale einer verstärkten Teilhabe nicht um ein simples Abwälzen von Verantwortung auf benachteiligte Gruppen oder um eine Substitution von Steuergeldern durch „Selbsthilfe“, „Ehrenamt“ oder „Aktivierung“ gehen kann.

Meines Erachtens ist es wichtig, hier noch einen Schritt weiterzugehen und die Chancen einer demokratischen Erneuerung „von unten“ und das Entstehen demokratischer Grundstrukturen auf der Quartiersebene (und zwar nicht nur in „benachteiligten“ Gebieten) auszuloten – eine Idee, die im Übrigen der amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin Barber („Starke Demokratie“) schon vor 30 Jahren hatte. Was im Rahmen von Modellprojekten, z.B. mit Quartiersräten und Quartiersbudgets, und als Nachbarschaftshilfe 2.0, z.B. durch Shared Economy-Projekte, schon begonnen hat, könnte – wie das Wirtschaftsmagazin „enorm“ kürzlich titelte – als „Keimzelle Kiez“ eine aushandlungsorientierte, interaktive und kommunikative Zukunft begründen, ähnlich wie sie Henri Lefebvre schon in den 1970er Jahren als urbane Utopie skizziert hatte.

■ **Literatur:** Schnur, Olaf (2008): Quartiersforschung im Überblick - Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: ders. (Hg.)(2008): Quartiersforschung zwischen Theorie und Praxis. Springer VS, Wiesbaden: S. 19-52.

Integriertes Handeln

Mehrwert fürs Quartier



Ralf Zimmer-
Hegmann

Grundsätzlich hat sich gezeigt, dass das Programm „Soziale Stadt“ mit seinem integrierten Handlungsansatz in hohem Maße geeignet ist, den multiplen Problemlagen von benachteiligten Stadtteilen und Quartieren sowie den Herausforderungen einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung in unseren Städten zu begegnen. Die „Soziale Stadt“ ist ihrem Anspruch nach sozialraumbezogener Ausdruck einer präventiven Politik. Der bisherige Erfolg des Programms liegt vor allem in der städtebaulichen Erneuerung und der Schaffung von tragfähigen Netzwerken vor Ort. „Soziale Stadt“ muss künftig allerdings wieder mehr sein als ein rein bauliches Investitionsprogramm.

Nordrhein-Westfalen war das erste Flächenland in Deutschland, das 1994 – also vor fast zwei Jahrzehnten – den integrierten Handlungsansatz zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile als ressortübergreifende Politik unter dem Titel „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ eingeführt hat. Seither wurden in über 80 Stadtteilen und Quartieren im Land durch die fachübergreifende Zusammenarbeit und die Bündelung von Ressourcen, aber vor allem durch die Aktivierung der Kräfte vor Ort, meist positive Veränderungsprozesse angestoßen. Hinlänglich bekannt ist, dass dieser integrierte Programmansatz in der Folge als Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ Einzug in die Bundespolitik gehalten hat. Zentraler Erfolgsfaktor war dabei von Anbeginn die Kombination aus investiven und so genannten nicht-investiven Maßnahmen, bis dieser erfolgreiche Ansatz auf Drängen der FDP 2010 mit gleichzeitigen massiven Kürzungen des Programmansatzes aufgegeben wurde. Seither ist die „Soziale Stadt“ mit dem Zusatz „Investitionen im Quartier“ auf Bundesebene nur noch ein reines Investitionsprogramm. Doch damit wird der Mehrwert des integrierten Programmansatzes nur noch sehr begrenzt erreicht.¹ Angesichts neuer politischer Konstellationen auf Bundesebene ist es also an der Zeit, diesen politischen Irrtum zu korrigieren, und das Programm nicht nur in seinen alten Zustand zurückzusetzen, sondern deutlich weiterzuentwickeln. Dabei gilt es die bisherigen Erfahrungen des Programms – positive, wie auch negative – kritisch einzubeziehen. Dazu sollen im Folgenden einige Bemerkungen gemacht werden, die sich sowohl auf die Umsetzung auf Bundesebene, wie auch in NRW selbst beziehen.

¹ Vgl. Franke, T. (2011), Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt. Sind die Entwicklung benachteiligter Stadtteile und lokale Integrationsprozesse gefährdet? Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

„Soziale Stadt“ als integrierter Programmansatz

Grundsätzlich zeigt sich, dass das Programm „Soziale Stadt“ mit seinem integrierten Handlungsansatz in hohem Maße den multiplen Problemlagen von benachteiligten Stadtteilen und Quartieren sowie den Herausforderungen einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung in unseren Städten entspricht. Der Konzentration von sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Problemen in bestimmten Stadtteilen und Quartieren kann eben nicht mit rein sektoralen Politikansätzen begegnet werden, sondern nur durch einen solchen integrierten Programmansatz. Auch die verschiedenen Evaluationen des Programms „Soziale Stadt“ auf Ebene von Bund und Ländern bestätigen, dass dieser Ansatz im Rahmen seiner – auch finanziellen – Möglichkeiten richtig und erfolgreich ist.²

Dabei zeigt sich, dass der bisherige Erfolg des Programms vor allem in der städtebaulichen Erneuerung und der Schaffung von tragfähigen Netzwerken vor Ort liegt. Durch eine Verbesserung des städtebaulichen Erscheinungsbildes sind in vielen Stadtteilen Aufwertungsprozesse in Gang gesetzt worden, die auch zu einer langfristigen Imageverbesserung der Gebiete führen können. Allerdings zeigen die gerade in den letzten Jahren zu beobachtenden Veränderungen und Engpässe auf den Wohnungsmärkten insbesondere in der Mehrzahl der Großstädte, dass solche Aufwertungsprozesse immer in ihrem jeweiligen stadtentwicklungspolitischen Kontext betrachtet werden müssen. Während nach wie vor in den schrumpfenden Städten gerade die benachteiligten Stadtteile und Quartiere von mangelnder Nachfrage und Abwan-

² Vgl. Zimmer-Hegmann, R.; Sucato, E. (2007): Evaluation in der Sozialen Stadt – Ein Überblick aus Länderperspektive. In: Zeitschrift für Evaluation, Heft 1/2007, S. 79-107



Soziale Stadt Nordstadt, Solingen

derung betroffen sind, rückt in den angespannten Wohnungsmärkten das Thema Gentrifizierung und damit letztlich die Gefahr der Verdrängung von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen wieder auf die Tagesordnung. Städtebauliche Aufwertungsprozesse gerade durch das Programm „Soziale Stadt“ müssen daher in ihren spezifischen Wirkungszusammenhängen betrachtet werden, abhängig davon, ob Städte von Schrumpfung oder Wachstum gekennzeichnet sind. So muss die städtebauliche Aufwertung in bestimmten angespannten Gebietskulissen nicht immer die erste und beste Antwort sein, wenn sozial stabilisierende Maßnahmen und Projekte im Sinne der Unterstützung der angestammten Bewohnerschaft hier wesentlich wirksamer sein können. Allein deshalb muss das Programm mehr als ein bauliches Investitionsprogramm sein. Ein integrierter Programmansatz muss diese differenzierte Anwendung der Instrumente ermöglichen. Hier muss dann vielleicht auch mal der Städtebau im „integrierten Instrumentenkasten“ verbleiben bzw. nur die „zweite Geige“ spielen. Eine

für Planer und Städtebauer vielleicht nicht immer einfache Selbstzurücknahme.

Zentrale Erfolgsfaktoren des Programms „Soziale Stadt“ sind die Verfahrens- und Prozessqualitäten. Die Vernetzung aller relevanten Akteure in den Gebieten und die Schaffung bzw. Festigung von gemeinsamen Arbeits- und Kooperationsstrukturen sind zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige Stabilisierung der Stadtteile und Quartiere. Insbesondere die lokalen Quartiersmanagements haben sich als entscheidende steuernde und koordinierende Instanzen erwiesen. Allerdings ist auch auf die fragile Stabilität dieser neu geschaffenen Strukturen hinzuweisen, die oftmals auch nach Auslaufen der Förderung durch das Programm „Soziale Stadt“ erforderlich sind und weiterhin der Unterstützung bedürfen. Im Grunde bedürfte es dazu einer eigenständigen Förderung „Quartiersmanagement“, die die geschaffenen Strukturen auch nach Auslaufen der Förderung gewährleistet und bewusst degressiv gestaltet sein könnte, um ande-

re Finanzierungsquellen (Wohnungsunternehmen, Einzelhändler, Vereine) dauerhaft in die Finanzierung einzubeziehen.

Die neu geschaffenen Arbeits- und Kooperationsstrukturen haben in vielen Fällen zu einer deutlichen Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren sowie innerhalb der Verwaltungen geführt. Ob sich daraus dauerhaft Strukturen der integrierten Zusammenarbeit entwickeln, ist stark von den örtlichen politischen Gegebenheiten und der gelebten Verwaltungskultur abhängig. Allerdings zeigt sich, dass der integrierte Programmansatz strukturell die Kooperation unterschiedlicher Akteure - auch innerhalb der Verwaltung - immer wieder erzwingt und sich insofern deutlich fördernd auf solche kooperativen Arbeitsstrukturen auswirkt.

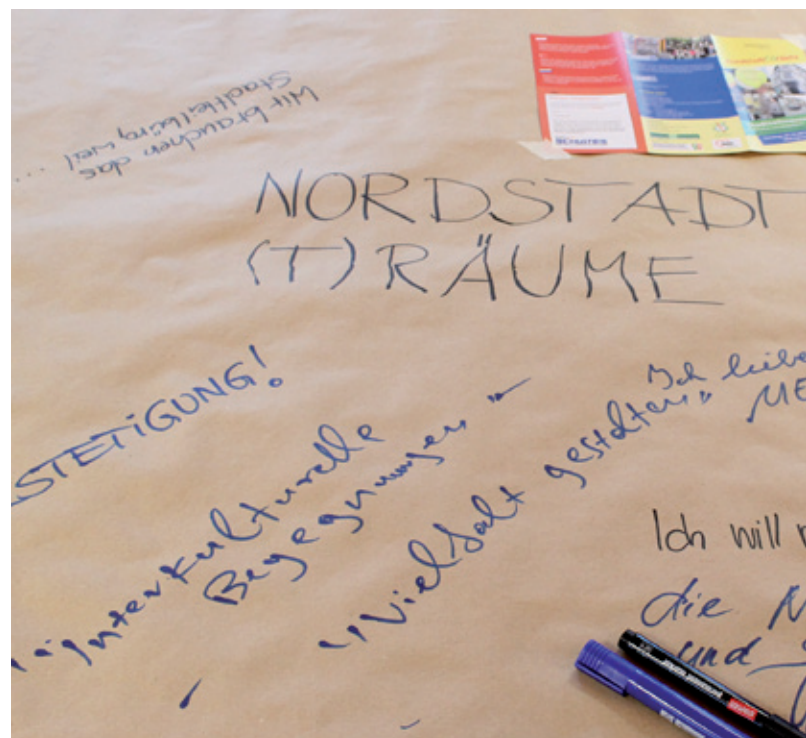
Sozialraumbezogene Präventionspolitik – allerdings bislang mit begrenzter Reichweite

Im Grunde ist der Förderansatz der „Sozialen Stadt“ seinem Anspruch nach sozialraumbezogener Ausdruck einer präventiven Politik, der es darum geht wohnortbezogene soziale Netzwerke zu stärken und den Stadtteil bzw. das Quartier als Ressource gerade für benachteiligte Bevölkerungsgruppen (z.B. Arme, Alleinerziehende, Alte) zu begreifen, die besonders in ihrer täglichen Lebensführung auf den Nahraum orientiert und angewiesen sind. Das Programm hat mit seinem gebietsbezogenen und integrierten Anspruch dazu beigetragen, dass Prinzipien der Sozialraumorientierung auch in anderen Fachpolitiken (z.B. Jugendhilfe, Gesundheit, Kriminalprävention) eingezogen sind bzw. dort eine Stärkung erfahren haben, während es in anderen Bereichen (z.B. der Arbeitsförderung) nach anfänglich positiven Erfahrungen durch die Kürzung von Programmen und Fördermitteln eher zu Rückschritten gekommen ist. Auch die Instrumente der integrierten Quartiersentwicklung, vor allem das Quartiersmanagement, haben sich durch die positiven Erfahrungen längst auf andere Bereiche (z.B. Wohnen im Alter³, Integration⁴) übertragen. Gleichwohl muss konstatiert werden, dass solche sozialraumbezogenen Ansätze noch in der Minderheit sind.

3 Vgl. Kuratorium Deutsche Altenhilfe (KDA) (Hg.) (2013): Quartiersentwicklung. KDA-Ansatz und kommunale Praxis. Köln

4 Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.) (2012): Stadtteilkonzepte für Integration. Handreichung für die kommunale Praxis. Berlin

Es zeigt sich auch, dass die Wirkungen des Programms insbesondere in sozialer und ökonomischer Hinsicht bislang eher begrenzt sind. Zwar konnten durch das Programm vielfach soziale Netzwerke gestärkt und auch Personen sozial stabilisiert werden, aber an der kritischen sozialen Lage der Mehrheit der benachteiligten Bevölkerung in den Gebieten konnte das Programm aufgrund seiner begrenzten Ressourcen und Reichweite bislang nur wenig ändern. Hier spielen negative gesamtgesellschaftliche Einflüsse auf die soziale Lage der betroffenen Bevölkerung eine größere Rolle (konjunkturelle ökonomische Entwicklung, Zunahme von Armut und Arbeitslosigkeit, Sozial- und Arbeitsmarktgesetzgebung etc.). Das gilt auch für die ökonomische Lage in den Gebieten. Zwar existiert gerade in NRW eine Vielzahl von sehr positiven Projekten und Ansätzen im Bereich der Förderung der Lokalen Ökonomie. Diese Ansätze können aber z.B. die Arbeitsplatzverluste durch den industriellen Strukturwandel nur sehr begrenzt kompensieren. Die Gebiete der „Sozialen Stadt“ weisen überwiegend eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auf, so dass hier weiterhin deutlicher Handlungsbedarf besteht. Hinzu kommt, dass in den meisten benachteiligten Stadtteilen auch bauliche Anpassungs- und Modernisierungsinvestitionen erforderlich sind, die aus dem demographischen Wandel (Alterung, Schrumpfung) und auch aus den Erfordernissen des Klimawandels resultieren. Vor allem Investitionen für die



Nordstadt, Solingen



Soziale Stadt Herten-Nord, Herten

Schaffung eines differenzierten und attraktiven Wohnungsangebotes mit Blick auf verschiedene Einkommensgruppen mit einem Mix aus Miet- und Eigentumsformen sind erforderlich, um eine weitere soziale Entmischung in den Gebieten zu verhindern. Von daher bedürfen das Programm und sein integrierter Ansatz einer förderpolitischen Ausweitung.

Integrierten Programmansatz ausweiten und weiterentwickeln

Die „Soziale Stadt“ ist leider bislang kein kohärenter politischer Ansatz zur Beseitigung von sozialräumlicher Ausgrenzung geworden. In den Fachressorts der Bundesebene und der meisten Länder, die nicht für die Städtebauförderung zuständig sind, findet der integrierte und stadtteilbezogene Ansatz allenfalls am Rande Beachtung. Insofern bedarf der Ansatz der „Sozialen Stadt“ der politischen Ausweitung und Weiterentwicklung.⁵ Im Grunde braucht es eine sozialraumbezogene Neuausrichtung der Förderpolitik. Es bedarf insbesondere einer strukturpolitischen und bildungspolitischen Ergänzung des Ansatzes der „Sozialen Stadt“. Mit der Konzentration der EU Ziel 2-Förderung auf städtische Problemgebiete in der bisherigen Programmphase ist hier schon ein Weg in die richtige Richtung gewiesen, der mit Blick auf die neue EU-Programmphase erhalten und ausgebaut werden

⁵ Vgl. Zimmer-Hegmann, R. (2011), ‚Die Soziale Stadt weiterdenken‘, Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Jg. 3, Heft 1, S. 31–35

muss. Vor allem die Konzentration von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktförderung auf die Belange benachteiligter Stadtteile und der dort lebenden Zielgruppen von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen ist erforderlich.

Gerade auch die vielfach schlechten Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund – aber auch vieler deutschstämmiger Kinder aus sozial instabilen Familien – machen in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungssituation notwendig. Letztendlich verlangt dies eine deutlich bessere Personal- und Ressourcenausstattung von Schulen in diesen Gebieten, aber auch Strategien für eine bessere „Lastenverteilung“ zwischen den Schulen.⁶

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Städten und insbesondere in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ weiter steigen. Das macht verstärkte Anstrengungen zur spezifischen Ansprache und Förderung von Personen mit Migrationshintergrund in den Gebieten erforderlich. In diesem Sinne müssen sich u.a. die positiven Erfahrungen im Bereich der Lokalen Ökonomie insbesondere auch auf die Förderung der so genannten ethnischen Ökonomie konzentrieren. Die vielen wirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich der Migrantenökonomie stellen ein wichtiges Potenzial für die benachteiligten Stadtteile dar, das der besonderen Aktivierung und Förderung bedarf.

Ein wesentliches Entwicklungshemmnis für die Stadtteile ist ein häufig verfestigtes Negativimage der Gebiete. Bisherige Evaluationsergebnisse legen den Schluss nahe, dass die durch das Programm „Soziale Stadt“ angestoßenen positiven Veränderungen gerade auch im städtebaulichen Bereich stadtweit häufig noch nicht ausreichend wahrgenommen werden. Daher muss der Imageverbesserung und öffentlich wahrnehmbaren Profilierung der Gebiete noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Doch angesichts der Kürzungen der Bundesmittel für das Programm stehen die Länder vor der schwierigen Aufgabe, diese Ausfälle zu kompensieren, um die bestehende Arbeit zu sichern. Das wird in Nordrhein-Westfalen aus eigenen Stadterneuerungsmitteln

⁶ Vgl. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hg.) (2012): Segregation an Grundschulen: Der Einfluss der elterlichen Schulwahl. Berlin sowie Baur, Ch. (2013): Schule, Stadtteil, Bildungschancen. Wie ethnische und soziale Segregation Schüler/-innen mit Migrationshintergrund benachteiligt. Bielefeld

alleine nur schwer zu lösen sein. Mit Blick auf die benachteiligten Stadtteile und Quartiere bedarf es daher einer neuerlichen ressortübergreifenden Initiative für eine integrierte Quartiersentwicklung als integriertem und sozialraumbezogenem Handlungsansatz. Das Land hat sich dazu programmatisch deutlich bekannt und in diese Richtung auf den richtigen Weg gemacht. Erforderlich wäre es dabei, Mittel aus den Bereichen Städtebauförderung, Wohnen, Bildung, Soziales, Arbeit und Wirtschaft etc. sinnvoll neu zu bündeln. Hinzu käme die Konzentration von weiteren Fördermitteln z.B. der EU (EFRE und ESF) auf die Bedarfe der benachteiligten Gebiete. In diesem Kontext wäre auch die Idee der „Förderung aus einer Hand“ neu aufzugreifen. So wird der administrative Aufwand für Akquise und Management der unterschiedlichen Förderprogramme von den Kommunen immer wieder beklagt. Die über die Städtebauförderung hinausgehende Förderlandschaft ist zerklüftet und unübersichtlich bzw. in vielen Fällen sind Förderprogramme auch miteinander inkompatibel. Viele Kommunen sind hier überfordert. Insgesamt bedarf es daher einer besseren Abstimmung von Förderangeboten und -programmen auf den übergeordneten politischen Ebenen. In den frühen 1990er Jahren, der Anfangszeit des Programms „Soziale Stadt“ in NRW, gab es die Idee einer „Poolfinanzierung“ für die Programmgebiete. Diese Idee der Finanzierung „aus einer Hand“ ist weiterhin richtig.

Integrierte Quartiersentwicklung ist Daueraufgabe

Es zeigt sich auch, dass der Anspruch, die Probleme besonders betroffener Quartiere in begrenzten Zeiträumen lösen zu wollen, meist unrealistisch ist. Da die Städtebauförderung bewusst als befristete Unterstützung angesichts besonderer Problemlagen angelegt ist, bleibt Quartiersentwicklung insofern eine kommunale Daueraufgabe. Im Sinne eines Förderansatzes „aus einer Hand“, der den Kommunen mehr Flexibilität und Spielraum beim Einsatz der Fördermittel erlauben sollte, müssten sich die Kommunen z.B. künftig verpflichten, auf Kürzungen und Einschränkungen in den Leistungsangeboten in Gebieten der Sozialen Stadt zu verzichten, und im Gegenteil Signale für eine Umverteilung von kommunalen Mitteln zugunsten dieser benachteiligten Räume setzen. Das setzt allerdings auch voraus, dass viele Kommunen hier wieder finanziell handlungsfähig (gemacht) werden, um ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Aufgabe der Verstetigung der angestoßenen Effekte kann in den meisten Fällen auch nicht alleine durch die Kommune erreicht werden. Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern und auch von privatwirtschaftlichen Akteuren ist ebenso unverzichtbar und gewinnt an Bedeutung. Insofern kann Quartiersentwicklung nur als gemeinsamer partnerschaftlicher Prozess der verschiedenen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure begriffen werden. Es ist aber auch Vorsicht gegenüber einem allzu harmonischen und konfliktfreien Verständnis von gemeinsamer Quartiersentwicklung angebracht. Das Quartier ist immer auch Aushandlungsort und Gegenstand unterschiedlicher Interessenlagen. Solche Interessenkonflikte bedürfen daher der konstruktiven Bearbeitung. Gemeinsame Arbeits- und Kooperationsstrukturen können den erforderlichen Interessenausgleich daher erleichtern.⁷

Heimat und Weltoffenheit verbinden

Zum Schluss noch eine grundsätzliche Bemerkung zum Quartiersansatz: Von einigen Seiten wird eingewandt, dass die Rückbesinnung auf das Quartier nicht den Realitäten der zunehmenden Mobilität moderner Stadtgesellschaften entspricht und dass eine „Verdörflichung“ der Stadt der Dynamik urbaner Lebensweisen nicht gerecht werden kann. Dem ist aus guten Gründen zu widersprechen. Alexander Mitscherlich beschrieb bereits 1965 den Wunsch der Menschen in der „unwirtlichen Stadt“ nach heimatlicher Identifikation, dem Zusammenleben im Quartier, einem Nachbarschaftsverständnis, das auf gegenseitiger Hilfe, aber gleichzeitiger wechselseitiger Toleranz und einer notwendigen sozialen Distanziertheit gründet. Ein solches modernes Konzept vom Zusammenleben in Quartieren kann die Grundlage für ein neues Verständnis von Urbanität bilden, welches das Bedürfnis nach Heimat und Weltoffenheit miteinander verbindet. Integrierte Quartiersentwicklung bietet die Instrumente für eine solche Gestaltung urbaner Quartiere.

7 Vgl. Pfaffenbach, C.; Zimmer-Hegmann, R.: Quartiere in der Stadt im Spannungsfeld von sozialen Interessen, wissenschaftlichen Ansprüchen und planungspolitischer Praxis. In: Deffner, V.; Meisel, U. (Hg.): StadtQuartiere. Sozialwissenschaftliche, ökonomische und städtebaulich-architektonische Perspektiven. Essen 2013

Verantwortung für das Quartier übernehmen

Baukultur im Alltag

Identität für das Quartier und Identifikation für die Bewohner

Städtebauliche Ensembles mit hoher Architekturqualität, Parks und Freiflächen, gestaltete öffentliche Räume mit charakteristischen Straßen, Wegen und Plätzen prägen das Bild der Quartiere als Lebensräume für die Menschen. Sie stehen für das baukulturelle Erbe der Städte, das eng verknüpft ist mit deren Kultur und Geschichte. Sie geben den Städten ihr Gesicht und ihre Identität. Sie sind Grundlage zur Identifikation der Menschen mit ihren Lebensräumen.

Das zeigt sich in NRW in gewachsenen Quartieren unterschiedlichster Prägung, u.a. in

- historischen Ortskernen mit kleinstädtisch-dörflichem Charakter,
- gründerzeitlichen Vierteln in Innenstadterweiterungsgebieten,
- Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus als Reformprojekte des neuen sozialen Wohnens der Moderne in den 1920er Jahren oft in genossenschaftlicher Trägerschaft,
- Arbeiterkolonien und gartenstädtischen Siedlungen in den Industrierevieren.

Erhaltende Stadterneuerung und städtebaulicher Denkmalschutz haben seit den 1980er Jahren die Sicherung gewachsener Quartiere mit ihrer besonderen Baukultur als lebenswertes Stück „Heimat“ in Städten und Regionen ermöglicht.

Quartiersentwicklung steht auch in Zukunft immer wieder vor der Herausforderung, bezahlbares und gutes Wohnen, angemessene Infrastrukturversorgung, funktionierende Arbeitswelt und gemeinschaftliches Zusammenleben in gut gestalteten Räumen mit Identität und Identifikationspotenzial zu organisieren. Es geht um sichtbare Zeichen gegen Verwahrlosung und Beliebigkeit, gerade auch in Alltagssituationen abseits der prominenten Orte und wenigen Denkmalsituationen. Dies bleibt zu großen Teilen eine Aufgabe in der Bestandserneuerung. Qualität in Städtebau, Architektur und Gestaltung öffentlicher (Frei)Räume ist aber auch zentrales Element für die Integration und Profilierung neuer Quartiere des Wohnens oder im Stadtumbau.

Baukultur muss dabei nicht nur Angelegenheit der Professionals aus Architektur und Planung sein - bürgerschaftliches Engagement und nachbarschaftliche Initiativen für Schönheit im Quartier warten darauf in guten Projekten aktiviert zu werden.



„Wir setzen Zeichen“ Bewohnergetragene Erneuerung der denkmalgeschützten Bergmanns- siedlung in Eschweiler-Ost

„Die Bergmannssiedlung um den Ernst Mörike Platz in Eschweiler-Ost ist charakteristisch für viele Werksiedlungen und Kolonien im Aachener Revier und im Ruhrgebiet.

Das Ensemble aus den frühen 1920er Jahren bestehend aus 118 kleinen Reihenhäusern mit innenliegenden Ställen oder Stallanbauten und großen Gärten, organisiert in engen, zum Teil geschwungenen Straßen und um einen zentralen Platz war Jahrzehntlang Heimat für Bergleute und ihre Familien.

Eine enge Nachbarschaft und sozialer Zusammenhalt der Bewohner hatten über viele Jahre lang ihre Wurzeln in der gemeinsamen Arbeitswelt.

Mit der Privatisierung der ehemaligen Mietwohnungen im Jahr 2000 drohten die vielerorts sichtbaren Folgen: Das Auseinanderbrechen der gewachsenen Bewohnerschaft, die Trennung in Mieter und Eigentümer mit sozialen Konflikten und schließlich die Verschandelung von Fassaden und Siedlungsbild durch die gesamte Palette von Farben, Materialien und Baumarktaccessoires im Zuge der individuellen Erneuerung der Häuser.

Hier haben die Eschweiler Politik und Verwaltung frühzeitig reagiert und darauf gedrungen, dass Mieter auch weiterhin in der Siedlung verbleiben können, wenn sie die Häuser nicht erwerben wollen. Die Siedlung wurde unter Denkmalschutz gestellt. Ein Bebauungsplan und eine Gestaltungssatzung sollten helfen, das Siedlungsbild und die städtebaulichen Quali-

täten zu sichern. Intensive Beratungsangebote für die Bewohner, die durch den Voreigentümer lange unterlassene Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen nachholen wollten, gaben den Gestaltungsregeln schließlich die nötige Akzeptanz und Durchsetzungskraft.

Im Zuge des Programms „Soziale Stadt“ wurden investive Maßnahmen u.a. für das Wohnumfeld im gesamten Stadtteil gefördert. Ein Stadtteilmanagement hat die Bürgeraktivierung angestoßen und praktisch begleitet.

So waren es schließlich die Bewohnerinnen aus der Interessensgemeinschaft Bergmannssiedlung Eschweiler-Ost, die nach der Privatisierung die Idee aufgebracht haben, die Fassaden nicht individuell, sondern als geschlossene Maßnahme der Siedlungsgemeinschaft zu sanieren. In einem eigenen „Bauhof“ wurden Materialien, Werkzeuge und Gerüste gestellt. Unter fachlicher Anleitung eines Bauleiters wurden Putzreparaturen, Anstrich und sonstige Fassadenarbeiten in Selbsthilfe der Bewohner durchgeführt. Damit wurde in „Muskelhypothek“ die Eigenanteilsfinanzierung ergänzend zur Städtebauförderung erbracht.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen – die schöne Siedlung ist der Stolz der Bewohner und ein strahlendes Zeichen nach Außen. Es steht für die neue Nachbarschaft, die in vielen gemeinschaftlichen Aktivitäten, Festen und Initiativen aber insbesondere in der gemeinsamen Arbeit für ein Stück Heimat mit Identität gewachsen ist.“



Lisa Trienekens
Projektleiterin Soziale Stadt Eschweiler-Ost



Bilder: Eschweiler-Ost

Der Teil und das Ganze

Quartiersentwicklung als gesamtstädtische Planungsaufgabe



Michael von der Mühlen

In der Metropolregion Ruhr wurde unter dem Begriff „Innovative Urbane Räume“ der Vorschlag für ein Leitbild formuliert, welches einerseits den Metropolgedanken aufnimmt und weiter entwickelt und andererseits den Profilen der einzelnen Städte in der Region Rechnung trägt. Untrennbar gehört dazu die gleichzeitige stabilisierende Quartiersentwicklung. Ohne diese würden sich innerstädtische und innerregionale Segregationsprozesse in der Städtereion Ruhr verschärfen.

Die in den vergangenen zwei Jahrzehnten weltweit zunehmende Bedeutung von Metropolregionen im nationalen und internationalen Kontext beeinflusst auch die Zukunftschancen einer Städtereion, wie sie das Ruhrgebiet darstellt. Die Region versucht angesichts dieser Entwicklung, für ihre Städte und Quartiere Antworten zu finden und gleichermaßen die Herausforderungen der Zukunft zu schultern.

Das Leitbild der „Innovativen Urbanen Räume“ folgt den Prinzipien einer „Open City“. Richard Sennett, einer der bedeutenden Stadtsoziologen unserer Zeit, hielt in seiner Festrede anlässlich der Eröffnung des Präsentationsjahrs 2013 der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Hamburg ein Plädoyer für diese „offene Stadt“: „Der Planer einer offenen Stadt schaut sich (...) die Konflikte und Möglichkeiten an, die sich bei jeder Etappe des Gestaltungsprozesses erschließen sollten. Anders als bei der Planung einer „geschlossenen Stadt“, wird diesen unvorhergesehenen Möglichkeiten und Konflikten Beachtung geschenkt, das Design geändert. So haben wir in einem offenen System statt Entschlussfassung unregelmäßige Akkreditierungen und Entwicklungen. Eher Entdeckung als Klarheit.“¹

Dieser Ansatz entspricht dem Prinzip des kollektiven Lernens, welches an die Stelle von normativen Setzungen und Umsetzungskontrolle tritt. Im Mittelpunkt zukünftiger Überlegungen zur Stadt- und Quartiersentwicklung sollte somit kein festes Zukunftsbild, sondern die Gestaltung von Transformationsprozessen mit gesellschaftlich vereinbarten Zielen und überprüfbaren Zwischenschritten (Meilensteine) stehen. Doch wie wollen wir diese Prozesse gestalten? Individualisiert, global gesteuert, technologiegetrieben und marktförmig oder sozial ausgeglichen, regional, nachhaltig und solidarisch? Begreifen wir Projekte und Plä-

ne zur Quartiers-, Stadt- und Regionalentwicklung als Lernfeld, kommt dem Verhältnis zwischen Plan und Projekt sowie zwischen Projektfamilie und Strategie eine besondere Bedeutung zu. Dabei ist das Verhältnis zwischen Arbeiten in der institutionellen Regelstruktur und einer temporären Projektorganisation aufgabenbezogen jeweils neu zu bestimmen.

Informelle Masterpläne und integrierte Stadt(teil)entwicklungskonzepte ergänzen die förmlichen Planungsebenen

Wir können in der Region Ruhr inzwischen auf eine Reihe besonderer Erfolge in der Transformation einer Industrieregion zurückschauen:

- die Internationale Bauausstellung IBA Emscherpark mit dem Emscher Landschaftspark,
- der regionale Flächennutzungsplan (RFNP) von sechs Städten,
- die Entwicklung von Projektfamilien zur integrierten Stadterneuerung im Zuge des Projekts „Konzept Ruhr“,
- die systematische Reorganisation einer vormals großindustriell geprägten Raumstruktur – vom Essener Kruppgrübel bis zum Dortmunder Phoenixsee und zum Gelsenkirchener Nordsternpark.

Wichtig war in all diesen Transformationsprozessen das Prinzip der „doppelten Innenentwicklung“ mit der Konzentration von Siedlungsaktivitäten auf Siedlungsschwerpunkte, den Ausbau und die Vernetzung lokaler Grünzüge in einem Regionalparksystem. Dabei zeigen die vorgenannten Überlegungen und Beispiele, dass das planerische Handeln der Zukunft nicht mehr in der Beschränkung auf die formale hierarchische Planungskaskade von Landesplanung über Regionalplanung zur kommunalen Flächennutzungsplanung

¹ Prof. Richard Sennett: Open City – Festrede anlässlich der Eröffnung des Präsentationsjahres der Internationalen Bauausstellung Hamburg am 23. März 2013



Klimaschutzsiedlung Ückendorf, Gelsenkirchen

und verbindlicher Bauleitplanung liegen kann. Seit längerem ergänzen informelle Masterpläne und Integrierte Stadt(teil)entwicklungskonzepte die förmlichen Planungsebenen. Sie werden ergänzt um zielgeleitete Kooperationen in Netzwerken. Dabei bestimmt sich das Verhältnis zwischen Aufgabenwahrnehmung in Regelform (feste Organisation) und temporärer Sonderform (Projekte) nach der jeweiligen Aufgabe. Die interkommunale Kooperation ist dabei ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Netzwerke.

Hierfür ist die Städteregion Ruhr 2030 ein Beispiel. Sie hat vor zehn Jahren, am 6. Juni 2003, einen stadtregionalen Kontrakt abgeschlossen, der bis heute beispielgebend und bindend ist. In diesem Kontrakt erklärten die acht Städte Duisburg, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Bochum und Dortmund, dass sie „aus Eigensinn“ mit dem Ziel kooperieren, „die Attraktivität und das Selbstbewusstsein der Region zu stärken und die Kon-

kurrenzfähigkeit gegenüber anderen Metropolregionen zu verbessern.“ Dabei seien „die Prinzipien einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Entwicklung sowie der Polyzentralität“ zu Grunde zu legen.² Inzwischen haben sich auch die Städte Hagen, Bottrop und Hamm diesem Kontrakt angeschlossen und die Kreise im Regionalverband Ruhrgebiet haben einen Gaststatus. Es lässt sich also feststellen, dass der stadtregionalen Handlungsebene eine zunehmende Bedeutung erwachsen ist.

Der Stadtplaner tut gut daran, in Zeiten von Unsicherheit auf die Kenntnisse und Erfahrungen der Menschen „vor Ort“ zurückzugreifen

Den gleichen Bedeutungszuwachs erfährt parallel die Raumebene des Stadtteils oder des Quartiers. Es geht

² Städteregion Ruhr 2030, Stadtregionaler Kontrakt, 2003



Neues Universitätsviertel, Essen

hierbei um funktional und räumlich unterscheidbare Teilräume von Städten. Vereinfacht ausgedrückt beschreibt der Begriff Quartier einen besonders engen sozioökonomischen und stadträumlichen Zusammenhang, der je nach Funktion und Lage in Stadt und Region unterschiedlich ausgebildet sein kann.

Der Stadtökonom Prof. Dieter Läßle hat im Rahmen der Jahrestagung 2013 der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung in Hamburg darauf hingewiesen, dass jede Zunahme von Wissen zugleich eine Zunahme von Nichtwissen bedeutet. Der Stadtplaner tue daher gut daran, in Zeiten von Unsicherheit auf die Kenntnisse und Erfahrungen der Menschen vor Ort zurückzugreifen und „die Örtlichkeit“ ernst zu nehmen.

Die Entwicklung integrierter Konzepte, die im Dialog mit den Akteuren vor Ort entstehen, kann vorwiegend auf der Ebene des Quartiers erfolgen. Im Quartier

stoßen die Interessen verschiedener Gruppen aufeinander: Die jeweiligen ökonomischen, sozialen und räumlichen Perspektiven und Erwartungen, die die Bewohner, Einzeleigentümer, Immobiliengesellschaften, die lokalen Unternehmer usw. für die Entwicklung des Quartiers sehen, entscheiden über Bleiben oder Fortzug, über Investition oder Desinvestition und damit auch über den Status des Quartiers in der Gesamtstadt und in der Region.

Damit wird der innere Zusammenhang zwischen Regionalentwicklung und Quartiersentwicklung deutlich: Ohne stabilisierende Quartiersentwicklung verschärfen sich innerstädtische und innerregionale Segregationsprozesse. Eine stabilisierende Quartiersentwicklung wirkt dieser Segregation entgegen. Die Städteregion Ruhr 2030 arbeitet daher an der Fort- und Weiterentwicklung von Projektfamilien zur gebietsbezogenen Stadterneuerung und zur integrierten Quartiersentwicklung. Dabei entwickelt sie

Konzepte, in denen Erneuerung, Umbau und Rückbau verbunden werden mit quartiersbezogenen Ansätzen zur energetischen Modernisierung und der Sicherung und dem Ausbau von Basisinfrastruktur.

Eine wesentliche Aufgabe der gesamtstädtischen wie der stadtreionalen Planung ist in diesem Zusammenhang die Identifikation von Veränderungszonen mit hohem Interventionsbedarf im Unterschied zu relativ stabilen Quartieren, deren Interventionsbedarf gering ist. Hierbei kommt auch der Wissenschaft in Zukunft immer stärker nicht nur die Aufgabe der Analyse, sondern auch die der fördernden und unterstützenden Begleitung von Veränderungsprozessen zu.

In den vergangenen Jahren ist hier, beispielsweise im Rahmen des Netzwerks Soziale Stadt, bereits eine erfolgreiche Arbeit geleistet worden und eine umfangreiche theoretische und praktische Entwicklung von Indikatoren erfolgt. Mit der Veröffentlichung der Universität Dortmund „Schichten einer Region“³ konnten wesentliche Ergebnisse sozialräumlicher Forschung miteinander verschnitten und in beeindruckenden Grafiken dargestellt werden. Die Städtereion Ruhr 2030 konnte ergänzend mit ihren Beiträgen zur regionalen Entwicklung der Wohnungsmärkte gemeinsam mit der Gruppe WiR⁴ und der NRW-Bank differenzierte Tendenzen und Zukunftsperspektiven für die Wohnungswirtschaft aufzeigen. Damit sind wichtige Grundlagen für regional differenzierte Quartierskonzepte erarbeitet worden.

Stadtpolitik erfordert in Zukunft eine Planungsstrategie enger Verzahnung quartiersbezogener Aktivitäten mit Monitoring und Evaluation

Erfolgreiche Stadtpolitik erfordert also in Zukunft eine Planungsstrategie enger Verzahnung quartiersbezogener Aktivitäten vor Ort mit Monitoring und Evaluation sowie kontinuierlicher Überprüfung von Interventionsbedarfen auf gesamtstädtischer und regionaler Ebene. Dabei ist auch über die Art der Intervention zu entscheiden – sie dürfte sich in stark schrumpfenden Quartieren mit hohen Leerständen deutlich von Stadtquartieren mit Entwicklungsdruck unterscheiden.

Die unter Entwicklungsdruck stehenden Städte der Rheinschiene werden unter Ausschöpfung der boden-

politischen und planungsrechtlichen Instrumente den Handlungsschwerpunkt auf die Sicherung und Bereitstellung von qualitativollen Wohnungen in lebenswertem Wohnumfeld zu sozial verträglichen Preisen und Mieten legen.

In den von Bevölkerungsverlust und teilweise überalterten und nicht bedarfsgerechten Wohnungsbeständen gekennzeichneten Teilräumen des Landes muss die Parallelentwicklung von Leerständen einerseits und wachsendem Mangel an bedarfsgerechtem Wohnraum andererseits durch eine Quartiersentwicklung gestoppt werden, die Instrumente von Städtebauförderung, Wohnraumförderung, Infrastrukturentwicklung und energetischer Ertüchtigung kombiniert. Die Städte sind gefordert, hierfür die angemessenen organisatorischen und planungspolitischen Grundlagen zu schaffen.

Aber auch die Landesregierung ist gefordert, hierfür Instrumente bereitzustellen. Insbesondere bedarf es der Entwicklung von Formaten integrierter ressortübergreifender Quartiersentwicklung z.B. durch die räumliche Zusammenführung von Städtebau- und Wohnraumförderung, die problemangemessene Flexibilisierung von Förderinstrumenten aus den Bereichen Städtebau- und Wohnraumförderung sowie durch eine quartiersbezogene energetische Erneuerung. Integrierte Quartiersentwicklung als Aufgabe erfordert auch eine Erweiterung des Finanzierungsinstrumentariums, das den prozesshaft angelegten Quartiersstrategien entspricht. Das könnte z.B. die Bereitstellung eines Finanzierungsfonds/ Stadtentwicklungsfonds sein, der in Ergänzung vorhandener Förderprogramme eine mehrjährige Finanzierungsbasis für die mittel- bis langfristige Entwicklung im Quartier sichert.

³ Universität Dortmund, Prof. Christa Reicher u.a. (Hg.): Schichten einer Region (2011)

⁴ „Wohnen im Revier“ (WiR), Zusammenarbeit gemeinnütziger Wohnungsbauunternehmen im Ruhrgebiet

Verantwortung für das Quartier übernehmen

Von der Siedlung zum Quartier

Wohnungswirtschaftliche Strategien integrierter Quartiersentwicklung im Bestand

Reine Wohnsiedlungen, wie sie vielerorts gerade in den 50er bis 70er Jahren zur sozialen Wohnraumversorgung in großer Not gebaut wurden, stehen vor großen Umbrüchen und einem strukturellen Wandel: Baulicher Erneuerungsbedarf bezieht sich nicht nur auf die energetische Sanierung und Anpassung an zeitgemäße technische Standards guten Wohnens. Der demographische Wandel mit einer zunehmenden Zahl älterer Menschen, zum Teil mit Behinderungen, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit sowie mit einer Vielfalt von neuen Lebensentwürfen auch mit Kindern findet in den homogenen Wohnsiedlungen mit immer gleichen

Wohnungstypen und Standardgrundrissen, Abstandsgrün und fehlenden Angeboten für nachbarschaftliche Begegnung keinen Entwicklungsraum.

Hinzu kommt die dringende soziale Aufgabe, Segregation und die Abschottung sozialer Inseln in der Stadt zu vermeiden. Die Sicherung preiswerter Bestände muss hier ebenso gelingen, wie die Ergänzung mit neuen Funktionen und das Angebot neuer Qualitäten attraktiven Wohnens in der Stadt.

Hier stellen sich Aufgaben, die über die klassische Bewirtschaftung und bauliche Instandhaltung von Wohnungen hinaus gehen.



Quartiersentwicklung in einer typischen Wohnsiedlung der 60er Jahre. Der „Klanggarten“ in Köln-Porz

„Die Düsseldorfer WSG hat sich mit der Siedlung „Klanggarten“ in Köln-Porz auf den Weg gemacht, eine in die Jahre gekommene vormalig homogene Siedlung aus den frühen 60er Jahren als vitales städtisches Quartier in die Zukunft zu führen – neue Mischung und Heterogenität, Vielfalt und Vernetzung im Stadtteil sind hier Schlüsselbegriffe. Die Siedlung ist schließlich ein Abbild der Gesellschaft. Unser Programm einer integrierten Quartiersentwicklung für die nächsten Jahre:

164 vorhandene Wohnungen werden energetisch optimiert und mit differenzierten Standards erneuert. Ein bemerkenswerter Anteil davon werden dank einer Kombinationsförderung des sozialen Wohnungsbaus auch in Zukunft als preisgebundener Wohnraum mit 4,85 €/qm Miete zur Verfügung stehen.

68 alte werden durch 94 neue Wohnungen ersetzt – zum Teil als geförderter Wohnraum mit Mietpreisbindung und zum Teil freifinanziert. Neben zeitgemäßen Standards und hoher energetischer Qualität, Tiefgarage und guter Architektur entstehen vielfältige barrierefreie Wohnungen für unterschiedlichste Haushaltstypen von der Familie bis zum Single, von der Seniorenwohnung bis zur Gruppenwohnung für Rollstuhlfahrer. Ein soziales Umzugsmanagement innerhalb des Quartiers organisiert verträgliche Lösungen für die vorhandenen Bewohner, die im „Klanggarten“ bleiben wollen.

Die Freiräume im Quartier werden neu geordnet und gestaltet – mit barrierearmen Erschließungen, Spiel- und Bewegungsangeboten, Gärten und Treffpunkten. Die Vernetzung mit dem Stadtteil erfolgt z.B. auch über eine taktile Wegführung für Sehbehinderte bis zur nahe gelegenen Bushaltestelle und Versorgungsangeboten.

Kern des Wandels von der Wohnsiedlung zum Quartier als integrativer Lebensraum sind neue soziale Einrichtungen, Infrastrukturangebote und nachbarschaftliche Aktivitäten, die auch den Brückenschlag in den Stadtteil schaffen:

- Ein Gemeinschaftszentrum mit Kita, Familienberatungszentrum, Gruppenwohnung für Demenzzranke, Kleinwohnungen für Seh- und Hörbehinderte und ein Treffpunkt unter einem Dach,
- ein Quartierstreff mit Café und Begegnungsraum für Bewohner und Nachbarn des Stadtteils,
- ein Nachbarschaftsverein für das Quartiersmanagement, das gemeinsame Programmangebote, u.a. mit dem angrenzenden Sportverein, Initiativen und Akteuren im Stadtteil entwickelt.

Solch komplexe Aufgaben der integrierten Erneuerung einer Siedlung zum vitalen Quartier sind gerade für kleinere und mittelgroße Unternehmen der Wohnungswirtschaft eine gewaltige Herausforderung. Es stellt besondere Anforderungen jenseits der Baukompetenz an die Arbeit engagierter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor Ort mit den Mietern und Kunden, mit Kooperationspartnern aus dem Stadtteil oder Trägern sozialer und gemeinwesenbezogener Arbeit. Wohnungs- und immobilienwirtschaftlicher Handlungsbedarf und soziale Verantwortung kommen aber gerade in der Quartiersentwicklung zusammen und knüpfen an Ursprung, Tradition und Auftrag des Unternehmens an. Hier liegen unsere Zukunftsaufgaben.“



Dipl. Ing. Gisbert Schwarzhoff
(Geschäftsführer der WSG – Wohnungs- und Siedlungs GmbH, Düsseldorf)

Weitere Informationen
www.wsg-klanggarten.de



Bilder: Klanggarten Porz, Köln

Die Mühen der Ebene

Neue zivilgesellschaftliche Partner in der Quartiersentwicklung



Frauke Burgdorff



Christian Holl

Wird sich die Schere zwischen wohlhabenden und armen Stadtteilen weiter öffnen? Oder kann es auch in angespannten Wohnungsmärkten gelingen, Menschen mit geringem Einkommen ausreichend guten Wohnraum zur Verfügung zu stellen? Werden wir den Zugang zu Entwicklungschancen gerecht ausgestalten können oder verschärft sich insbesondere die Bildungsgerechtigkeit auch entlang der sozialräumlichen Differenzen? Werden parallele kulturelle und lebensanschauliche Milieus auf Dauer friedlich nebeneinander leben können oder ist die religiöse Radikalisierung von Jugendlichen ein Hinweis darauf, dass das Projekt der sozialen Inklusion romantisierenden Vorstellungen folgt?

Nur ein Bruchteil der hinter diesen Fragen liegenden Herausforderungen lässt sich auf Stadt-, Stadtteil- oder Quartiersebene lösen. Für manche kommunale Planungsbehörden ist dies ein Grund, sich auf das Terrain des Städtebaus und der Investition zurückzuziehen und die sozialen Professionen in die Pflicht zu nehmen. Andere wiederum suchen ihre Herausforderung darin, quer zu den Aufgabenlinien Allianzen zu schmieden, damit auf die Probleme des Zusammenlebens, der Bildung und Ausbildung, des Wohnungsmarktes auch im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen lösungsorientiert reagiert werden kann. Integrierte Zugänge wie das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) in Hamburg, die Neustrukturierung der Verwaltung in Richtung Sozialraumorientierung in Gelsenkirchen, aber auch das sozialräumliche Engagement der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder Wohnungsbaugenossenschaften in ihren eigenen Beständen stehen dafür.

Trotz großer Anstrengungen vielerorts verdichten sich die Problemlagen in einigen Quartieren hartnäckig. Die Menschen, die dort leben, haben wesentlich schlechtere Chancen, ihren eigenen Lebensentwurf zu verwirklichen oder auch nur ein stabiles, ausgeglichenes, von existentiellen Nöten freies Leben zu führen. Verschärfend kommen allgemeine Trends der urbanen Entwicklung hinzu: Die Wohnungsnot in Ballungszentren, die Aushöhlung des Bodenmarktes in Schrumpfungsregionen, die älter und immobiler werdende Gesellschaft, die jüngste Armutmigration aus Osteuropa, die Bildungs- und Ausbildungsschere sind nur einige Aspekte, die genau in den Quartieren und Nachbarschaften sichtbar werden, die ohnehin kaum in der Lage sind, weiteren Stress und soziale Störungen zu verkraften.

Die Zivilgesellschaft in den Regionen und Stadtteilen ist eine sehr ernst zu nehmenden Größe

Dass für ein gelungenes soziales Miteinander auch die städtebauliche Form entscheidend sei, wird immer wieder behauptet. Empirische Untersuchungen belegen dies allerdings nicht. Es sind doch vorrangig die Zusammensetzung und die Dynamik der Bevölkerung, die infrastrukturelle Versorgung sowie die Nutzungs- und Eigentümerstruktur, die die Qualitäten von Nachbarschaften beeinflussen. Die Heterogenität der Lebensstile und Lebenslagen zu fördern, kann sehr viel mehr helfen als die Veränderung von Bauformen.¹ In einer gemischten Bewohnerstruktur können positive Rollenvorbilder entdeckt, verschiedene Zugänge zu Märkten eröffnet und das soziale Miteinander auf eine breite Basis gestellt werden.² Dann kann ein großes Engagementpotenzial für Nachbarschaften entstehen.

Dass die „Zivilgesellschaft“ in den Regionen und Stadtteilen eine sehr ernst zu nehmenden Größe ist, zeigt u. a. der 2013 vergebene Preis „Neue Nachbarschaft“ mit 600 eingereichten Beiträgen.³ Nachbarschaftshäuser und -läden werden betrieben, Schwimmbäder saniert, Hilfen für Ältere organisiert, Flüchtlingsheime integriert, neue Genossenschaften initiiert und Brachflächen zu Gärten umfunktioniert. Auch wenn sich einige dieser Initiativen in Stadtteilen

1 Siebel, Walter (2005): Großsiedlung und innerstädtisches Altbauquartier: Auswirkungen unterschiedlicher räumlicher Verhältnisse auf den Integrationsverlauf von Migranten. In: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.): Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt. Darmstadt: Schader-Stiftung, 383-406

2 In einer umfangreichen Studie haben Harlander, Kuhn und andere die Bedeutung der sozialen Mischung für Stadtquartiere herausgearbeitet, historisch fundiert und Mischung fördernde Steuerungsinstrumente in den Blick genommen: Tilman Harlander, Gerd Kuhn, Wüstenrot Stiftung (Hg.): Soziale Mischung in der Stadt. Case Studies, Wohnungspolitik in Europa, Historische Analyse, Stuttgart 2012

3 Montag Stiftung Urbane Räume, „Neue Nachbarschaft“, 2013 (www.neue-nachbarschaft.de)



Bunker - Soziale Stadt Gladbeck-Brauck, Gladbeck

mit besonderen sozialen und ökonomischen Herausforderungen engagieren: Der gewöhnliche „Nährboden“ für selbstverantwortete und selbstorganisierte Stadtteilentwicklung ist der Mittelstand. Denn hier ist sowohl das ökonomische als auch das kulturelle und soziale Kapital so ausreichend vorhanden, dass Kommune und Staat nur den Rahmen und die Möglichkeitsräume für engagierte Prozesse herstellen müssen.

Wesentlich weniger gut entwickelt sich das Selbstorganisationspotenzial in ärmeren Stadtteilen, in denen die Schulabbrecher- und die Arbeitslosenquote gleichermaßen hoch sind. Aus unterschiedlichsten Gründen haben viele Menschen in diesen Quartieren weder die Fähigkeit noch die Erfahrung sammeln können, selbstwirksam und im Interesse der Nachbarschaft in der Stadtpolitik aufzutreten. Doch was passiert mit diesen Stadtteilen, wenn sie nicht oder nicht mehr in eine Förderkulisse passen oder aus ihr herausgefallen

sind? Diese Stadtteile „in need“ (Hartmut Häußermann) brauchen auch weiterhin langfristige Unterstützung aus den Regel- und Sonderinvestitionen von Stadt und Staat. Zu Recht fordern alle Partner der Stadtentwicklung, dass die Mittel, die das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ für Quartiere in besonderen Problemlagen zur Verfügung gestellt hat, wieder und weiter aufgestockt werden müssen und dass die grundsätzliche Beschränkung auf investive Maßnahmen entweder zurückgenommen⁴ oder das Programm effektiv durch kongruente Förderstrukturen ergänzt wird.

⁴ „Dabei anerkennen Bund und Länder ihre Verpflichtung, Finanzierungsmittel für Aufgaben, deren Ursachen nicht aus unmittelbarem Bezug zu städtebaulichen Missständen herrühren, zuerst auch in anderen Programmen mit Investitionshilfen zu suchen und durch die Koordinierung und Bündelung aller für die Entwicklung der Städte und Gemeinden notwendigen Finanzierungsmittel größtmögliche Synergien zu erreichen.“ (Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2013 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 2013) vom 21.03.2013)



KALKschmiede*, Köln



Aufgaben in Kalk, Köln

Die Bedeutung der sozialen Dimension der Quartiersentwicklung anerkennend, müssen Stadterneuerung und Städtebau ihr Instrumentarium noch stärker in den Dienst der Menschen stellen. Das heißt, sehr genau abzuwägen und zu analysieren, welche Investitionen (und welche davon in Steine) entscheidende Impulse für eine konkrete Verbesserung der Lebenslagen in einem Quartier und für das Miteinander geben können.

Die KALKschmiede* - Stiftung und Wohnungswirtschaft als Partner im Quartier

Ein Versuch, solch einen Stadterneuerungsprozess jenseits der vorhandenen Förderkorridore und Investitionszwänge zu beginnen und zu begleiten, hat in den letzten Jahren im Norden des Kölner Stadtteils Kalk stattgefunden.⁵ Auf Anregung der Montag Stiftung Urbane Räume und mit Unterstützung der GAG Immobilien in Köln wurde ein kleines Quartiersentwicklungsbüro gegründet (die KALKschmiede*), das zunächst einmal die Aufgabe hatte, herauszufinden, wo im Quartier überhaupt „der Schuh drückt“, um dann wirklich passgenaue Maßnahmen zu entwickeln. Es konnten unterschiedliche Negativspiralen identifiziert werden, deren Durchbrechen sowohl den meisten Bewohnerinnen und Bewohnern als auch den (Wohnungsbau-)Unternehmen ein großes Anliegen war. Darum haben sie – auch ohne gesicherte programmatische oder vertragliche Grundlage – bereits in der Analyse- und Entwicklungsphase kräftig investiert.

⁵ Das Projekt wird, eingebunden in aktuelle Diskussionen und Entwicklungen des Quartiersmanagements, ausführlich vorgestellt in: Montag Stiftung Urbane Räume gAG (Hg.): Neue Partner im Quartier. Die KALKschmiede* in Köln – Methoden und Erkenntnisse. Bielefeld (erscheint voraussichtlich im Dezember 2013). Dieser Text basiert auch in seinen allgemeinen Aussagen auf den im Rahmen dieser Publikation unternommenen Recherchen und Interviews.

Drei wichtige Handlungsfelder haben sich dabei herauskristallisiert, in denen gravierende Defizite festgestellt wurden, die das Viertel unmittelbar und direkt beeinträchtigen.

- Nachbarschaft: Müll auf den Straßen, schlechte Beleuchtung und unregelmäßiger Grünschnitt erzeugten ein diffuses aber prägendes Gefühl der Unsicherheit und der Nicht(be)achtung, was wiederum zu verstärkten Aggressionen und Konflikten im Umgang der Menschen miteinander geführt hat. Neben ambitionierten Projekten wie „KALKtauscht**“ oder kleineren Erkundungsformaten stellte sich im Nachhinein eine Maßnahmen als die wichtigste heraus: die Wohnungsbauunternehmen vor Ort haben einen „Veedelshausmeister“ eingestellt. Er hat einen guten Draht zur Müllabfuhr, zu Polizei, Grünflächen- und Ordnungsamt, hat sich gut mit den Hausmeistern der Wohnungsbauunternehmen vernetzt und in kleinen Aktionen viele Bewohnerinnen und Bewohner für die Pflege und Instandhaltung ihres Wohnumfeldes gewonnen. Seine Rolle für die Verbesserungen des nachbarschaftlichen Zusammenlebens kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Die grundlegenden sozialen Spannungen unter den ca. 14.000 Einwohnern kann er allerdings nicht beseitigen.

- Wohnen und Wohnumfeld: Zu Beginn des Projektes waren die Wohnungsbestände einiger Unternehmen in miserablen Zustand, wurden per Internet vermietet und auch die wohnortnahen Freiräume waren in der Regel schlecht gepflegt und gehegt. Ganze Straßenzüge konnten nur noch an Menschen mit extrem geringen Ansprüchen an die Qualität ihrer Wohnungen vermietet werden. Diese Neu-Zugezogenen aus Osteuropa haben Abwertungsängste und Aggressionen in der Nachbarschaft erzeugt. Die Wohnungsun-

ternehmen konnten davon überzeugt werden, dass es sinnvoll für alle sei, wenn sie ihr Handeln und ihre Planungen aufeinander abstimmen. Aufbauend auf informellen Abstimmungsprozessen auf der Basis von Selbstverpflichtungen haben sich die großen Akteure im „Wohndialog Kalk Nord“⁶ zusammen gefunden, ihre Bestände Schritt für Schritt saniert, modernisiert und die wohnortnahen Freiräume aufgewertet, neue Vermietbüros eingerichtet und auch kleinere Projekte des Bürgertreffs, des Jugendprojekts Pavillon e.V. oder des interkulturellen Dienstes gefördert. Dabei ist es gelungen den Wohnraum weitestgehend preiswert zu halten. Ob dies allerdings auf dem Kölner Markt auch in Zukunft „nur“ auf der Basis von Selbstverpflichtungen gelingen kann, bleibt abzuwarten.

■ **Jugend und Bildung:** Kinder und Jugendliche haben in Kalk mit vielen Benachteiligungen zu kämpfen. Die räumliche Situation der untersuchten Schulen war in zweierlei Hinsicht unbefriedigend: Es gab zu wenige Räume und die, die es gab, waren oft in einem schlechten Zustand. Die statistischen Zahlen waren 2010 alarmierend: 14,2 Prozent der Schulabgänger in Kalk Nord erreichten keinen Schulabschluss (auf gesamtstädtischer Ebene waren es 5,9 Prozent). Bei mehr als 50 Prozent der Kinder wurde ein Sprachförderbedarf festgestellt (in Gesamtköln lag der Vergleichswert bei 28,4 Prozent). Leider konnte es nicht gelingen, die im Bildungsatlas Kalk Nord formulierten Ziele (Sekundarschule mit Stadtteilbezug, Förderung von Elternarbeit etc.) bereits umzusetzen. Aber das vorhandene Jugendprojekt Pavillon e.V. soll kurzfristig als Jugendeinrichtung etabliert werden.

Integriertes Handlungsprogramm Kalk Nord 2012+

Parallel zu diesen ersten Maßnahmen wurde ein Integriertes Handlungsprogramm Kalk Nord 2012+ in acht Handlungsfeldern, quer zu den üblichen thematischen und Verwaltungslinien entwickelt. In verschiedenen Workshops saßen unter anderem Altenheim mit Polizei, Abfallwirtschaftsbetriebe mit Schulen, Integrationsdienste mit Sportvereinen zusammen. Für diese acht Handlungsfelder wurden im IHP 2012+ akute Bedarfe und Bedürfnisse formuliert, die gemeinsamen Ziele definiert, die Indikatoren beschrieben, an denen sich der Erfolg messen lässt sowie Maßnahmen und Projekte benannt, die mittelfristige Ziele verfolgen. Außerdem wurde festgehalten, wer für die Umset-

zung, die Finanzierung, Begleitung und Moderation zuständig sein sollte.

Das institutionelle Gerüst, auf dem dieses Programm und die Maßnahmen im Wesentlichen entwickelt wurden, bestand aus dem Wohndialog als Zusammenschluss der großen wohnungswirtschaftlichen Player, den sozialen Partnern, die sich im Wesentlichen im Runden Tisch Quartiersentwicklung zusammen geschlossen haben⁷ und der KALKschmiede*, die Projekte und Prozesse im Kalker Norden durchgeführt und moderiert hat. Stadtverwaltung und Politik waren und sind vor allem über ein engagiertes Bezirksamt beteiligt, das zu einem runden Tisch einlädt, der den gesamten Stadtteil Kalk behandelt. Es konnte allerdings nicht gelingen, die Gesamtstadtverwaltung oder -politik als aktiven Partner für das Projekt zu gewinnen. Umso wichtiger wird es sein, dass in Zukunft ein mit Entscheidungskompetenz ausgestatteter Moderator die weitere Entwicklung des Engagements für das Quartier unterstützt.

Eine Ursache für die unzureichende Einbindung in gesamtstädtische Aktivitäten ist sicherlich, dass die Verwaltung personell und finanziell ausgehöhlt ist und kaum Zeit vorhanden ist, neue Kooperationen zu entwickeln und zu pflegen. Außerdem haben sich sowohl die Analyse des Stadtteils als auch das Handlungsprogramm nicht an der linearen Struktur von Politik und Verwaltung, sondern an den Herausforderungen, vor denen der Stadtteil steht, orientiert. Es war häufig Aufgabe der KALKschmiede*, Vertreter der Ämter aus unterschiedlichen Dezernaten an einen Tisch zu holen und es bleibt bis auf weiteres Aufgabe des Veedelshausmeisters, die Ämter, die auf der Straße Wirkung haben, für den Stadtteil zu sensibilisieren und wechselseitig zu informieren. Und schließlich fehlt dem Quartier eine engagierte politische Vertretung, die dort ihre Wurzeln hat und die Anliegen seiner Einwohner auch gegenüber und in der Gesamtstadt vertritt.

Perspektiven für eine Stadt(teil)entwicklung mit neuen Partnern

Die KALKschmiede* ist nur eines von vielen ambitionierten Stadtteilentwicklungsprojekten in Nordrhein-Westfalen. Das Besondere ist, dass sie – gemeinsam mit Akteuren aus dem Stadtteil und der Wohnungswirtschaft – nicht in einem institutionellen Gerüst agiert hat. Das machte sie einerseits sehr beweglich

⁶ Mitglieder des Wohndialogs Kalk Nord: GAG Immobilien AG, Deutsche Annington, GWG zu Köln eG, Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888 e.V.

⁷ Nachbarschaftstreff, Integrationsdienst, Sozialraumkoordination, städtische Ämter, Polizei, Pavillon e.V., Caritas und weitere Partner

und schlagkräftig, hat aber andererseits die Verbindlichkeit der Absprachen und Projekte reduziert. Wenn Staat, Kommune, Wohnungswirtschaft auch in Zukunft effektiv zusammen an der Verbesserung konkreter sozialräumlicher Lebenslagen arbeiten wollen und die Zivilgesellschaft strukturell einbinden, sollte in einigen Punkten, sowohl in den Förderprogrammen als auch in der lokalen Praxis, nachgesteuert werden.⁸

Stadtteilentwicklung in gesamtstädtische und regionale Strategien einbinden

Stadt ist in Bewegung und die Veränderung der Lebenslagen in Quartieren ist ein Stück Normalität. Trotzdem muss gerade die Sorge der Menschen mit wenigen finanziellen Ressourcen ernst genommen werden, aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben zu werden. Dem gegenüber steht die Sorge der Stadtpolitik, dass Quartiere in eine ökonomische oder soziale Sackgasse geraten. Zwischen diesen beiden Polen eine Balance herzustellen, bedarf eines gesamtstädtischen Zugangs. Denn auch die konkrete Quartiersarbeit, das konkrete Maßnahmenpaket, das vor Ort sichtbar ist, wirkt über den Standort hinaus. Spätestens dann, wenn die Ressourcen anderen Quartieren nicht mehr zur Verfügung stehen. Darum ist es notwendig, die Wechselwirkung zwischen den Quartieren zu berücksichtigen.

Bei den konkreten Problemlagen der Menschen vor Ort ansetzen

Das Verhalten vieler Kommunen, im Wesentlichen die Probleme zu fokussieren, für deren Lösungen Ressourcen zur Verfügung stehen, ist nur allzu verständlich. Die verantwortlichen Stadt- und Quartiersentwickler wollen jede Chance nutzen, Dinge in Bewegung zu bringen oder zu halten. Dies kann dazu führen, dass Investitionen getätigt werden, die niemand braucht oder die schädliche Wirkungen haben. Sowohl aus Gründen der Effektivität als auch der Empathie ist es absolut notwendig, dass die Problemlagen eines Stadtteils förder- und politikneutral erhoben werden. Wo sind die wirklichen Entwicklungsbedarfe: im Wohnungsangebot, in der Bildungsinfrastruktur, bei den Angeboten für Alte? Ist vielleicht der Müll auf den Straßen das größere Problem für die Anwohner als die neue Bushaltestelle oder haben sie vor allem

Sorge um ihre Sicherheit? Erst wenn an diesen konkreten Problemlagen angesetzt wird, fühlen sich die Menschen in den Quartieren ernstgenommen. Vieles Andere, Richtige, in die Zukunft weisende kann darauf aufsatteln.

Stadtteilentwicklung braucht Projekt und Programm

Die strategische Perspektive guter Quartiersentwicklung steht häufig im Widerspruch zu den Erwartungen und Wahrnehmungshorizonten von Politik, Bürgern und Unternehmern. Denn bis zur Realisierung einer größeren Maßnahme im Bereich des Wohnungsbaus oder der (Bildungs-) Infrastruktur gehen häufig mehrere Jahre ins Land. Die unterstützende Politik, vor allem aber die Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers brauchen unmittelbare und schnell sichtbare Ereignisse und Projekte, die in die Richtung weisen, die eingeschlagen werden soll. Die richtige Mischung aus Programm und Projekt herzustellen und sich nicht von den Kommentaren lokaler Politik („... hier wird doch nur geredet“) und den enttäuschten Erwartungen der Bewohner („... was macht ihr denn wirklich für uns?“) treiben zu lassen, ist eine der großen Herausforderungen. Wichtig ist, das eigene Handeln kontinuierlich und mit großem Einsatz transparent zu machen und den einen oder anderen Vorgriff auf das Kommende über Projekte zu wagen, die nicht schon bis zum Ende durchdacht und abgewogen sind.

Integrierte Zugänge sind unabdingbar

Auf kommunaler und auf Landesebene müssen kongruente Förderpakete entwickelt werden und auch die Ressorts mitwirken, die keinen eingeübten sozialräumlichen Zugang haben. Wichtig ist, dass daraus kein neuer Zweig der Förderbürokratie entsteht, sondern es gelingt, sozialräumlich wirksame Investitionen unter einer Federführung effektiv und lokal zu bündeln. Die Schnittstellen zur regionalen und kommunalen Bildungs- und Jugendpolitik, aber auch die zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung, müssen insbesondere verbessert werden. Aber auch auf Seiten der halbstaatlichen und zivilgesellschaftlichen „Kümmerer“ ist es notwendig, die Selbsterhaltungsinteressen hinter die übergeordneten Ziele zurückzustellen. Dass dies nicht einfach ist, wissen alle Praktiker vor Ort nur zu gut. Denn jeder soziale Träger, jeder Verwaltungszweig und jede Stiftung ist in der Regel darauf angewiesen, gesehen zu werden, um so ihre

⁸ Siehe hierzu auch: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012): Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung im Programm Soziale Stadt. Berlin

eigene Existenz in die Zukunft zu verlängern. Diesem Dilemma kann nur mit einem starken politischen Willen und auf Basis gemeinsamer und klar formulierter mittelfristiger Ziele begegnet werden.

Strategische Plattform der öffentlichen Hand ist erforderlich

Nahezu alle Institutionen, die sich mit Stadterneuerungsfragen beschäftigen, leiden unter der kurz- und mittelfristigen Perspektive, mit der die Förderprogramme angelegt sind. Die Erfahrungen anderer und die eigenen Erfahrungen zeigen, dass mindestens sieben bis zehn Jahr benötigt werden, um stabile Ansätze für ein selbstorganisiertes Gemeinwesen zu schaffen. An manchen Standorten wird auch das nicht ausreichen. Für diese Kontinuität sind Zivilgesellschaft und Wirtschaft nur in den seltensten Fällen die richtigen Partner. Aber sie können auch mittelfristig die öffentlichen Hände bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Projekten unterstützen. Am effektivsten dann, wenn sie eine Möglichkeit haben, ihre eigenen Vorteile (z.B. Geschwindigkeit, Unabhängigkeit) mit einzubringen und diese nicht ausgebremst werden, und wenn sie dies auf Basis einer verlässlichen strategischen Plattform (Handlungsprogramm o. ä.) tun können.

Politische Vertretung und Aufmerksamkeit sind zentrale Faktoren

Stadtentwicklung, die sich gezielt auf die korrespondierenden Problemlagen innerhalb der Stadt einlässt und integrative Lösungen innerhalb des Quartiers verfolgt, kann nicht sektoral behandelt werden oder an die Stadtplanung delegiert werden. Es ist eine Aufgabe, für die eine politische Verantwortung in der Stadt übernommen werden muss. Gerade dort, wo Lösungen einen langen Atem und eine intensive Abstimmung von Akteuren und Verantwortlichkeiten erfordern, ist die Unterstützung der Politik, zumindest eines politischen Vertreters, der die Aufmerksamkeit immer wieder auf das entsprechende Viertel lenkt, Öffentlichkeit herstellt und den Akteuren durch Rücken- und Unterstützung Kraft und Motivation gibt, unersetzlich. Nun haben aber gerade die segregierten Stadtteile mit großer Bildungs- und finanzieller Armut Schwierigkeiten, engagiertes politisches Personal aus den eigenen Reihen zu stellen. Es sollte ein Ziel der Quartiersentwicklung sein, diese Personen zu finden und im Rahmen selbstverwalteter Projekte und Fonds

für das politische Feld zu gewinnen.

Strategien der aktivierenden Gemeinwesenarbeit aufgreifen

Das Quartiersmanagement bündelt die Aufgaben verschiedener Sektoren und insbesondere die investiven Maßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes. Grundsätzlich ist jedoch zu fragen, ob dabei die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit für die Stabilität in einem Quartier, insbesondere als langfristig angelegte und gesicherte Ressource an Raum, Personal und Ausstattung ausreichend berücksichtigt wird. Die Erfahrungen in Kalk Nord haben gezeigt, dass es weniger die großen, öffentliche Aufmerksamkeit sichernden Maßnahmen sind, an denen die Menschen im Viertel selbst interessiert sind, sondern dass es neben den unmittelbar ihr Lebensumfeld beeinflussenden Faktoren (Müll, Sicherheit) vor allem die Stabilität sozialer Strukturen und die Verlässlichkeit der für das Gemeinwesen tätigen Akteure sind, die die Menschen benötigen, um sich wohl zu fühlen und um eigene Initiativen entwickeln und einbringen zu können.

Einige Quartiere in Großstädten benötigen dauerhaft Unterstützung

Erkennt man die Tatsache an, dass es Quartiere gibt, deren Probleme mit den Entwicklungen in anderen Quartieren korrespondieren und deren Probleme somit auch die der Gesamtstadt sind und mit der Gesamtstadt in Beziehung stehen, so sollte es nicht mehr weit sein zu der Erkenntnis, dass zu einer Stadt Quartiere gehören, denen Unterstützung gewährt werden muss – gegebenenfalls auf Dauer. Solche Quartiere können nicht nach dem Abarbeiten eines einmal erstellten Handlungsprogramms wieder sich selbst überlassen werden. Auch darin kommt die politische Dimension von Quartiersentwicklung zum Vorschein: die Probleme der Quartiersebene lassen sich so gut wie nie allein innerhalb des Quartiers lösen. Sie sind zumeist räumlich nicht zu begrenzen und müssen auf der Ebene der Stadt oder anderen Ebenen gelöst werden. Darum liegt es erst recht in der Verantwortung der Politik, Chancengleichheit zu gewährleisten und Menschen nicht Lasten aufzubürden, die sie überfordern.

Verantwortung für das Quartier übernehmen

Schule und Bildung im Quartier

„Es braucht ein Dorf, um ein Kind groß zu ziehen“

(Afrikanisches Sprichwort)

Bildung ist der Schlüsselfaktor für die Lebensperspektive junger Menschen. Das gilt gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten, die in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil, hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen leben. Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen. Das städtische Quartier und der Stadtteil als Lebensraum sind in diesem Zusammenhang mehr als nur Standort für Bildungseinrichtungen und Infrastruktur. Integrierte Quartiersentwicklung setzt sich daher die Organisation einer „Bildungslandschaft“ im Stadtteil zum Ziel, in der die verschiedenen Bildungs- und Kultureinrichtungen, Jugend- und Familienhilfe, örtliche Wirtschaft, Vereine und Initiativen kooperieren und ihre Angebote, Programme und Aktivitäten inhaltlich wie räumlich vernetzt sind. Schulen sind Lebensorte – Stadtteile gleichsam Lernorte.

Die Handlungsfelder und Aufgaben der integrierten Quartiersentwicklung zur Bildungslandschaft im Stadtteil können vielfältig sein:

- Schulentwicklungskonzepte berücksichtigen bei Standorten, Schulformen, Ausstattung und pädagogischen Projekten die Bedeutung der unterschiedli-

chen Schulangebote als Schlüsselemente für die Strukturentwicklung von benachteiligten Stadtteilen und Quartieren.

- Planung und Bau, bzw. Erneuerung von Bildungseinrichtungen, haben den Stadtteilbezug im Programm – z.B. mit integrierten Begegnungsstätten, Jugend- oder Freizeiteinrichtungen, Vereinsräumen, offenen Schulhöfen und Sportanlagen, gemeinschaftlich nutzbaren Freiräumen, Plätzen und Parks.
- Stadtteile werden dezentrale Lernorte – mit „grünen Klassenzimmern“ in Parks oder angrenzenden Landschaftsräumen. Sie öffnen sich den Betrieben und Unternehmen, kooperieren mit Kultureinrichtungen oder Sportvereinen. Der Stadtteil als Labor, Experimentierraum oder Beobachtungsgegenstand öffnet sich schulischen Projekten.
- Schließlich knüpfen soziale und gemeinwesenbezogene Initiativen und Projekte zwischen Schule und Stadtteil wichtige Allianzen – bei der Qualifizierung und Berufsvorbereitung, bei Praktika in Betrieben, Ganztagsbetreuung, Integrationsarbeit, bei Förderkursen und Sprachunterricht auch in der Erwachsenenbildung, in kultureller Arbeit oder im Sport.



„Tu was...“ – Eine Hauptschule als Schlüsselakteur im sozial benachteiligten Quartier

„Der Strukturwandel in einem benachteiligten Stadtteil wie Aachen-Ost verlief schleichend vom stabilen Arbeiterviertel mit gesicherten beruflichen Perspektiven für die Jugendlichen und einfachen Arbeitsplätzen im Quartier hin zum sozialen Brennpunkt mit hoher Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit, sozialen und ethnischen Konflikten, sozialem Stigma und realen Kriminalitätsproblemen in der Nachbarschaft.

Eine Hauptschule wie die an der Aretzstraße im Aachener Nord-Osten steht im Brennpunkt der sozialen Quartiersarbeit neben vielen anderen Akteuren und Partnern im Stadtteil: Hier sammeln sich die „Problemgruppen“ unter den Jugendlichen, auf sie wird immer wieder mit dem Finger gezeigt, wenn im Stadtteil und in der Stadt Konflikte entstehen.

Die Schulen im Quartier übernehmen hier längst Schlüsselaufgaben über die reine Bildungsarbeit hinaus – sie sind ein zentraler Akteur der Jugend- und Sozialarbeit, Kriminalprävention und Konfliktmanagement. Sie betreiben Berufsförderung und sind Partner lokaler Ökonomie, leisten Familienhilfe und Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen, sichern gesunde Ernährung und bieten Lebenshilfen.

Der Schulverbund Aachen-Ost ist die pragmatische Antwort auf eine lange Diskussion um mögliche Schulschließungen und neue Schulmodelle: Gymnasium, Haupt- und Realschule

im Stadtteil kooperieren mit ihren Einrichtungen, Infrastrukturen, Konzepten und Ressourcen, um Übergänge zwischen den Schulformen jederzeit zu ermöglichen. Abgestimmte Förderangebote im bis abends geöffneten Lernzentrum der GHS Aretzstraße werden auch durch ehrenamtliche Unterstützer aus dem Stadtteil gesichert.

Quartiers- und Schulentwicklung müssen die Aktivitäten und Potenziale der Schulen vor Ort aufgreifen, stützen und in die Stadterneuerungsaktivitäten, Prozesse lokaler Wirtschaftsförderung und Beschäftigung, Gemeinwesenarbeit und Kulturaktivitäten integrieren.

Schulen leisten ihren Beitrag dazu, zum Beispiel mit der Schülerfirma „Tu was GmbH“ (GmbH – Gib mir berufliche Hilfe!) an der GHS Aretzstraße in Aachen. Jugendliche erledigen „Kleine Arbeit“ im Stadtteil von der Grünpflege über praktisch-handwerkliche Hilfen oder Umzugshilfen für ältere Menschen bis zum Catering bei Stadtteilstesten. Sie erhalten ein kleines Taschengeld, erwerben Kompetenz und übernehmen Verantwortung, lernen Struktur und Arbeitsorganisation. Das ist für sie der erste Schritt zur erfolgreichen Vermittlung in Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse in Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmen. Gecoacht und betreut werden sie unter anderem durch Langzeitarbeitslose und Migranten aus dem Quartier, die damit ebenfalls Perspektive, Qualifizierung und eine sinnvolle Aufgabe erhalten.“



Manfred Paul
Ehemaliger Schulleiter der Hauptschule Aretzstraße in Aachen-Ost



Bild links: Offenes Bürgerhaus „BiLo“ - Soziale Stadt Birth-Losenburg, Velbert
Bilder rechts: Kunstaktion der GHS Aretzstraße - Hochbunker Aachen-Ost, Aachen

Rahmenkonzept Integrierte Quartiersentwicklung

Die Ziele der Landesregierung für die „soziale Stadt“



Sabine Nakelski

Als integratives Programm, das räumlich nur Impulse und Anreize geben kann, ist „Soziale Stadt“ angewiesen auf die komplementären Förderstrategien anderer Ressorts, auf die Bündelung von Finanzressourcen und auf übergreifendes Handeln. Im Koalitionsvertrag 2012 bis 2017 haben sich die Regierungsfractionen darauf verständigt, das Städtebauprogramm Soziale Stadt in einem „integrierten Rahmenkonzept“ der präventiven Quartiersentwicklung mit den sozialräumlichen Maßnahmen der anderen Landesressorts zu verknüpfen.

Im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ werden integrierte Handlungsprogramme für solche Quartiere gefördert, in denen zusätzlich zu baulichen Missständen eine Konzentration besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen festzustellen ist. Den komplexen Aufgaben in diesen Quartieren soll mit komplexen Handlungsansätzen begegnet werden. Ein Bündel von einander ergänzenden Maßnahmen muss entwickelt werden, um einen ganzheitlichen Stabilisierungs- und Erneuerungsprozess anzustoßen. Das Programm „Soziale Stadt“ entfaltet aufgrund dieses integrierten Handlungsansatzes eine präventive Wirkung im Hinblick auf die mögliche weitere Destabilisierung dieser benachteiligten Stadtquartiere und die Ausgrenzung ihrer Bewohner.

Präventive Politik setzt bei den Menschen und ihrer individuellen Lebenssituation an. Schul- und Berufsausbildung und Spracherwerb sind hierbei wesentliche Voraussetzungen für einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt und für eine Lebensperspektive junger Menschen. Allerdings sollten die erforderlichen Bildungs-, Integrations-, Gesundheits- oder sozialpolitischen Handlungsansätze nicht losgelöst von der physischen Umwelt betrachtet und weiterverfolgt werden. Bezahlbare, gesunde Wohnverhältnisse, ein aktivierendes Wohnumfeld und Bildungseinrichtungen, die den neuen Aufgaben auch in baulicher Hinsicht entsprechen, sind eine „flankierende Nebenbedingung“, damit der Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen entgegengewirkt und präventive Politik erfolgreich umgesetzt werden kann.

Die Städtebauförderung des Bundes und der Länder sorgt dafür, dass im Wohnumfeld Spiel-, Sport-, Freizeit- und Begegnungsorte geschaffen werden und dass Verwahrlosungstendenzen im öffentlichen Raum begegnet wird. Verhindert werden soll damit, dass bereits die Wohnadresse zu einem Anlass für Ausgren-

zung wird. Die Mittel der Städtebauförderung können aber auch für die qualitätvolle bauliche Erneuerung von Infrastruktureinrichtungen im Kontext „Lebenslanges Lernen“ eingesetzt werden. Gemeint sind damit zum Beispiel kombinierte Schul- und Bildungseinrichtungen im Quartier, ggf. sogar gekoppelt mit allen Angeboten für die Familien-, Jugend-, Sozial- und Seniorenarbeit.

„Soziale Stadt“ ist ein Baustein der präventiven Politik

Trotz der Kürzung der Bundesmittel im Programm „Soziale Stadt“ setzt Nordrhein-Westfalen weiterhin auf den integrierten Handlungsansatz dieses Programms, das sich seit Jahren bewährt hat und wie kein anderes die Städte und Gemeinden bei der Bewältigung besonderer gesellschaftlicher Herausforderungen unterstützt. „Soziale Stadt“ setzt wichtige Impulse für die Entwicklung eines dauerhaft erforderlichen Quartiersengagements in den Städten. Dies konnte nur gelingen, weil die finanziellen Ressourcen konzentriert und bedarfsgerecht eingesetzt werden. In der Förderperiode 2007 - 2013 des Europäischen Regionalfonds (EFRE) werden die sogenannten „Städtischen Problemgebiete“ im Rahmen des Operationellen Programms NRW (84 Quartiere der Sozialen Stadt und des Stadtumbau West) bei der Umsetzung baulich-investiver Maßnahmen mit EU-Mitteln kofinanziert. Darüber hinaus werden die baulichen Maßnahmen stets gebündelt mit sozialpolitischen, bildungspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. In der Regel müssen im Sinne einer Verstetigung die Interventionen in den Bereichen der Sozial-, Familien- oder Gesundheitspolitik - je nach den örtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten - über den Durchführungszeitraum der baulichen Maßnahmen hinausreichen.



Soziale Stadt Bruckhausen, Duisburg

Koordinierung der Förderprogramme des Landes

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, ein Rahmenkonzept zu entwickeln, das alle Aktivitäten der Ressorts der Landesregierung NRW für die Quartiere zusammenfasst und auf die Gebietskulisse der Sozialen Stadt den Fokus setzt. Damit soll der integrierte Handlungsansatz für die städtischen Problemgebiete besonders unterstützt werden. Auf Basis eines Eckpunktepapiers haben sich die Ressorts¹ auf einen Prozess verständigt und das federführende MBWSV mit der Weiterentwicklung des Rahmenkonzepts beauftragt. Im Laufe des Prozesses ist es gelungen, dass alle Fachressorts ihre Fördermaßnahmen und -prioritäten sowie weitere Aktivitäten, die in der genannten Gebietskulisse stattfinden oder im Sinne einer präventiven Politik quartiersrelevant sind, identifizieren und soweit möglich auf die städtischen Problemgebiete

fokussieren. So sollen beispielsweise Projekte, die im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung unterstützt werden, in Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ ebenso einen Fördervorrang erhalten wie z.B. Familienzentren. In der Wohnungsbestandsförderung wird in den „Soziale Stadt“- Quartieren auf die Belegungsbindung verzichtet, um gezielt neue Zielgruppen anzusprechen und eine Aufwertung zu erreichen. Für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit können Projektmittel bereitgestellt werden, wenn die verabredete Gebietskulisse betroffen ist. Die Weiterentwicklung von Schulen zu Quartierszentren soll durch Förderung unterstützt werden.

Im Sinne eines Wissenstransfers zur Stärkung des integrierten Handlungsansatzes werden eine Reihe von Fachtagungen mit den beteiligten Ressorts sowie weiteren Partnern der Quartiersentwicklung durchgeführt, die sich explizit an die handelnden Akteure in den Quartieren der Sozialen Stadt wenden und dem

¹ Kabinettsbeschluss vom 26. Februar 2013



Fassadenerneuerung in Wattenscheid, Bochum

gegenseitigen Wissensaustausch dienen. Integrierte Quartiersentwicklung setzt voraus, dass die aus unterschiedlichen Systemen und Sektoren kommenden Akteure voneinander wissen und sich über mögliche Synergien im Sozialraum im Klaren sind.

Darüber hinaus hat das Kabinett beschlossen, dass in der kommenden EU-Förderperiode 2014 bis 2020 auch die Programme des EFRE, ESF und ELER für die Umsetzung des präventiven Handlungsansatzes in Stadt und Quartier genutzt werden sollen.² Diese Verzahnung der Fonds soll dazu beitragen, die Nachhaltigkeit der Maßnahmen in städtischen Problemgebieten zu stärken und den Städten und Gemeinden eine gebündelte Unterstützung zu geben. Bereits anerkannte städtische Problemgebiete sowie Städte und Gemeinden, die Handlungsprogramme neu aufstellen, können sich ab 2014 um diese Fördermittel

bewerben. Die Landesregierung leistet damit einen wichtigen Beitrag, um die Quartiersentwicklung in der „Sozialen Stadt“ weiterhin auf einer soliden Finanzierungsgrundlage fortzuführen.

² Siehe auch Beitrag von Carola Scholz in diesem Stadtentwicklungsbericht

Die neue Strukturfondsperiode

Chancen für die Quartiersentwicklung



Carola Scholz

Mit der „Städtischen Dimension“ innerhalb der europäischen Strukturpolitik betont die Europäische Kommission seit Ende der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts die zentrale Rolle der Stadt- und Quartiersentwicklung als Motor europäischer Regionalpolitik. Für Nordrhein-Westfalen ist die stadtbezogene EU-Strukturförderung von besonders großer Bedeutung. Sie bietet zusätzliche Finanzmittel, um die Probleme strukturschwacher Teilräume und Quartiere zu bekämpfen.

Das nordrhein-westfälische Städtesystem mit 396 Kommunen, davon 23 kreisfreien Städten, ist gekennzeichnet durch deutliche Disparitäten sowohl zwischen den Städten als auch innerhalb der Städte. Darauf weisen Sozialraumanalysen¹ immer wieder hin. Insbesondere im Ruhrgebiet und anderen altindustriell geprägten Regionen und Städten besteht die Problematik benachteiligter Stadtquartiere, in denen hohe Arbeitslosigkeit, die Zunahme einkommenschwacher Haushalte, verstärkte Migration und eine besondere Polarisierung der Lebensverhältnisse zu beobachten sind. Die Polarisierung der Bevölkerung in diesen Städten und Quartieren droht durch die demographische Entwicklung (allgemeiner Bevölkerungsrückgang, Alterung) und durch Wanderungsbewegungen (u. a. Suburbanisierung) noch verstärkt zu werden. Für die Landesregierung steht fest, dass nur eine Stadtentwicklung, die Armut bekämpft, Defizite in den Bereichen Bildung, Energie und Umwelt beseitigt und Wohnbereiche mit Lebensqualität erhält, auch geeignet ist, attraktive Wirtschaftsstandorte zu schaffen. Nur so werden die EU 2020-Ziele „Intelligentes Wachstum, nachhaltiges Wachstum und integratives Wachstum“ zu erreichen sein.

Die Ziele der EU 2020-Strategie können nur erreicht werden, wenn die Städte nicht sozialräumlich auseinander fallen

Die Stadterneuerungspolitik in Stadtteilen mit besonderem Bedarf (insbesondere Soziale Stadt NRW) soll in der nächsten Strukturfondsperiode entsprechend den Beschlüssen der Leipzig Charta² (integrierte Handlungskonzepte, Fokus auf benachteiligten Stadtteilen) fortgesetzt werden. Es geht darum, Disparitäten auszugleichen, Entwicklungshemmnisse

zu beseitigen, Potenziale zu heben und Stärken zu stärken. Allerdings sollen und müssen künftig neue Akzente und Entwicklungsimpulse gesetzt werden: Mit der Präventionsstrategie der Landesregierung („Kein Kind zurück lassen“) werden insbesondere Investitionen in die soziale und schulische Bildungs-Infrastruktur an Bedeutung gewinnen. Hinzu kommen Maßnahmen, die Quartiersstandorte nachhaltig stärken und wirtschaftliche, soziale, kulturelle und zivilgesellschaftliche Potenziale ausschöpfen. Die Verbesserung der „grünen Infrastruktur“ in den Städten, die energetische Stadtsanierung sowie Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel gehören dazu und werden im neuen Operationellen Programm EFRE NRW ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Die Vorstellungen der EU-Kommission für die Städtische Dimension

Die EU-Kommission hat im Oktober 2011 ihre Verordnungsentwürfe für die nächste Strukturfondsperiode ab 2014 vorgelegt. Formuliert wurde, dass der Europäische Regionalfonds (EFRE) auch weiterhin die nachhaltige integrierte Stadtentwicklung „durch Strategien mit umfassenden Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen, ökologischen, klimatischen und sozialen Herausforderungen, mit denen städtische Gebiete konfrontiert sind“ unterstützen wird (Art. 7 EFRE-VO). Maßnahmen der Stadtentwicklung sollen künftig europaweit mit deutlich höheren Anteilen in den regionalen Operationellen Programmen verankert werden als das bisher der Fall war. Vorgesehen ist eine Mittelbindung des EFRE für die integrierte Stadtentwicklung von mindestens 5 Prozent in jedem Mitgliedstaat. In Deutschland werden in der laufenden Förderperiode entsprechend den Operationellen Programmen der Bundesländer lediglich 7,4 Prozent³

¹ Z.B. im Auftrag der Landtags-Enquete-Kommission „Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen“, 2004

² Mitgliedstaatliches Dokument der EU-Stadtentwicklungminister vom 24. Mai 2007

³ Die Städtische Dimension in den deutschen Strukturfondsprogrammen, BMVBS-Online-Publikation, Nr.15/2010, S. 53



Soziale Stadt Rheydt-Innenstadt, Mönchengladbach

(1,09 Mrd. Euro) des gesamten deutschen EFRE-Volumens für Maßnahmen der integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung eingesetzt, in anderen Mitgliedstaaten 0 Prozent. Nordrhein-Westfalen wendet aktuell mit ca. 268 Mio. Euro 21 Prozent⁴ seiner EFRE-Mittel für Maßnahmen der Stadtentwicklung auf.⁵

Erstmals ist ein „Gemeinsamer strategischer Rahmen“ (GSR) für die Strukturfonds vorgesehen, der dazu beitragen soll, die Effizienz der verschiedenen strukturpolitischen Instrumente zu steigern und Synergien zwischen den Fonds zu schaffen. In der Stadt- und Quartiersentwicklung sollen gezielte gemeinsame sozialräumliche Interventionen von EFRE und Europäischem Sozialfonds (ESF) möglich sein. Die stärker entwickelten Regionen müssen mindestens 20 Prozent der ESF-Mittel für das thematische Ziel „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“ einsetzen (Art. 9 Allg. VO/ Art. 4 ESF-VO). Dabei ist es gewünscht, dass der ESF deutlich stärker als bisher den sozialräumlichen Ansatz verfolgt.

4 Stichtag 31.10.13

5 Gesamtmittelvolumen EFRE für NRW: 1,3 Mrd. Euro in der laufenden Strukturfondsperiode

Gemeinsame Plattform für die Operationellen Programme in NRW

Die Landesregierung hat sich durch Kabinettsbeschluss⁶ ebenfalls einen gemeinsamen strategischen Rahmen gegeben und für alle drei Fonds in Nordrhein-Westfalen sichergestellt, dass diese auf Landesebene künftig abgestimmter als in der Vergangenheit handeln. Sie sollen z.B. projektbezogen gemeinsam im städtischen Raum, in Quartieren und auch in Gemeinden des ländlichen Raums intervenieren können.

Mit den Beschlüssen des Kabinetts am 16. Juli 2013 zu Eckpunkten aller drei Operationellen Programme wurde zudem bestimmt, dass jeder Fonds in NRW einen Anteil seiner Mittel für die städtische Entwicklung „auf der Basis von integrierten, ganzheitlichen und sozialraum-orientierten Konzepten“⁷ und für die Ziele der Präventionspolitik zur Verfügung stellen muss. Die Koordinierung der drei Fonds, die bislang ihr sektora-

6 Kabinettsbeschluss „Gemeinsame Grundsätze zur Umsetzung europäischer Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen 2014 bis 2020, “Plattform für die Operationellen Programme 2014 bis 2020“ vom 27. März 2012

7 Gemeinsame Grundsätze, Eckpunkte für das nordrhein-westfälische Operationelle Programm 2014 bis 2020 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“, Kabinettsbeschluss vom 16. Juli 2013 (analog für ESF und ELER)

les Eigenleben führen, wird zu einer Herausforderung für die Landesregierung werden.

Stadt- und Quartiersentwicklung im neuen EFRE-Programm

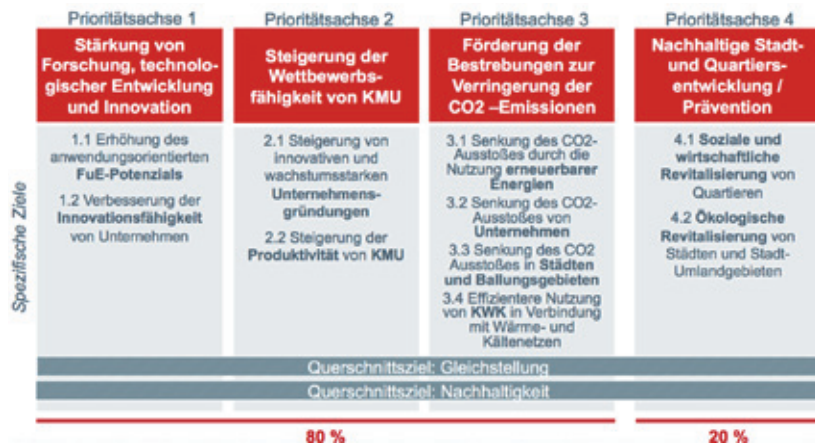
Die Struktur des EFRE-Programms NRW konzentriert sich in seiner künftigen Ausrichtung auf vier Prioritätsachsen

- Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation (40 Prozent des Mittelansatzes);
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU (15 Prozent des Mittelansatzes);
- Förderung von Bestrebungen zur Verringerung von CO 2-Emissionen (25 Prozent des Mittelansatzes);
- Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung/ Prävention (20 Prozent des Mittelansatzes).

Die Konzentration von 80 Prozent der künftigen EFRE-Mittel auf die ersten drei Prioritäten ist Vorgabe der EFRE-Verordnung der Europäischen Kommission. Nur 20 Prozent der Mittel dürfen auf weitere Prioritäten mit stadtentwicklungsrelevanten Zielen und Prioritäten konzentriert werden. Grundsätzlich soll in NRW die Möglichkeit bestehen, für Maßnahmen und Projekte der integrierten Stadtentwicklung auf alle vier Prioritätsachsen zuzugreifen.

Die Prioritätenachse 3 (Energie/ Klimaschutz) umfasst für den Bereich der Städtischen Dimension das spezifische Ziel: „Senkung des CO 2-Ausstoßes in Städten und Ballungsgebieten“. Gefördert werden können damit ganzheitliche CO 2-Minderungsstrategien und ihre modellhafte Umsetzung auf städtischer und Quartiers-Ebene, ebenso städtische Mobilitätskonzepte, die einen Beitrag zur CO 2-Minderung leisten. Daneben können im Rahmen dieser Prioritätenachse auch neue städtische Versorgungsstrukturen (Kraftwärmekopplung/ Nahwärme-Konzepte) gefördert werden, sowie Maßnahmen der Klimafolgenanpassung, zum Beispiel zur Minderung oder Vermeidung von städtischen Hitzeinseln.

Die Prioritätenachse 4 des Programms (Stadt- und Quartiersentwicklung/ Prävention) wird sich in zwei sog. Spezifische Ziele gliedern: „Soziale und wirtschaftliche Revitalisierung von Quartieren“ und „Öko-



Aktueller Stand zur Programmierung des NRW EFRE-OP 2014-2020

logische Revitalisierung von Städten“. Dem ersten Ziel entsprechen die Maßnahmen der Quartiersentwicklung benachteiligter Stadtteile (Art. 7 EFRE-VO neu). Als konzeptionelle Basis wird im Operationellen Programm das „Integrierte Rahmenkonzept Soziale Stadt/ Präventive Quartiersentwicklung“⁸ genannt, das ressortübergreifend erarbeitet wurde. Im Rahmen des zweiten Ziels sollen in der gleichen, aber auch in erweiterter Raumkulisse Maßnahmen der „Grünen Infrastruktur“, kommunale und stadtrregionale Freiflächenstrategien des urbanen Grüns, des Umweltschutzes und der Biodiversität gefördert werden. Im Rahmen dieser Prioritätsachse kann auf weitere von der Kommission mit der EFRE-Verordnung zugelassene Investitionsprioritäten (z.B. „Maßnahmen zur Verbesserung des städtischen Umfelds, einschließlich Sanierung von Industriebrachen und Verringerung der Luftverschmutzung“, „Schutz, Förderung und Entwicklung des Kultur- und Naturerbes“ oder „Unterstützung der Sanierung und wirtschaftlichen Belebung benachteiligter städtischer und ländlicher Gemeinschaften und Gebiete“) zugegriffen werden, soweit sie für die integrierte nachhaltige Quartiersentwicklung vor Ort von Bedeutung sind.

Wie in der laufenden Förderperiode der EU-Strukturfonds soll gezielt nur auf Basis integrierter Handlungskonzepte in städtischen Räumen interveniert werden. Nur diese Integration von Zielen und Handlungsfeldern und der abgestimmte Maßnahmen- und Instrumentenmix aus wirtschaftsfördernden, städtebaulichen, sozialen, bildungspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und Maßnahmen kann letztlich eine neue Inwertsetzung städtischer Räume und Gebäudebestände erreichen und gleichzeitig die Lebensumstände der Menschen verbessern.

⁸ Beitrag von Sabine Nakelski in diesem Stadtentwicklungsbericht

Verantwortung für das Quartier übernehmen

Kultur und Kreativwirtschaft

Lokales Unternehmertum für urbane Innenstadtquartiere

Vitale Innenstädte brauchen aktiven Handel und Dienstleistungen, kulturelle Angebote sowie öffentliche Orte der Begegnung und Repräsentation der Stadtgesellschaft, eingebettet in gut gestaltete öffentliche Räume, Plätze, Grün- und Freiflächen mit Aufenthaltsqualitäten und besonderer Attraktivität. Hier ist Stadtgeschichte ablesbar und hier schlägt der Puls der Zeit.

Doch es sind nicht nur die repräsentativen Zonen mit öffentlichen Einrichtungen und Handel, die Innenstadtidentität ausmachen. Urbane Atmosphäre ist spürbar in Nutzungsgemischten Quartieren, die von Vielfalt und sozialer Heterogenität, kleinteiligem Nebeneinander von Wohnen, Handel, Gastronomie, Dienstleistung, Gewerbe und Kultur geprägt sind.

Diese gewachsenen innerstädtischen Quartiere boomen in den großen und dynamischen Städten und sind hier planerisch eher gegen Wachstumsdruck und bauliche Überformung, zunehmende Aufwertung und soziale Entmischung zu schützen.

Innerstädtische Urbanität in lebenswerten Quartieren ist aber gerade auch jenseits der dynamischen Metropol- und Ballungsräume oder Hochschulstädte ein zunehmend wichtiges Entwicklungsziel. Der demographische und strukturelle Wandel in kleineren und mittelgroßen Städten geht einher mit der schwachen Bindung junger und gut ausgebildeter Menschen an ihren Standort. Metropole Ballungsräume werden nicht

nur wegen der (vermeintlich) besseren Berufsperspektiven oder Ausbildungsmöglichkeiten geschätzt, sondern auch wegen besonderer urbaner Qualitäten. Diese kann es auch außerhalb von Metropolen geben, wenn mehr

- Öffentlichkeit und öffentliches Leben im Stadtbild sichtbar und erlebbar sind,
- Wohnen und Arbeiten die Grundlage für Nachbarschaften und Milieus von Berufstätigen bilden, in denen diese sich begegnen und austauschen können,
- Angebote für unterschiedlichste Lebensstile, Wohn- und Lebensformen bestehen und diese aktiv unterstützt werden,
- Experimentelles, Innovation, Ungewöhnliches und Überraschendes die notwendigen Freiräume finden und eine „Bühne“ haben,
- kreative Menschen und kreative Berufe eine eigene „Community“ bilden und Foren der öffentlichen Präsentation erhalten können.

Innenstädte mit urbaner Atmosphäre leben vom besonderen unternehmerischen Engagement nicht allein der Einzelhändler und Immobilieneigentümer, die sich z.B. in Standortgemeinschaften zusammenschließen, sondern auch von Vereinen und Initiativen, Kulturschaffenden und Kreativen mit ihren Initiativen und Projekten, die in den Raum ausstrahlen. Das Potenzial dazu ist vielerorts vorhanden. Es benötigt Unterstützung, Vernetzung, Beratung und Kooperation sowie geeignete Orte und Räume im innerstädtischen Quartier.

Ein Labor für neue innerstädtische Unternehmungen. Das Wiesenviertel in Witten

„Eine eher kleine Ruhrgebietsstadt wie Witten, mit knapp 100.000 Einwohnern zwischen Dortmund und Bochum gelegen, ist nicht gerade ein Hotspot der Urbanität. Auch die Universität Witten/Herdecke ist im städtischen Alltag bislang kaum spürbar. Die Stadt ist aber Lebensraum und Heimat vieler Menschen, die Vitalität, Kultur, Räume für Experimentelles, Vielfalt und Heterogenität, Austausch und gelebte Ideen nicht nur als Besucher angesagter Trendstädte, sondern auch zu Hause suchen.

Im Jahr 2009 haben sich daher im Verein STELLWERK e.V. freiberuflich tätige Fotografen, Grafiker, Künstler und Kulturmanager zusammengeschlossen um neue (Spiel) Räume an der Schnittstelle zwischen Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung zu schaffen. Künstlerische Interventionen, Aktionen und Veranstaltungen im öffentlichen Raum wurden von hier aus initiiert und in die Innenstadt getragen. Das reicht von der Bespielung leerstehender Ladenlokale über das Autokino auf dem Parkdeck des Einkaufszentrums bis zur studentischen Aktion BlumenPott – Urban Gardening in der Innenstadt. Auch Stadtmarketingprojekte des Wettbewerbs „Ab in die Mitte“ oder „Witten inszeniert Stadtraum“ haben hiervon profitiert.

Im Rahmen eines bundesweiten EXWOST-Modellvorhabens „Jugend belebt Leerstand“ wurde schließlich im innerstädtischen Quartier an der Wiesenstraße das „Knut´s“ ins Leben gerufen: Kneipe, Küche und Kultur unter einem Dach, mit Studiobühne und Kreativwerkstatt - Treffpunkt, Anlaufstelle und Aktionsplattform in der Innenstadt für Junge und Junggebliebene.

Das erste „Wiesenviertelfest“ im Jahr 2012 begründete eine neue Quartiersidentität und offenbarte das urbane Potenzial des innerstädtischen Raums – das „Wiesenviertel“, das es

bislang noch nicht gab, entstand in den Köpfen und gemeinsamen Aktivitäten der Gewerbetreibenden, Händler, Künstler und Bewohner. STELLWERK übernimmt mittlerweile die Quartierskoordination und baut die Verstärkung der Netzwerkarbeit für die Quartiersentwicklung auf. Unternehmerstammtische führen Einzelhändler und Gewerbetreibende zusammen. Die gemeinsame Homepage des Wiesenviertels dokumentiert die Vitalität der kreativen Unternehmen, Läden und Gastronomie im Viertel. Immobilienbesitzern wird eine Plattform für die Wohnungsvermietung gegeben – mittlerweile ist das Wiesenviertel beliebter studentischer und junger Wohnstandort geworden. In der „Kollaboration Wiesenviertel“ treffen sich institutionelle Akteure, z.B. Stadtplanung, Wirtschaftsförderung, Universität und Kulturforum, um Aktivitäten und Planungen mit dem integrierten Handlungskonzept Innenstadt abzustimmen.

Die Innenstadt lebt von kreativen Unternehmungen und Unternehmern, die etwas anpacken, gestalten, Risiken eingehen, experimentieren. Es sind gerade die kleinen Projekte von Gründern an der Schnittstelle zwischen Kunst/Kultur und neuer Geschäftsidee, die den Innenstädten Vitalität und Urbanität verleihen. Im Wiesenviertel arbeiten wir nun dafür an neuen Projekten, in denen es darum geht, eine Plattform für interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Initiativen, Unternehmen, Freiberuflern und Institutionen aus Kultur, Wirtschaft, Kunst und Bildung zu schaffen. Ab 2014 sollen im Wiesenviertel u.a. in der „Containerstadt“ Arbeits- und Experimentierräume mit Büro-, Verkaufs-, Gastronomie- und Veranstaltungsflächen entstehen, um junge wirtschaftliche und kulturelle Initiativen in Witten an einem Ort zu bündeln. Das wird dann auch weiterhin ein Labor für neue unternehmerische Projekte an der Schnittstelle von Kultur und Stadtentwicklung sein.“



Philip Asshauer

Stellwerk e.V. - Studio für Kultur und Gestaltung in Witten

Weitere Informationen

- www.wiesenviertel.de
- www.kreativ-quartiere.de/diequartiere/kq-witten/

Bilder: Wiesenviertel, Witten

Zukunftsaufgabe: Klimagerechte und soziale Quartierserneuerung



Helmut Köchert

Die entscheidende räumliche Ebene für die energetische Stadtsanierung ist das Quartier. Hier lohnt es sich, Maßnahmen für die verschiedenen Gebäudetypen zu bündeln und gleichzeitig – wenn sinnvoll – neue Versorgungsstrukturen aufzubauen. Städtebauliche, infrastrukturelle, verkehrliche, grünplanerische und einzelgebäudebezogene Maßnahmen können hier effektiv z.B. im Rahmen integrierter Konzepte der Stadterneuerung verbunden werden. Dabei gilt es jedoch immer, die verschiedenen Akteure und die sozialen Belange der Quartiersbewohner einzubeziehen.



Dr. Brigitta Verhoek-Köhler

Nordrhein Westfalen ist mit rund einem Drittel der deutschen Energieproduktion das größte Energieland der Bundesrepublik. Vorherrschende Energieträger sind Braun- und Steinkohle. Der Ausstoß von Treibhausgasen ist entsprechend hoch: Mehr als ein Drittel der in Deutschland ausgestoßenen klimaschädlichen Gase gehen auf das Konto von Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen trägt daher bei der Erreichung der deutschen und europäischen Klimaschutzziele eine besondere Verantwortung. Ziel der Landesregierung ist es, Nordrhein-Westfalen zu einem Vorreiter beim Klimaschutz zu machen – auch in der Stadtentwicklung und auch im Quartier.

Im Mittelpunkt der Neuausrichtung der Klimaschutzpolitik steht ein Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen, in dem CO²-Minderungsziele verbindlich festgelegt wurden. Der Landtag hat in seiner Sitzung am 23. Januar 2013 dieses erste deutsche Klimaschutzgesetz mit gesetzlichen Klimaschutzziele verabschiedet. Die Gesamtsumme der klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen in Nordrhein-Westfalen soll danach bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden. Die Konkretisierung der gesetzlichen Zielvorgaben erfolgt in einem Klimaschutzplan, den die Landesregierung unter Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen derzeit erstellt und der ebenfalls vom Landtag beschlossen wird.

Der Klimaschutzplan ist eine Art „Road-Map“ für die neue Klimaschutz- und Energiepolitik des Landes und das zentrale Instrument zur Erreichung der selbst gesteckten Klimaschutzziele. Der Plan wird in zwei Phasen erstellt: In der laufenden ersten Phase entwickeln Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwal-

tung, Kommunen, Unternehmen und Verbänden Vorschläge für Klimaschutzstrategien sowie Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. In der zweiten Phase soll der Partizipationsprozess dann in die Breite gehen: Kommunen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger erhalten dabei im Rahmen spezieller Beteiligungsangebote die Möglichkeit, ihre Interessen einzubringen.

In enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen Maßnahmen zu den Themenfeldern ‚Klima und energetische Siedlungsentwicklung‘, ‚Klima und energetisches Bauen‘ sowie ‚Klima und Verkehr‘ entwickelt. Hierzu gehört auch – als Projekt des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) – die Initiative „Urbanes Grün“.

Für die Klimafolgenanpassung unerlässlich – das Urbane Grün

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Notwendigkeit, Luftschadstoffe zu reduzieren, erfahren städtische Grünräume seit einiger Zeit wieder einen Bedeutungszuwachs. Die Bedeutung von Grün- und Freiflächen liegt aber nicht nur in ihrer Funktion für den ökologisch-klimatischen Ausgleich. Quantität und Qualität von Grün und Freiflächen beeinflussen Wohn- und Lebensqualität, Naherholung und generell die Attraktivität der Stadt für Bevölkerung, Besucher und Wirtschaft.

Mit der Initiative „Urbanes Grün“ des Stadtentwicklungsministeriums soll der Stellenwert von städtischen Grünflächen noch stärker als bisher in den



Energetische Sanierung Gartenstadt Beckheide, Bottrop

Fokus der nordrhein-westfälischen Städte gerückt werden. Gerade in benachteiligten Quartieren, in denen sich überdurchschnittlich viele arme Haushalte konzentrieren, herrschen oft Mangel und Vernachlässigung bei der Grün- und Freiflächenausstattung, bei Spiel- und Freizeitflächen. Zu den vielfachen Gesundheitsrisiken der Armut gehört neben ungesunder Ernährung auch die Bewegungsarmut. Quantitative und qualitative Defizite in der Grün- und Freiflächenausstattung sowie umweltbedingte Belastungen vervielfachen die vorhandenen Gesundheitsrisiken. Die Förderung gesunder Lebensverhältnisse durch Schaffung von Grün- und Freiflächen ist daher in benachteiligten Stadtteilen ein besonders wichtiges Handlungsfeld. Mehrere repräsentative Studien weisen eine positive signifikante Korrelation zwischen der Gesundheit der Bevölkerung und dem Grünflächenanteil im Wohnumfeld nach.

Im Rahmen der Initiative „Urbanes Grün“ wurde z.B. eine Studie (ILS, 2012) erstellt, die Handlungsbedarfe in nordrhein-westfälischen Städten identifiziert und Empfehlungen zur Integration urbanen Grüns in Stadtentwicklungsprozesse aufzeigt. Auf der Basis der vorliegenden Erkenntnisse wird als nächster Schritt ein Planungsleitfaden für Kommunen entwickelt, der praxisnahe Empfehlungen, Kontakte und Fördermöglichkeiten verdeutlicht.

Für ein Quartier die Maßnahmen sinnvoll bündeln

Klimaschutz kann im Zusammenhang mit städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen nur dann effektiv praktiziert werden, wenn über die Ebene einzelner Gebäude hinaus das Stadtquartier als Ganzes mit seinen vielfachen Funktionsverflechtungen betrachtet wird. Diesem Sachverhalt wurde bei der Novellierung der Richtlinien Stadterneuerung im Jahr 2008 durch



Pflanzaktion Hörde, Dortmund

das NRW-Städtebauministerium bereits Rechnung getragen: Von den integrierten Handlungskonzepten zur Stadterneuerung werden seither auch konkrete Vorschläge zur Energieeinsparung und Reduzierung der Treibhausgase gefordert. Mit dem Aufstellungserlass des MBWSV zum Stadterneuerungsprogramm vom 8. Mai 2013 wurde diese Anforderung noch einmal unterstrichen. Auf der Grundlage der aktuellen Förderrichtlinien sollen die Städtebaumittel zum einen der kommunalen Infrastruktur im Quartier zugute kommen. Zum anderen sollen sie dazu beitragen, im Rahmen integrierter Gesamtkonzepte Maßnahmen zur Verringerung der CO²-Emissionen und zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zum Einsatz erneuerbarer Energien zu fördern.

Dabei geht es neben der energetischen Verbesserung des Gebäudebestands, der Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energien oder der Förderung des Radverkehrs auch um den Schutz des Stadt- und Landschaftsraums. Denn: Unabhängig von den dringend notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz müssen sich Städte und Gemeinden schon heute auf die Folgen des nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandels vorbereiten. In Nordrhein-Westfalen etwa wird die Hochwassergefahr im Winter zunehmen, während im Sommer häufiger Trockenperioden zu erwarten sind. Städte und Gemeinden sind daher gefordert, Konzepte zu erarbeiten, die nicht nur Klimaschutzmaßnahmen beinhalten, sondern auch maßgeschneiderte Antworten auf Fragen der Klimaanpassung geben. Die besondere Chance von Stadtentwicklung und Stadtplanung liegt darin, Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen mit einer allgemeinen besseren Aufenthaltsqualität in Stadt und Quartier zu verbinden. Im Sinne einer integrierten Stadtentwick-

lung besteht die Aufgabe darin, inhaltlich abgeleitete Handlungsfelder und gebietsbezogene Betrachtungen eng miteinander zu verzahnen, um daraus die für ein Quartier sinnvollen Gesamtmaßnahmen ableiten zu können.

Allgemeine Ziele von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in integrierten Stadtentwicklungskonzepten können z. B. sein:

- Die Verringerung der Umweltbelastung und damit eine Verbesserung der Gesundheitssituation der Bevölkerung,
- die Verbesserung der Energieeffizienz des Gebäudebestands sowie die Schaffung effizienterer Energieversorgungssysteme und damit einhergehend eine Verringerung der Energiekosten privater Haushalte und Betriebe,
- die Aufwertung des Quartiers als Ganzes, und damit attraktiveres innenstadtnahes Wohnen oder
- die Berücksichtigung stadtklimatologischer Aspekte wie der Erhalt und die Entwicklung von Frischluftschneisen.

Klimaschutz, energetische Erneuerung und Klimaanpassung sind wichtige Faktoren einer nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung, zugleich aber auch ein lokaler Wirtschaftsfaktor und Job-Motor. Erste Erkenntnisse über städtebauliche, quartiersbezogene Klimaschutzmaßnahmen liefern das Projekt „InnovationCity Ruhr“ in Bottrop sowie die nordrhein-westfälischen Projekte des Förderprogramms der KfW „Energetische Stadtsanierung – Quartier“.

Energetische Stadt- und Quartierssanierung - InnovationCity Ruhr

Im November 2010 hat die Stadt Bottrop den Wettbewerb des Initiativkreises Ruhr für die Klimastadt der Zukunft gewonnen. Durch innovative Projekte und den Einsatz neuer Technologien soll das InnovationCity-Pilotgebiet zum Vorbild für andere Städte entwickelt werden. Bis zum Jahre 2020 soll in einem rund 2,5 ha großen Gebiet mit ca. 70.000 Einwohnern und etwa 15.000 Gebäuden (Teile der Innenstadt und angrenzende Quartiere) der Kohlendioxid ausstoß um die Hälfte verringert werden. Schwerpunkte sind dabei die Erhöhung der Energieeffizienz und der Einsatz neuer Energieträger. Parallel zu den Aspekten des Klimaschutzes soll damit die Lebensqualität in Bottrop dauerhaft erhöht werden. Inhaltlich umfasst das Projekt die Bereiche Energieeinsparung, Energieeffizienz, Klimaschonende Energieerzeugung, Umweltfreundliche Mobilität und Klimagerechter Stadtumbau. Die Umsetzung des Gesamtvorhabens erfolgt im Rahmen einer Public-Private-Partnership. Dabei sollen 75 Prozent der Investitionen durch die beteiligten Unternehmen sowie von Privaten geleistet werden. ICR ist ein Vorhaben mit integrativer Herangehensweise unter Einbeziehung aller „Disziplinen“ und unter Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft und Land.

Für Nordrhein-Westfalen vorbildlich ist das Bottroper Projekt u.a. deshalb, weil ganze Wohnquartiere im Bestand energetisch saniert werden sollen, darunter auch Quartiere, die unter Denkmalschutz stehen. Eine weitere Besonderheit ist die Verknüpfung von Klimaschutz und Klimaanpassung mit Stadterneuerungsmaßnahmen (Städtebauförderung/ integrierter Ansatz) sowie eine starke Einbindung der Bevölkerung des Pilotgebietes (Bottom-up-Ansatz). Das MBWSV fördert im Rahmen von ICR integrative und innovative Stadtentwicklungsmaßnahmen in dem so genannten „Labor für den klimagerechten Stadtumbau“ aus Stadtumbauwest-Mitteln mit 2,35 Mio. Euro. Ebenfalls vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert wird ein Masterplan, der im September 2013 als Vorentwurf vorgestellt wurde und zugleich auch Basis für das Sanierungskonzept im Rahmen der Stadterneuerung sein soll.

KfW-Programm Energetische Stadtsanierung Quartier in NRW

Im Herbst 2011 legte das BMVBS über die KfW-Bank das Programm Nr. 432 auf. Das Programm sieht

Zuschüsse für integrierte Quartierskonzepte sowie Sanierungsmanager, die die spätere Umsetzung der Konzepte vorbereiten und begleiten sollen. 65 Prozent der Kosten sind förderfähig (Sanierungsmanager: Höchstbetrag 150 000 Euro). Basis für die Erstellung der Quartierskonzepte sind in der Regel integrierte energetische Konzepte als Voraussetzung für eine an der energetischen Gesamteffizienz ausgerichtete, gebäudeübergreifende Investitionsplanung. Der Sanierungsmanager soll die Planung koordinieren und auch deren Umsetzung initiieren. Konzepte „für die Schublade“ soll es nicht geben. Insgesamt elf Projekte aus zehn nordrhein-westfälischen Kommunen nehmen derzeit an dem Programm teil. Die Ausrichtung am Quartier verspricht eine zügige Umsetzbarkeit, zumal die Kommunen bei den Projekten eine zentrale Steuerungsrolle einnehmen. Sie sind in allen Fällen Initiator, Koordinator und Investor.

Forschungsauftrag zur Energetischen Quartiersentwicklung

Die Umsetzung des KfW-Programms in Nordrhein-Westfalen läuft nicht reibungslos. Viele Kommunen melden Umsetzungsprobleme und Hemmnisse bei der Erreichung der anvisierten Klimaschutz- und Energieeinsparziele. Zur Erhöhung der energetischen Sanierungsrate im Rahmen der Quartiersentwicklung ist es daher notwendig, die Hemmnisse zu erfassen und darauf aufbauend Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Im Rahmen eines von MBWSV im September 2013 vergebenen Forschungsauftrags soll eine erste Bestandsaufnahme erarbeitet werden: Inwieweit kann die energetische Quartierssanierung in ihrer bisherigen Ausgestaltung energetische und klimarelevante Erfolge zeitigen und gleichzeitig zur Verbesserung der verkehrlichen und ökologischen sowie sozialen Verhältnisse eines Quartiers beitragen - unter Beteiligung aller relevanten Akteure? Dabei sollen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, aber auch die Hemmnisse analysiert werden. Die im Rahmen dieses Forschungsauftrages erwarteten Erkenntnisse werden – so die Erwartung - den Kommunen einen Überblick über die Möglichkeiten eines ressort- und fachübergreifenden Vorgehens bei der Erarbeitung von Klimaschutzstrategien und energetischen Erneuerungsmaßnahmen in ihren Quartieren geben. Ziel ist letztlich die Implementierung einer Energie- und Klimaschutzstrategie in die integrierte Stadterneuerung. Auf der Basis von beispielhaften Erfahrungen und Ansätzen werden hierfür Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Verantwortung für das Quartier übernehmen

Neues Wohnen im innerstädtischen Quartier

Wohnen - sozial, generationengerecht, integrativ, vernetzt und urban

Die Renaissance für das Wohnen in der Stadt war lange Zeit ein nur in wenigen dynamischen Groß- und Hochschulstädten zu verzeichnender Trend. Aktuell kollidiert hier jedoch die steigende Attraktivität der „Stadt der kurzen Wege“, der Urbanität mit Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Kultur, der vorhandenen Infrastruktur und guten Versorgung für neue urbane Nachfrager und Rückkehrer aus den Eigenheimvorstädten mit einem erhöhten Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Alteingesessene, Zuwanderer, Studierende, junge Menschen und ihre Familien.

In diesen dynamischen Wachstumsräumen besteht die Gefahr zunehmender sozialer Segregation mit Verdrängung angestammter Bewohner aus ihren Quartieren, sozialen Brennpunkten in Randlagen und hochpreisigen „Wohninseln“ für zahlungskräftige Haushalte in den Innenstädten.

Die Aufgaben innerstädtischer Quartiersentwicklung liegen hier nicht allein in der Generierung neuer Wohnbauflächen, z.B. durch Umnutzung oder Reaktivierung von Brachen oder Stadtumbau. Sondern es geht auch um vitale soziale Durchmischung und Heterogenität durch Sicherung preisgünstiger Bestände, neuen preisgebundenen Wohnraum, um urbane Nutzungs-

mischung von Wohnen und Arbeiten wie auch um die enge städtebauliche wie nachbarschaftliche Verflechtung mit dem Bestand.

Die aktuelle Diskussion um die angespannte Wohnungssituation in wenigen Großstädten überdeckt die Situation, dass in weiten Teilen des Landes in stagnierenden oder schrumpfenden Räumen das gute Wohnen in der Innenstadt eher noch eine qualitative Entwicklungsaufgabe und Teil der Stadterneuerungs- und Stadtumbauaktivitäten im Quartier ist. Im demographischen Wandel fehlt es an ausreichenden Angeboten für generationengerechte Formen des Zusammenlebens in der Stadt. Integrative Angebote für Menschen mit Behinderungen müssen vom Rand in die Mitte der Städte rücken können. Gemeinschaftsorientierte und nachbarschaftliche Wohnformen und Wohnmodelle suchen integrierte Standorte und Vernetzung mit sozialer Infrastruktur im Nutzungsgemischten Quartier.

Dazu bedarf es auch engagierter Bauherren die mit Leidenschaft und Kompetenz nicht nur Wohnungsbau, sondern integrierte Quartiersentwicklung betreiben. Neben Wohnungs- und Immobilienunternehmen sind es zunehmend auch neue Akteure wie Baugemeinschaften und Wohngruppen, kirchliche, soziale oder gemeinnützige Träger, die Verantwortung übernehmen für ein Stück vitale und gerechte Stadt.

Die Claudius Höfe Bochum Ein „urbanes Dorf“ in der Innenstadt

„Die Idee ist aus der Elternschaft der Matthias-Claudius Schule in Bochum erwachsen, in der Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam auf die Zukunft vorbereitet werden. Christliche Verantwortung für die Mitmenschen, Integration und aktive Mitwirkung sind die Prinzipien der Schule. Wie können diese Prinzipien auch außerhalb der Schule, im Lebensalltag von Arbeit, Freizeit und Wohnen weitergeführt und umgesetzt werden?“

Mit Hilfe von privatem Stifterkapital der Matthias Claudius Stiftung wurde schließlich ein „urbanes Dorf mitten in der Stadt“ entwickelt, in dem heute rund 200 Menschen – jung und alt, mit und ohne Behinderung, unterschiedlichster sozialer Herkunft – zusammenleben, wohnen und arbeiten.

88 öffentlich geförderte und freifinanzierte Mietwohnungen in der Form von Wohngemeinschaften, Lofts, Stadthäusern oder auf der Etage werden von Familien, Alleinstehenden und Paaren, Studenten oder Rentnern, Wohngruppen und Wohngemeinschaften belebt. Vier Gruppenwohnungen mit Appartements sind von jungen Menschen mit Beeinträchtigung bewohnt und werden durch das Evangelische Johanneswerk betreut.

Das Dorf in der Innenstadt liegt unweit des Bochumer Hauptbahnhofs auf den ehemaligen Brachflächen der städtischen Entsorgungsbetriebe. Es organisiert sich um einen „Marktplatz“ mit Restaurant, Café und Kiosk, Büros, Friseursalon und weiteren Ladenlokalen. Ein Hotel mit 18 Zimmern wird wie das Bistro mit

40 Plätzen von der Villa Claudius gGmbH als integrativer Betrieb vor Ort geführt. Auch in der Pflege der Freianlagen, Straßen, Wege und Plätze sind behinderte Menschen unter Anleitung und Qualifizierung tätig.

Zum Dorf gehören auch das Rathaus und die Kirche – ein „Raum der Stille“, ein Veranstaltungssaal für bis zu 80 Personen, eine Gemeinschaftsküche zur Eigenverwaltung der Mieter, Gemeinschaftsgärten und der Marktplatz sind gemeinschaftliche Infrastruktur und bieten Räume für Begegnung. Die Mitwirkung und Beteiligung der Bewohner wurde schon sehr früh in der Planung mit einer ersten Kerngruppe organisiert. Mittlerweile gibt es einen gewählten Wohnerrat, der den Betrieb des Quartiers begleitet.

Der Verein KuKuC e.V. (Kunst und Kultur in den Claudiushöfen) ist ein Bewohnerverein und fördert Theater, Musik, Malerei und Literatur. Er organisiert Vorträge und Seminare sowie Kulturveranstaltungen vom Konzert bis zur Lesung und schlägt damit auch die Brücke zu den Nachbarn angrenzender Quartiere.

Heterogenität und Vielfalt, soziale Verantwortung und nachbarschaftliches Miteinander, Offenheit und gut gestaltete Räume für Integration, Begegnung und Vernetzung - das macht die Qualität eines „urbanen Dorfes“ in der Stadt aus. Die Quartiersentwicklung von der ersten Idee im Jahr 2004 bis zur Einweihungsfeier im Jahr 2013 war ein langer und anstrengender Weg. Aber heute ist sie gelebte Realität.“



Joachim Stahlschmidt / Petra Schumacher Matthias-Claudius-Sozialwerk e.V.

Weitere Informationen

- www.claudius-hoefe.mcs-bochum.de



Bilder: Claudius Höfe, Bochum

Politik für Wohnquartiere



Rita Tölle

Im Jahr 2013 wurde die soziale Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen konsequent zu einem Instrument der Quartiersentwicklung weiterentwickelt. Sie ergänzt und unterstützt damit Stadterneuerung und Städtebauförderung.

Unterschiedliche Wohnungsmärkte erfordern differenzierte Strategien der Quartiersentwicklung. In den diversen Wohnungsmarktregionen Nordrhein-Westfalens gibt es Wachstumsregionen, in denen dringend neuer Wohnraum in neuen Wohnsiedlungen und Wohnquartieren gebraucht wird und gleichzeitig Regionen, in denen es zunehmende Leerstände und baulich wie sozial problematische Wohnquartiere gibt.

Vor diesem Hintergrund wurde mit dem Wohnraumförderprogramm 2013 die soziale Wohnraumförderung in NRW konsequent zu einem Instrument der Quartiersentwicklung weiterentwickelt. Sie ist damit ein wichtiges wohnungs- und sozialpolitisches Förderinstrument des Landes zur Unterstützung einer integrierten Stadterneuerungspolitik. Sie leistet entsprechend den jeweils kommunalen Rahmenbedingungen, den örtlichen Problemlagen und dem konkreten Handlungsbedarf einen wichtigen Beitrag zur baulichen und städtebaulichen Umstrukturierung und sozialen Stabilisierung von Wohnquartieren.

Die Mittel der sozialen Wohnraumförderung stehen grundsätzlich allen Wohnungsunternehmen und Eigentümern zur Verfügung - unabhängig von den Gebietskulissen der Städtebauförderung. Sie werden zunehmend – so die neu ausgerichtete Programmatik – auf der Basis von kommunalen wohnungspolitischen Handlungskonzepten eingesetzt. Diese können Bestandteil oder auch abgeleitet sein aus integrierten Stadtentwicklungskonzepten (bzw. integrierten Handlungskonzepten für Maßnahmenggebiete der Städtebauförderung) und – in Stadterneuerungsgebieten mit hohem wohnungspolitischen Handlungsbedarf - auch mit diesen gebündelt werden.

Das Ziel ist eine bessere Bündelung der Förderangebote

Während die Finanzmittel der Städtebauförderung primär für Kommunen zur Verfügung stehen und zur Finanzierung unrentierlicher Kosten eingesetzt werden, stehen die Fördermittel der Wohnraumförderung Wohnimmobilien Eigentümern zur Finanzierung von rentierlichen wohnungswirtschaftlichen Investitionen zur Verfügung. Solche privaten Investitionen können dann ein zentraler Baustein einer umfassenden Quartierserneuerungsstrategie sein, die vorsieht, die baulichen Defizite an und in den Wohngebäuden zu beheben, das private und öffentliche Wohnumfeld und die gesamten Versorgungsstrukturen im Wohnquartier zu verbessern.

Die Mittel der Wohnraumförderung für quartiersorientierte Investitionen können landesweit auch kleinteilig in Wohnsiedlungen und Wohnanlagen eingesetzt werden, die die altersgerechte oder energieeffiziente Erneuerung, eine komplette Umstrukturierung mit Abriss und Ersatzneubau im Blick haben oder auch die Schaffung von neuen Wohnanlagen und Wohnquartieren.

Quartiersentwicklung braucht Angebotsvielfalt

Die Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen setzt bei der Quartiersentwicklung auf eine möglichst große Vielfalt an Wohnformen und Wohnangeboten. Sie soll dazu beitragen, dass auch zukünftig bezahlbarer Wohnraum für alle Generationen mit unterschiedlichem Unterstützungsbedarf zur Verfügung steht, dass sozial gemischte und Nutzungsgemischte Quartiere erhalten bleiben oder geschaffen werden. Zum Stichwort Vielfalt gehören der Bau und die Modernisierung von Mietwohnraum ebenso wie von selbst genutztem Wohneigentum, die barrierefreie Standardwohnung mit Komfort für alle, die Schaffung von studentischem Wohnen, aber auch Wohnangebote für ältere und behinderte Menschen mit Assis-



Wohnraumförderung Altendorf, Essen

tenzbedarf. Quartiersentwicklung braucht eine Vielfalt an Wohnangeboten, ein attraktives Wohnumfeld und gute Versorgungsstrukturen.

Die Förderung solcher Wohnangebote kann ergänzt werden um bauliche Maßnahmen, die das Wohnumfeld und die Versorgungsstrukturen für das Wohnquartier verbessern. Dazu zählen Räume der wohnungsnahen sozialen Infrastruktur wie z.B. der Bau eines Nachbarschaftstreffs für das Wohnquartier oder auch die barrierearme Umgestaltung des privaten Wohnumfelds. Sollen neue Wohnsiedlungen entstehen, so können z.B. auch innerstädtische Brachflächen für den Wohnungsbau aufbereitet werden und die Kosten hierfür im Rahmen der Wohnraumförderung mit Zusatzdarlehen mitfinanziert werden.

Kommunale wohnungspolitische Handlungskonzepte als Basis

Vor dem Hintergrund der landesweit aktuellen demographischen und sozialen Entwicklungen sind Kommunen stärker denn je gefragt, in enger Kooperation mit den Wohnungsmarktakteuren vor Ort Strategien für eine zukunftsfähige, sozial ausgewogene Wohnungsmarktentwicklung und Wohnraumversorgung und möglichst zielgruppen- und umsetzungsorientierte wohnungspolitische Handlungskonzepte zu entwickeln. Diese können dann die Basis für einen flexiblen Einsatz von Wohnraumfördermitteln für einzelne Wohnquartiere sein. Die Kommunen erhalten damit die Möglichkeit, in Abstimmung mit dem MBWSV bei konkreten Bauvorhaben, deren Ziele aus dem Handlungskonzept abgeleitet sind, von den Vorgaben der Förderrichtlinien abzuweichen. Außerdem kann für solche Maßnahmen die mittelfristige Finanzierungssicherheit auch für mehrere Bauabschnitte gesichert

werden. Im Rahmen des Wohnungsbauförderungsprogramms 2013 mit einem Gesamtvolumen von 800 Mio. Euro stehen speziell für solche Handlungskonzepte auf Quartiersebene 70 Mio. Euro zur Verfügung.

So können z.B. auch Neubauvorhaben ohne Sozialbindungen gefördert werden, wenn im Rahmen eines Bindungstauschs Ersatzwohnungen im Bestand zur Verfügung gestellt werden (sog. mittelbare Förderung). Auf diese Weise können Bestandsquartiere so umstrukturiert und aufgewertet werden, dass sie eine größere Vielfalt an Wohnungsangeboten mit unterschiedlichen Miethöhen bieten – ein Beitrag zur sozialen Mischung und damit Stabilisierung. Dazu gehört in manchen Quartieren auch der Abriss von städtebaulich, wohnungswirtschaftlich und sozial problematischen Großwohnbeständen. Diese können dann durch städtebaulich kleinteilige, zukunftsfähige Wohnungen mit energieeffizienten und barrierefreien Standards ersetzt werden. Der Neubau kann im Rahmen der Wohnraumförderung finanziert werden, die Abrisskosten über Zusatzdarlehen mit einem anteiligen Tilgungsnachlass mitfinanziert werden.

Ein wichtiges Element der baulichen Verbesserung und sozialen Stabilisierung von Wohnquartieren ist der Einsatz der investiven Bestandsförderung des Landes. Sie unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zum Abbau von Barrieren im Wohnungsbestand und im privaten Wohnumfeld. Sie setzt technisch pragmatische Standards und trägt zu einer sozial tragbaren Miete nach Modernisierung der Bestände bei. Die Mittel der Bestandsförderung können in den Gebietskulissen der Städtebauförderungsprogramme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau“ auch ohne neue Belegungsbindungen zur energieeffizienten und barrierearmen Modernisierung des Bestands eingesetzt werden. Ziel ist es, durch zeitgemäße attraktive Wohnangebote (wieder) erweiterte Zielgruppen für den Zuzug in benachteiligte Quartiere zu erreichen.

Quartiersentwicklung erfordert Kooperation

Anders als beim Bau oder der Modernisierung einzelner Wohngebäude erfordert eine Quartiersaufwertung konkrete Absprachen, Abstimmungen und Kooperationen mit den beteiligten Wohnungseigentümern, den Kommunen, ggf. den sozialen Trägern, die sich gezielt um das Thema Pflegeangebote im Quartier kümmern, und den Bewohnern. Diese – zumeist die Mieter – sind wichtige Akteure bei der Stabilisierung von Nachbar-

schaften und der Nutzung von Unterstützungsangeboten für generationenübergreifende Wohnformen.

„Wambel im Wandel“ – ein Beispiel aus Dortmund

Der Stadtteil Dortmund-Wambel liegt innenstadtnah und bietet alle Potenziale für ein attraktives Wohnquartier. Die Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (DOGEWO21) unterhält und bewirtschaftet im Quartier 1279 Wohnungen.

Die Modernisierungsmaßnahmen im Quartier wurden aus drei zentralen Handlungsfeldern abgeleitet:

- Seniorenfreundliches Wambel
- Familienfreundliches Wambel
- Energieinnovation Wambel

Basis für die Weiterentwicklung der Wohnungsbestände ist ein Integriertes Stadtbezirksentwicklungskonzept, das in enger Abstimmung zwischen der Stadt Dortmund, der DOGEWO, der „steg NRW“ und dem Land Nordrhein-Westfalen (als Fördermittelgeber) erarbeitet wurde. Die daraus folgenden Maßnahmen für den Wohnungsbestand umfassten u. a. barrierefreie Zugänge und Außenanlagen, den Umbau/ Anbau von Balkonen, Mietergärten, den Anbau externer Aufzüge und die seniorenfreundliche Ausstattung der Wohnungen. Energetische Maßnahmen, wie die Umstellung der Heizanlagen, die Erneuerung der Fenster und Fassadendämmung kamen hinzu. Ergänzt wurde das Programm durch eine Vielzahl bewohnerorientierter Maßnahmen, gesteuert durch die steg NRW, die für Nachbarschaft und Beteiligung von Bedeutung sind. In Dortmund-Wambel wurden Wohnraum-Fördermittel in Höhe von ca. 8 Mio. Euro eingesetzt. Die Mieten betragen heute zwischen 4,20 Euro und max. 5,95 Euro.

Fazit

In Dortmund-Wambel ist durch koordiniertes Vorgehen ein zukunftsfähiges und altersgerechtes Wohnquartier entstanden, in dem die Mieten auch nach der Modernisierung noch sozial tragbar sind.

Sozialraum Quartier



Gabriele Schmidt

Das Armutsrisiko hat bundesweit und in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren zugenommen. Insbesondere in den Großstädten des Ruhrgebiets ist das spürbar. Und vor allem ihre Quartiere ziehen nun auch noch viele Armutsflüchtlinge aus Süd-/Osteuropa an. Das Quartier ist ein wichtiger Ort für Maßnahmen der Armutsbekämpfung, die allerdings auf der Quartiersebene nicht stehen bleiben dürfen.

Städte bündeln in einem Brennglas gleich gesellschaftliche Probleme und Entwicklungstendenzen. In den Städten schlagen sich die Umbrüche einer globalisierten Wirtschaft, eines flexibilisierten Arbeitsmarktes, einer europäischen Armutswanderung, eines stark belasteten sozialen Sicherungssystems und des demographischen Wandels nieder. Wachsenden Lasten stehen immer geringere finanzielle Mittel gegenüber. Viele Städte und Gemeinden sehen sich kaum noch in der Lage, ihren Auftrag zur Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Insbesondere die Situation in bisher schon benachteiligten Regionen wie dem Ruhrgebiet, hat sich verschärft. So stellte der Paritätische Gesamtverband im Dezember 2012 fest: „Die Negativentwicklung der vergangenen Jahre hat sich in [...] und im Ruhrgebiet noch einmal dramatisch beschleunigt.“ Eine weitere Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) zeigt, dass die Armut vor allem in den Großstädten wie z.B. Düsseldorf, Köln, Dortmund, Duisburg und Essen steigt und sich konzentriert.

Großstädte in Not

Auch die Sozialberichterstattung NRW macht deutlich, wie weit die Einkommenssituation, die Mindestsicherungsquoten¹ oder die Quoten bei Schulabschlüssen zwischen den Regionen auseinanderklaffen. Während in Gelsenkirchen jeder zehnte Schulabgänger keinen Hauptschulabschluss erlangt hat, ist dies in Leverkusen nur jeder vierzigste. Die niedrigste Mindestsicherungsquote lag 2011 im Kreis Coesfeld bei 4,7 Prozent, die höchste in Gelsenkirchen bei 19 Prozent. Sehr hohe Quoten von 15 Prozent und mehr finden sich auch in den Städten Essen, Dortmund, Duisburg sowie in Mönchengladbach. Demgegenüber weisen einige ländliche Regionen wie Coesfeld, Borken und Olpe nur Quoten von unter 6 Prozent auf.

¹ Die Mindestsicherungsquote stellt den Anteil der Empfänger/-innen von sog. Mindestsicherungsleistungen (Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt etc.) an der Gesamtbevölkerung dar.

Häufig noch deutlicher ausgeprägt als diese Unterschiede zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten ist die innerstädtische soziale Segregation. Dies zeigen zum Beispiel die Städte Bielefeld und Mülheim a. d. Ruhr. Während die SGB-II-Quote in Bielefeld bei den Kindern von der Geburt bis zum fünften Lebensjahr im städtischen Durchschnitt bei 23,9 Prozent lag, erreichte sie in einigen Quartieren der Stadt über 50 Prozent; in anderen wiederum lag sie sogar bei unter 5 Prozent. In Mülheim wächst in der Stadtmitte und in den daran angrenzenden Quartieren jedes zweite Kind unter sechs Jahren in Abhängigkeit von SGB-II-Leistungen auf. In den südlichen Quartieren ist es „nur“ jedes sechste Kind.

Hier wird deutlich, dass sich noch gravierender als auf der gesamtstädtischen Ebene die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme auf der jeweiligen Quartiersebene widerspiegeln.

Herausforderungen im Quartier

Wenn es also um Segregation und Marginalisierung geht und um die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, müssen wir auch auf die Quartiersebene schauen. Der Blick nur auf die gesamtstädtische Ebene oder gar auf gesamtstädtische Durchschnittszahlen verstellt den Blick auf die wahren Probleme. Durch das Wohnen in marginalisierten Quartieren geraten Arme und Arbeitslose sozial und wirtschaftlich noch stärker ins Abseits – und für Migrantinnen und Migranten verfestigt sich die soziale Randlage, in der sie sich aufgrund schlechterer Bildungsabschlüsse und geringerer Arbeitsmarktchancen befinden. Die Menschen, die in diesen „abgehängten“ Quartieren leben, geraten immer stärker in einen Prozess der Desintegration und Exklusion, der sie von den Ressourcen der Gesellschaft weitgehend ausschließt und auch ihre Selbsthilfepotenziale negativ beeinflusst. Eine ausgedünnte und vernachlässigte Infrastruktur im Quartier verringert die Teilhabe und mindert Le-



Soziale Stadt Aachen-Nord, Aachen

bens Chancen und Lebensqualität seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Das gleiche gilt für eine schlechte Bausubstanz der Gebäude, Wohnungen an verlärmten Hauptverkehrsstraßen, zu wenige Grünflächen etc. Durch den Wegzug der Qualifizierteren innerhalb der Bevölkerung, der Einkommensstärkeren und häufig besser vernetzten Personen gehen dem Quartier auch soziale Kompetenzen verloren.

Kinder und Jugendliche, die in den ärmeren Quartieren aufwachsen, erfahren eine abweichende gesellschaftliche Normalität: Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, gesundheitliche Einschränkungen, Transferleistungen als Regeleinkommen, Familien ohne Väter. Sie machen kaum noch Erfahrungen mit einem „normalen“ Leben. Wenn sie niemanden kennen, der einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgeht, entwickeln sie keine Vorstellung davon, dass regelmäßiges und pünktliches Aufstehen und die Aufrechterhaltung von Selbstdisziplin eine Lebensmöglichkeit

darstellen, die mit gewissen Vorteilen verbunden sein kann.

Bewohner/innen solcher problematischen Quartiere werden häufig stigmatisiert und müssen Benachteiligungen bei der Lehrstellen- und Arbeitsplatzsuche befürchten. Diese Lebensumstände führen bei vielen Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern zu Apathie und einem Rückzug aus der Gesellschaft. Sie fühlen sich vergessen und abgehängt. Deutlich wird dies vielfach auch an einer niedrigeren Wahlbeteiligung als im Rest der Stadt. Es ist ihre Reaktion auf die soziale Ausgrenzung. Für unsere Demokratie stellt das eine zunehmende Gefahr dar, die dazu führen kann, dass Politik nur noch für die „Wählenden“, die Einkommensstärkeren, das Bildungsbürgertum, die Mittel- und Oberschicht gemacht wird.

Ein Lösungsweg: Sozialraumorientierte Sozialpolitik?! Ziel einer sozialraumorientierten Sozialpolitik muss sein: Verbesserung der Lebensumstände und Lebens-

lagen der Menschen in benachteiligten Quartieren. Es geht um mehr Teilhabe, Chancengerechtigkeit und soziale Integration. Wie müsste eine Politik aussehen, die die oben genannten Probleme in diesen Quartieren adäquat, präventiv und nachhaltig angehen und langfristig lösen kann? Zunächst muss Politik neben der Quartiersebene auch weiterhin die Lebenslagen besonders benachteiligter Personengruppen, wie z.B. Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Arbeitslose, Familien mit mehreren Kindern, Niedrigeinkommensbezieher im Blick haben. Hier müssen auch auf Bundes- und Landesebene Lösungsansätze entwickelt werden.

Sozialraumorientierte Sozialpolitik sollte auf der Grundlage folgender Eckpunkte gestaltet werden:

■ **Querschnittsorientiert, integrativ, transparent und vernetzt:** Viele fachliche Ansätze orientieren sich bereits an der Quartiersebene. Festzustellen ist aber, dass die Integration, die Herstellung von Chancengerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in problematischen Quartieren mehr benötigt. Wir brauchen angesichts der geschilderten komplexen Problemlagen einen ebenen-, institutionen-, ressort- und professionenübergreifenden integrierten Ansatz, eine Auflösung der „Versäulung“ im Land und in den Kommunen. Im Sinne eines integrierten Ansatzes geht es zudem darum, die verschiedenen fachlichen Ansätze transparent zu machen, aufeinander abzustimmen und zu bündeln, wie es beispielhaft durch das Programm „Soziale Stadt NRW“ geschieht.

■ **Quartiersbezogen:** Da die Lebensverhältnisse und Lebenslagen in den Quartieren von Kommunen, Gemeinden und Kreisen oft erheblich voneinander abweichen, braucht es einen kleinräumigen, quartiersbezogenen Politikansatz, um die unterschiedlichen Bedarfe und Erfordernisse konkret herausarbeiten zu können. Gleichwohl ist es erforderlich, eine städtische Gesamtstrategie mit den stadtteilbezogenen Strategien zu verbinden, da auch in Zukunft nicht alle Programme, Leistungen, Infrastrukturen jeweils in allen Stadtteilen vorgehalten werden können.

■ **Präventiv, beteiligungs- und ressourcenorientiert:** Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass auch die Menschen in den benachteiligten Quartieren, Ressourcen mitbringen, die notwendig und hilfreich sind, um das Quartier weiterzuentwickeln. Diese Ressourcen gilt es zu aktivieren u. a. durch unterschiedliche Beteiligungsverfahren, Partizipation und Aufbau von



Soziale Stadt Hervest, Dorsten

Vertrauensstrukturen. Präventiv muss vor allem bei der Gruppe der Kinder und Jugendlichen angesetzt werden, wie es zur Zeit auch schon mit dem Landesprojekt „Kein Kind zurücklassen“ praktiziert wird. Der Aufbau und die Stabilisierung von Präventionsketten sollten dabei im Vordergrund stehen. Gleichwohl ist es auch notwendig, kurative Ansätze im Blick zu haben bzw. zu entwickeln.

■ **Aufbau bzw. die Weiterentwicklung von Infrastrukturen in den Fokus stellen:** Es geht nicht nur um die Neuaufgabe zeitlich befristeter Projekte („Projektitis“), sondern um eine vorrangige Ausstattung benachteiligter Quartiere mit notwendiger Infrastruktur, wie z.B. mit Familienzentren, Kinderbetreuungseinrichtungen, Brennpunktschulen etc. Vor dem Hintergrund der besonderen Problemlagen dieser Quartiere werden hier auch mehr Ressourcen benötigt.

■ **Differenzierte Problemdiagnosen und eine Erfolgskontrolle kleinräumig initiieren oder weiterentwickeln:** Konkret bedeutet dies für Städte, Kreise und Gemeinden einen Sozialplanungsprozess ggf. neu zu initiieren oder weiterzuentwickeln. Die Sozialplanung als gesamtstrategischer Prozess ist die wichtigste Grundlage der sozialraumorientierten Sozialpolitik. Sozialplanung analysiert die soziale Lage in der Stadt und im Quartier, stellt Bedarfe fest und plant soziale Angebote und Dienstleistungen. Aus der Analyse und Bewertung der Stärken und Schwächen von Quartieren kann eine Prioritätenliste für Ziel- und Maßnahmeplanungen abgeleitet werden. Das bedeutet, diejenigen Quartiere können fokussiert werden, die im Vergleich zur Gesamtstadt größere Probleme aufweisen, z.B. eine höhere Zahl von Transferhilfebe-

(weiter auf S. 54)

Verantwortung für das Quartier übernehmen

Kirche findet Stadt

„Suchet der Stadt Bestes ...“ (Jeremia 29,7)

Bessere Lebensbedingungen und Teilhabechancen für die Menschen ist gemeinsames Anliegen integrierter Stadtentwicklung und kirchlicher Gemeinwesenarbeit. Vielfach sind es engagierte Seelsorger, kirchliche Träger von Sozialeinrichtungen mit Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge vom Kindergarten bis zur Altenbetreuung sowie sozial engagierte Menschen aus den Kirchengemeinden, die praktische Arbeit der Stabilisierung und Gestaltung von Quartieren vor Ort leisten. Dies ist auch Ausdruck eines Paradigmenwechsels in dem die stärkere Sozialraumorientierung der kirchlichen Arbeit in den Mittelpunkt rückt.

Neue Kooperationen und gemeinsame Initiativen von Bürgergemeinden und Kirchengemeinden entstehen in den Stadtteilen über gemeinsame Projekte und eröffnen neue Chancen der Quartiersentwicklung.

„Klassische“ Themen sind die durch demographischen und Strukturwandel ausgelösten Umbrüche mit Aufgabe von Kirchenhäusern, Neuordnung von Liegenschaften und Umnutzung gemeindlicher Grundstücke.

Herausragende Beispiele von Kirchengenumnutzungen in NRW zeigen baukulturelle Beiträge und neue Nutzungsimpulse für die Quartiere. Integrierte Wohnkonzepte mit Sozial- und Betreuungseinrichtungen für Kinder oder alte Menschen, stadtteiloffene Kultur- und Begegnungsstätten oder neue Angebote für Wohnen und Arbeiten können nicht nur angemessene Folgenutzung von Baudenkmalen, sondern auch Impuls für den Stadtteil sein.

Kirchliche, diakonische oder caritative Gemeinwesenarbeit kooperiert mit kommunalem oder bürgerschaftlichem Quartiersmanagement in Stadtumbau- und Erneuerungsgebieten. Stadteilläden, Jugendtreffs, Cafés und offene Begegnungsstätten werden integrierte Bestandteile von Erneuerungsstrategien.

Gerade in sozial benachteiligten Quartieren kann kirchliche Gemeinwesenarbeit dabei längst nicht mehr konfessionell gebunden sein, sondern arbeitet mit den Menschen in ihrer Nachbarschaft unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit. Hier sind Barrieren zu überwinden und Brücken zu bauen – im Quartiersmaßstab kann das aber Alltag sein.



Kirche als interkulturelle Begegnungsstätte. Westend Bochum

„Seit einigen Jahren tut sich nun wieder etwas Neues im Quartier Stahlhausen / Griesenbruch. Das „Bochumer Westend“, das „Kreativquartier“ zwischen Westpark, Jahrhunderthalle und Bermudadreieck, beginnt sich von seinem Ruf als graue Maus unter den Bochumer Stadtteilen zu befreien. Fassaden werden erneuert, neue Spiel- und Begegnungsplätze entstehen, Bürgerfeste werden gefeiert, Künstler eröffnen Galerien und Theater, interkulturelle Projekte verbinden Kindergärten, Schulen, Sportvereine, Senioreneinrichtungen usw. Und mitten in diesem „Kreativquartier“ lebt und arbeitet unsere Gemeinde, mittendrin steht die Friedenskirche.

Viele Institutionen und Einzelpersonen sind daran beteiligt, sich für die Menschen in Stahlhausen einzusetzen, die Wohnqualität hier zu verbessern und den besonderen Reiz dieses Quartiers aufzuzeigen. Wir gehören dazu! Und wir wollen gern und tatkräftig mit Anderen kooperieren: „Suchet der Stadt Bestes, ... und betet für sie zu Gott; denn wenn es ihr gut geht, dann wird es auch euch wohl ergehen“ (Jer 29,7). Dass ein Großteil dieser Mitbürger aus anderen Kulturkreisen stammt, ist dabei geradezu eine Herausforderung für integrative Arbeit. Und da ist die Kirche in besonderer Weise gefordert, denn Grundlagen des christlichen Glaubens sind Toleranz und Gemeinschaft. Wir können und dürfen uns dem nicht entziehen, sonst geht die Entwicklung des Stadtteils ohne uns an uns vorbei. Das wäre schade. Denn nur so kann die christliche Gemeinde überleben. Anders hat sie keine Zukunft. Und so haben wir jetzt mit zwei großen Projekten begonnen, uns noch stärker mit unseren besonderen Möglichkeiten und mit unserem Profil als evangelische Gemeinde an der weiteren Entwicklung des Kreativquartiers in Griesenbruch/Stahlhausen zu beteiligen.

Die Evangelische Friedenskirche in Stahlhausen wird sich in ein Stadtteilzentrum für das

Bochumer Westend wandeln. Hier wird Kirche nicht wie anderenorts geschlossen oder umgenutzt, sondern ausgebaut und geöffnet. Kirche ist Bauherr für die im Rahmen des Stadtumbaus geförderten Um- und Anbauten, durch die neben einem kleineren Kirchen- und Andachtsraum nun ein großer Versammlungs- und Veranstaltungsraum, Büros und Gruppenräume für Vereine und Initiativen im Stadtteil und eine Jugendbegegnungsstätte entstehen. Hier werden die unterschiedlichen Aktivitäten und Ressourcen der Kirchengemeinde und des IFAK (Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe e.V.) räumlich gebündelt und zusammen geführt. Dadurch entsteht mehr als die Summe der Teilaktivitäten – ein neuer Ort und ein gemeinsames Programm für interkulturelle und interreligiöse Gemeinwesenaktivität vor Ort. Kirche und IFAK werden gemeinsam das Stadtteilzentrum betreiben. Die räumliche und organisatorische Bündelung der Aktivitäten wird hier nicht zur betriebswirtschaftlichen Optimierung und Schrumpfung, sondern zur qualitativen Verbesserung der Arbeit und als Brückenschlag zwischen den Kulturen und Akteuren dienen.

Nebenan entsteht in der Bauherrschaft der Stadt Bochum eine neue Kindertagesstätte die ebenfalls vorhandene Einrichtungen zusammenführt, ausbaut und verbessert. Auch deren Betrieb organisieren Kirchengemeinde und IFAK gemeinsam. Es sind die Kinder, über die der Bau der Brücken zwischen den Kulturen beginnt und gelingt.

Kirche in unserem Verständnis von Sozialraumorientierung dient heute nicht der Befriedigung der „Vereinsmitglieder“ sondern der Verbesserung der Lebensqualität und der Teilhabechancen aller Menschen im Quartier – egal welcher Konfession. Somit werden auch der Anbau der Begegnungsstätte und die neue Kita eine „Kirche“ für alle sein.“



Holger Nollmann
Pfarrer der Friedenskirche,
Evangelische Kirchengemeinde Bochum



Bild links: Pfarrzentrum St. Maria Neersen, Willich
Bilder rechts: St. Adelheid, Geldern / Pfarrzentrum, Willich-Neersen / Umnutzung als Kita - Sebastian Kirche, Münster



Stadtteilfest Kalk, Köln

ziehenden, Arbeitslosen, Migrantinnen und Migranten etc. aufweisen.

Das Sozialministerium NRW (MAIS) hat im letzten Jahr eine Online-Erhebung zum Stand und zur Struktur der Sozialplanung in den Städten und Landkreisen in NRW durchgeführt. Auf der Basis dieser Ergebnisse sollen das im Jahr 2011 vom Sozialministerium als praktische Unterstützung für die Kommunen/Kreise herausgegebene Handbuch „Moderne Sozialplanung“ weiterentwickelt und die Kommunen und Kreise noch besser unterstützt werden.

Fazit

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen und ihrer finanziellen Situation können Städte, Gemeinden und Kreise diese dargestellten Aufgaben nicht alleine lösen. Auch die Möglichkeiten des

Landeshaushaltes sind durch die anstehende Schuldenbremse eingeschränkt. Dennoch sieht sich die Landesregierung in der Verantwortung. Die Ministerpräsidentin hat es in ihrer Regierungserklärung im letzten Jahr so formuliert: „Die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich muss sich wieder schließen. Deshalb wird die Landesregierung im kommenden Jahr ein umfassendes, bis 2020 angelegtes Handlungskonzept „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ erarbeiten und beschließen.“

Ein zentraler Handlungsansatz dieses Konzeptes ist die sozialraumorientierte Sozialpolitik. Die Landesregierung wird deshalb gemeinsam mit den Kommunen und Kreisen, Bürgerinnen und Bürgern bisherige Prioritätensetzungen, Förderschwerpunkte sowie die Zielgenauigkeit von Aktivitäten prüfen. Wir wollen ein offenes und vielfältiges Land, in dem alle die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten.

Der Masterplan altengerechte Quartiere.NRW



Dr. Daniela Grobe

Die Frage, wie wir leben und alt werden wollen in einer Gesellschaft, deren Bevölkerungszahl stetig sinkt, in der die Menschen immer länger leben und in Folge dessen immer mehr Unterstützungs- und Pflegeleistungen erbracht und finanziert werden müssen, interessiert nicht nur akademische Kreise. Sie ist eine gesamtgesellschaftlich zu beantwortende Frage, zumal der Bevölkerungsanteil jener Menschen, die jung und erwerbstätig sind, sinkt.

Schaut man sich die heute bekannten und prognostizierten Zahlen genauer an, werden die Dimensionen schnell deutlich: Insgesamt geht die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens seit dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2050 um mehr als zwei Millionen auf ca. 15,7 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner zurück. Der Anteil der unter 18-Jährigen wird von 16,8 Prozent in 2012 auf 15,3 Prozent in 2030 und 13,8 Prozent in 2050 sinken. Demgegenüber wächst der Anteil der über 65-Jährigen im gleichen Zeitraum um 35,2 Prozent. Besonders stark, nämlich um 133 Prozent im Jahr 2050 (2,2 Mio. Menschen) gegenüber 2012 (0,9 Mio. Menschen), wird der Anteil der Hochbetagten, also der über 80-Jährigen, an der Bevölkerung steigen.

Auch die weiteren Zahlen stimmen nachdenklich: Die Zahl der in NRW Pflegebedürftigen wird sich zwischen 2011 und 2030 um 27,7 Prozent und zwischen 2011 und 2050 um 69,7 Prozent auf 930.000 Menschen erhöhen. Die Zahl der Erwerbspersonen dagegen wird weiter sinken (2011: 8,3 Millionen; 2030: 7,5 Millionen; 2050: 6,6 Millionen). Bis zum Jahr 2030 wird zudem ein Bedarf von ca. 130.000 Beschäftigten in der Pflege zu decken sein (37 000 Personen mehr als heute).

Was folgt aus diesen Zahlen für die Politik?

Zunächst einmal die schlichte Erkenntnis, dass ein „Weiter so“ bei heute schon als unzureichend empfundenen Strukturen völlig ausgeschlossen ist. Wir müssen etwas verändern. Um die richtige Richtung und das richtige Maß zu kennen, müssen wir den Menschen zuhören, ihre Bedürfnisse erfragen und dahin schauen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben und wo sich die Problemstellungen unmittelbar zeigen. Wir müssen das Quartier in den Blick nehmen und Älteren so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben im Quartier ermöglichen.

“Nur wenn es uns gelingt, die Quartiere so zu gestalten, dass ältere und hochaltrige Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten und selbst gewählten Lebensumfeld führen können, werden wir die Herausforderungen des demographischen Wandels in unseren Städten und Gemeinden meistern.” (Zitat Ministerin Steffens)

Nicht jeder alte Mensch ist oder wird pflegebedürftig. Eine verantwortungsvolle Politik, die Daseinsvorsorge ernst nimmt, darf aber den Fakt, dass 72 Prozent der Frauen und 50 Prozent der Männer Hilfe nötig haben werden¹, nicht ignorieren. Erforderlich ist ein gesellschaftlicher Diskurs, der sich den skizzierten Entwicklungen stellt und in eine neue gesellschaftliche Haltung mündet. Alten- oder altersgerechte Quartiersentwicklung erfordert auf vielen Ebenen ein neues Denken.

Selbstbestimmtes Leben im Quartier

Mit dem „Masterplan altengerechte Quartiere.NRW“ verfolgt die Landesregierung zwei Ziele. Zum einen ist ein Bewusstsein in der Bevölkerung für die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels zu schaffen: Weniger bloße Versorgung – mehr selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gemeinschaft. Zum anderen sind die Kommunen dabei zu unterstützen, diesen erforderlichen Paradigmenwechsel durch die Entwicklung passgenauer lokaler Konzepte möglich zu machen. „Kommune“ meint hier ausdrücklich nicht nur die Verwaltungskörperschaft, sondern die Gesamtheit der Akteurinnen und Akteure vor Ort als kommunale Verantwortungsgemeinschaft. Die Ziele sind ambitioniert, das Anforderungsprofil ist komplex und den Kommunen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Denn hier leben die Menschen, hier liegt die Steuerungsverantwortung im Sinne einer kommunalen

¹ Barmer Pflegereport, 2011



Kalk-Nord, Köln

Daseinsvorsorge und hier sind die für eine erfolgreiche Quartiersentwicklung notwendigen Netzwerkpartnerinnen und -partner vorhanden. Und die erforderliche Neuausrichtung der Infrastrukturen in den Kommunen ist umfassend – nicht nur in baulicher Hinsicht, sondern mit Blick auf soziale Integration und Sicherheit, auf Versorgung und Dienstleistungen, Pflegebedarf, Mobilität, Partizipation.

Selbstständigkeit im Alter ermöglichen

Der „Masterplan altengerechte Quartiere.NRW“ bietet kein Patentrezept. Er versteht sich jedoch als ressortübergreifendes und interdisziplinäres Strategie- und Handlungskonzept, das die notwendigen Prozesse anstößt und fachkompetent und erfahrungsbasiert Unterstützung gibt. Sein Ziel ist es, dass künftig auch alte Menschen die Entscheidung ihres Wohnortes, ihres „Zuhause“ unabhängig von Krankheit oder

Pflegebedürftigkeit frei treffen können. Fragt man die Menschen danach, wo sie alt werden wollen und was für sie Selbstständigkeit im Alter bedeutet, dann sind die Antworten unabhängig von Alter, kulturellem Hintergrund, Geschlecht oder sexueller Orientierung eindeutig: Im Hinblick auf die Gestaltung der „Lebensphase Alter“ eint sie mehrheitlich der Wunsch, ihr Leben in den vertrauten sozialen und räumlichen Bezügen, also im „Quartier“ gestalten zu können². Den Verbleib in der eigenen „Häuslichkeit“ setzen sie dabei gleich mit der Freiheit, selbst über ihren Tagesablauf, die Mahlzeiten, Einrichtungsgegenstände, das Zusammenleben mit Haustieren u. a. m. entscheiden zu können.

Mit dem „Masterplan altengerechte Quartiere.NRW“ verfolgt die Landesregierung deshalb bewusst einen kleinräumigen, partizipativen und präventiven Ansatz,

² Vgl. bspw. Wohnwünsche im Alter, tns emnid, Januar 2011

wobei unter „Quartier“ hier das verstanden wird, was die Menschen selbst in den jeweiligen Kommunen als ihr Quartier empfinden, also der persönlich-räumliche Bezugsrahmen, in dem sie ihre sozialen Kontakte pflegen und ihr tägliches Leben gestalten. Ein altengerecht gestaltetes Quartier vereint folgende Vorteile:

- Ein Quartier mit vielen Möglichkeiten zur individuellen Lebensgestaltung und zum eigenen Engagement kann viel dazu beitragen, gesundheitliche Probleme und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder abzumildern.
- In altengerechten Quartieren können Beratung, Wohnraumanpassung, niedrigschwellige Angebote und professionelle Unterstützungsleistungen so verknüpft werden, dass immer genau die erforderliche und gewünschte Unterstützung in Anspruch genommen werden kann. Der Neubau weiterer kosten- und personalintensiver stationärer Einrichtungen wird entbehrlich.
- Die niedrigschwelligen und ortsnahen Versorgungsangebote können vor allem den pflegenden Angehörigen dabei helfen, Pflege und ihre eigenen Bedürfnisse besser in Einklang zu bringen.
- Durch eine umfassende Quartiersgestaltung, in die alle Akteurinnen und Akteure vor Ort einbezogen sind, kann die Versorgungsstruktur insgesamt aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. So können kostenintensive Doppelstrukturen reduziert und Synergieeffekte (z. B. bei Fahrt- und Vorhaltekosten) genutzt werden. Die aufzuwendenden Finanzmittel lassen sich zielgenauer zugunsten der älteren Menschen einsetzen. Vor allem die multifunktionale und generationenübergreifende Infrastrukturnutzung bietet viel Potenzial, muss aber entsprechend ausgebaut werden.
- Im Personalbereich lassen sich mit einer ortsnahen Ausrichtung der Infrastruktur professionell erbrachte Leistungen und ehrenamtliches Engagement besser verbinden als im stationären Bereich. So kann Qualität professionell gesichert und zugleich der zusätzliche Bedarf an Fachkräften begrenzt werden.
- In der Quartiersstruktur können ältere Menschen ihre vielfältigen Kenntnisse und ihr Erfahrungswissen einbringen.

Kooperation und Partizipation sind im Quartier zu sichern

Der „Masterplan altengerechte Quartiere.NRW“ ist in allen seinen Phasen partizipativ angelegt, d. h. sowohl Konzept wie Umsetzungsinstrumente werden als „lernende Systeme“ begriffen, die nie „fertig“ sein werden und die kooperativ weiterentwickelt werden. Verschiedene Institutionen und viele Menschen sind daran zu beteiligen:

- die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt, ältere Menschen, pflegende Angehörige, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer,
- die Interessenvertretungen, Vereine und Selbsthilfegruppen, namentlich die örtlichen Seniorinnen- und Seniorenvertretungen, Angehörigenverbände, Behindertenverbände u.v.m.,
- Kirchengemeinden, Religionsgemeinschaften, Nachbarschaftsvereine, Sportvereine, kulturelle bürgerschaftliche Initiativen,
- die Wohlfahrtsverbände in ihrem Wirken sowohl als Leistungsanbieter wie auch als Interessenvertretung älterer Menschen,
- andere Anbieterinnen und Anbieter von Dienstleistungen rund um Gesundheit und Pflege; auch stationäre Einrichtungen, Pflegedienste, Krankenhäuser,
- Geschäftsleute, Handwerk, lokale Wirtschaft und entsprechende Vereinigungen
- Bildungs- und Kultureinrichtungen,
- Nahverkehrsbetriebe und andere öffentliche Dienstleister,
- Politik und Verwaltung unter Einbeziehung aller kommunalen Ebenen und Ämter.

Der Masterplan konkret

Ausgehend von dem skizzierten Bild eines altengerechten Quartiers und seiner Möglichkeiten benennt und beschreibt der Masterplan derzeit vier Handlungsfelder, die im Dialog mit den lokalen Akteurinnen und Akteuren sowie den Expertinnen und Experten künftig noch erweitert werden:

- **Handlungsfeld ‚Sich versorgen‘ – Versorgungssicherheit schaffen:** Wenn hier von Versorgungssicherheit für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben die Rede ist, dann steht dahinter die Grundidee, dass in einem altengerechten Quartier besonders für



Bremen

Menschen, deren Aktionsradius alters-, krankheits- oder behinderungsbedingt immer kleiner wird, möglichst viele Angebote im Quartier selbst vorhanden sind und wahrgenommen werden können. Hier sind neue Konzepte und Ideen gefragt.

Zur Philosophie der altengerechten Quartierskonzepte gehören die ganzheitliche Ausrichtung sozialer wie pflegerischer Infrastruktur und die Schaffung zielgruppenspezifischer Zugänge zu Unterstützungs- und Hilfsangeboten. Diese müssen kultursensibel und offen gegenüber Glaubens- und Weltbildern sein und die unterschiedlichen Anforderungen von Frauen und Männern im Hinblick auf Pflege wie individuelle Lebensgestaltung berücksichtigen.

■ **Handlungsfeld ‚Wohnen‘ – altengerechte Wohnangebote bedarfsgerecht ausbauen:** In diesem Handlungsfeld geht es darum, bedarfsdeckend bezahlbaren Wohnraum für alle Lebenslagen zu schaffen. Zwar nimmt die Zahl altengerechter, betreuter Wohnungen sowie gemeinschaftlicher

Wohnformen insgesamt zu – es stehen aber noch längst nicht ausreichend Angebote für die steigende Nachfrage zur Verfügung. Ziel einer altengerechten Quartiersentwicklung ist es daher, älteren Menschen durch bauliche Maßnahmen den Verbleib in ihrer eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen oder zumindest passgenauen „Ersatz“ wie z. B. Wohn- und Hausgemeinschaften in der Nachbarschaft anzubieten. Dabei ist das Wohnumfeld etwa hinsichtlich seiner Barrierefreiheit oder unter Sicherheits-, unter bewegungsanimierenden und kommunikationsfördernden Aspekten ebenfalls in den Blick zu nehmen.³

■ **Handlungsfeld ‚Gemeinschaft erleben‘ – Solidarisches und intergeneratives Miteinander fördern:** Unsere Gesellschaft ist in stetigem Wandel. Familienstrukturen brechen weg oder verändern sich z. B. aufgrund der gestiegenen Arbeitsplatzmobilität der Menschen, mehr Menschen wohnen allein. Die demographischen Veränderungen werden diese Entwick-

³ Siehe auch Beitrag von Rita Tölle in diesem Stadtentwicklungsbericht

lung eher verstärken. Deshalb kommt persönlichen Netzwerken, wie dem Freundes- und Bekanntenkreis, der Nachbarschaft oder einer Wertegemeinschaft eine zunehmende Bedeutung zu. Diese gilt es durch niedrigschwellige und wohnortnahe Angebote zu fördern. Denn das Miteinander ergibt sich vielfach nicht (mehr) „einfach so“. Nachbarschaften müssen oft erst gestiftet oder „wiederbelebt“ und Begegnungsorte geschaffen werden. Der Generationen übergreifende Kontakt ist für alle bereichernd. Gebraucht werden Räume der Begegnung, die auch Orte politischer Partizipation sowie von Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten sein können.

■ **Handlungsfeld ‚Sich einbringen‘ – Partizipation ermöglichen:** Menschen sind heute „anders alt“ als früher. Die nachberufliche Phase ist auch dank guter Gesundheitsdienstleistungen in der Regel über viele Jahre eine aktive Phase des Lebens. Immer mehr Menschen suchen in diesem Lebensabschnitt nach sinnvollen und nicht selten gemeinwesenorientierten Aufgaben. Sie wollen Gemeinschaft erleben und sich in die Gesellschaft mit ihren Erfahrungen und ihrem Tun einbringen. Dieses Potenzial gilt es stärker als bisher zu nutzen – auch für das Quartier. Eine Quartiersentwicklung, die auf den möglichst langen Erhalt von Gesundheit, Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit der Menschen zielt, agiert präventiv und profitiert von den Kompetenzen und der Eigeninitiative der Menschen (Stichwort „self empowerment“).

Ein modularer Baukasten

Als Umsetzungselemente bietet die Landesregierung den Kommunen im Rahmen des Masterplans altengerechte Quartiere.NRW⁴ einen praxisorientierten, modular aufgebauten Baukasten mit Methoden und Instrumenten zu allen Phasen der altengerechten Quartiersentwicklung an sowie eine Landkarte mit guten Praxisbeispielen und eine Vielzahl von weiteren Informationen rund um das Thema altengerechte Quartiersentwicklung, darunter eine Aufbereitung verschiedener Fördermöglichkeiten. Flankiert wird dieses Angebot seit Juni 2012 durch das Beratungsangebot des multiprofessionell besetzten Teams im „Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW“, das bei Bedarf unterstützt. Gleichzeitig hat das Team die Aufgabe zusammen mit Expertinnen und Experten vor Ort das Informationsangebot zu reflektieren und auszubauen. Das betrifft auch Fragen rund um das Thema neue



Soziale Stadt Bergheim Süd-West, Bergheim

und innovative Wohnformen (u. a. Wohn- und Hausgemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen, Siedlungsgemeinschaften).

Für eine erfolgreiche altengerechte Quartiersentwicklung sind also viele verschiedene Bausteine, Ideen und engagierte Akteurinnen und Akteure notwendig. Auch rechtliche Rahmenbedingungen müssen verändert werden, wie dies aktuell auf der Landesebene mit der Reform des Wohn- und Teilhabegesetzes und der Weiterentwicklung des Landespflegerechts geschieht. Nicht alle erforderlichen rechtlichen Änderungen können auf Landesebene erzielt werden können; hier ist auch der Bundesgesetzgeber gefordert. Stichworte sind u. a. die Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs oder die Forderung der Länder nach einem Bundesleistungsgesetz.

So verschieden die Wünsche und Vorstellungen der Menschen und so unterschiedlich die Ausgangsbedingungen und örtlichen Gegebenheiten in den Städten, Gemeinden und Dörfern unseres Landes sind, so unterschiedlich werden auch die Antworten auf die Frage sein, wie genau ein ideales altengerechtes Quartier aussehen muss. Das Quartier der Zukunft wird so vielfältig sein, wie die Menschen, die in ihm leben. Gemeinsam aber muss allen Quartieren sein, dass der Gedanke einer solidarischen Gesellschaft und eines intergenerativen, respektvollen Miteinanders in gegenseitiger Verantwortung Wirklichkeit geworden ist.

⁴ www.aq-nrw.de

Verantwortung für das Quartier übernehmen

Nahversorgung erhalten

Der Rückzug der kleinteiligen Laden- und Nahversorgungsinfrastruktur zu Gunsten einer Standortkonzentration weniger aber größerer Discounter oder Vollversorger in verkehrsgünstigen Lagen oder an Standorten höherer Zentralität ist kein neues Phänomen. Dieser Strukturwandel hat nicht nur mittelbare Konsequenzen für die Schwächung der Zentrenfunktionen und für strukturelle Veränderungen in Kleinstädten und Ortslagen des ländlichen Raums, sondern macht auch vor städtischen Quartieren nicht halt.

Sichtbares Zeichen sind oft leerstehende Ladenlokale, bestenfalls mit Zwischen- oder Nachnutzungen jenseits der Grundversorgung mit Lebensmitteln oder Haushaltswaren für den täglichen Bedarf. Immer seltener folgt noch auf „Tante Emma“ ein „Onkel Ali“. Insbesondere die ursprünglich vorhandenen kleinen Versorgungszentren von industriell geprägten Stadtquartieren im wirtschaftlichen Strukturwandel sowie in Großwohnanlagen und Siedlungen der 1950-1970er Jahre verweisen zunehmend. Hier sind integrierte Lösungsansätze der Quartiersentwicklung gefragt.

Denn die „Stadt der kurzen Wege“ ist vor allem im demographischen Wandel für ältere Menschen ein elementares Gut. Die Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gütern für den täglichen Bedarf ist ein entscheidender Faktor für Wohn- und Lebensqualität im Quartier, insbesondere für weniger mobile und ortsgebundene Haushalte. Hinzu kommt, dass der „Laden um die Ecke“ auch wichtiger Treffpunkt sein kann für nachbarschaftliche Begegnung und gemeinschaftliches Miteinander.

Die Sicherung der Versorgungsinfrastruktur in Quartieren ist vielschichtig und als kooperative Gemeinschaftsaufgabe unterschiedlichster Akteure zu organisieren:

- Die sorgsame Ausweisung von Versorgungsschwerpunkten ist klassische Aufgabe städtischer Planung.
- Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sind gefordert, zur Stabilisierung der Standorte bezahlbare und attraktive Räume für Nachbarschaftsläden zu sichern oder herzurichten.
- Wirtschaftsförderungsaufgaben liegen in der Stärkung der lokalen Ökonomie im Quartier durch Managementberatung und Investitionshilfen – z.B. zur Minderung von Energie- und Betriebskosten.
- Die Gestaltung der öffentlichen Räume als attraktives Umfeld für den „Marktplatz“ im Quartier ist Stadterneuerungsgegenstand.
- Quartiersmanagements kümmern sich um die Organisation mobiler Angebote, Märkte und Dienstleistungen.
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger finden in Nachbarschaftsläden und Nahversorgungsiniciativen strukturell sinnvolle Handlungsfelder.
- Auch ist der Einzelhandel selbst zu ermutigen, mit City-Konzepten in den Quartieren zu bleiben und zu investieren.

Schließlich gibt es ermutigende Beispiele für bürgerschaftliches Engagement, die Dinge durch Bewohner mit viel ehrenamtlicher Arbeit und unternehmerischer Kompetenz selbst in die Hand zu nehmen. Dieses braucht aber aktive Begleitung, Beratung und Unterstützung, Kooperation und Einbindung in eine integrierte Quartiersentwicklung.

Beroma - eine kleine aber feine Genossenschaft als Nachbarschaftsinitiative für die Nahversorgung im Quartier

„Die „beroma eG“ ist das jüngste von vielen Projekten und Aktivitäten des mittlerweile über 25 Jahre alten Nachbarschaftsvereins „Wir in der Hasseldelle e.V.“ in Solingen. Die Hasseldelle ist ein charakteristischer Stadtteil der 1960/70er Jahre, geplant als Satellitenstadtteil für über 2000 Menschen mit hochverdichteten Wohnanlagen des sozialen Wohnungsbaus sowie Eigentumswohnungen, Familienhäusern und einem kleinen Laden- und Dienstleistungszentrum. Schon seit den 1980er Jahren steckt der Stadtteil in der Krise mit Wohnungsleerständen, sozialen Konflikten und drohender Stigmatisierung der Bewohnerschaft. Die Bürger wurden bereits 1987 selbst aktiv und betreiben seither mit langem Atem Nachbarschaftsarbeit über vielfältige Projekte.

Wir sind strikt dafür, dass etwas geschieht – deshalb werden Kinder- und Jugendarbeit, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für junge Menschen, Nachbarschaftsaktivitäten vom Cafe/ Treff bis zum breiten Kursangebot, Spielplatzinitiativen und Patenschaften für Initiativen und Projekte im Wohnumfeld, Integrationsprojekte und Quartiersmanagement organisiert.

Mitmachen ist bei uns kein moralischer Zwang, sondern Lust an gelebter Demokratie und guter Nachbarschaft. So ist auch der Nachbarschaftsladen „beroma“ als Genossenschaft mit 78 Mitgliedern ein Mitmachprojekt der Bürger für die Bürger. Seit 2009 sichert die Genossenschaft die Nahversorgung mit frischen Lebensmitteln, (Bio)Produkten aus der

Region und Dingen für den täglichen Bedarf, mit Dienstleistungen von der Paketannahme bis zum Briefmarken- oder Ticketverkauf, dem Frühstückscafé, einem Bring- oder Abholdienst für ältere oder gebrechliche Bewohner. Der Laden ist Begegnungsstätte und Treffpunkt für alle, aber auch ein Stück elementarer Grundversorgung, gerade für unsere älteren Nachbarn im Quartier.

Die Bewohnergenossenschaft ist Arbeitgeber für eine hauptamtliche Mitarbeiterin und sechs Teilnehmer/innen einer Arbeitsgelegenheit nach § 16 d, SGB II. Das kleine Unternehmen ist Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger, leistet Wiedereingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose und bildet aus. Die gute Zusammenarbeit mit dem kommunalen Jobcenter Solingen ist so auch ein zentraler Baustein für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Betriebs.

Denn bei rund 200.000 Euro Umsatz im Jahr bleibt am Ende das Ziel der „schwarzen Null“ in der Bilanz. Das benötigte am Anfang aus Mitteln der Sozialen Stadt Aufbauhilfe für Umbau, Ausstattung und Einrichtung des Ladens sowie Managementberatung und Marketingkonzept. Voraussetzung ist auch die Übernahme von Verantwortung durch die Wohnungsunternehmen, u.a. durch Bereitstellung des Ladenlokals. Vor allem aber bedarf es viel ehrenamtlicher Arbeit durch den Vorstand und Mitglieder aus Genossenschaft und Nachbarschaftsverein.“



Hans-Peter Harbecke / Christian Petschk
Wir in der Hasseldelle e.V. und beroma eG

Weitere Informationen

- www.hasseldelle.de
- www.beroma.de

Bilder: Beroma, Solingen

Mobilität im städtischen Raum

Qualität für das Quartier



Evelin Unger-Azadi

Ein lebenswertes Quartier zeichnet sich aus durch eine hohe Aufenthaltsqualität, attraktive Straßenräume und dadurch, dass sich dort alle Bevölkerungsgruppen - ältere Menschen, Kinder, Personen mit Beeinträchtigungen - sicher im Verkehr bewegen können. In den Quartieren kommt dem Angebot von Lebens- und Bewegungsqualitäten eine besondere Rolle zu. Eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Mobilität trägt dazu bei, dass Quartiere lebendige Orte bleiben oder dazu werden.



Peter London

Insbesondere in den urbanen Räumen finden sich derzeit Ansätze für einen Wandel der Mobilitätskultur.

Für junge Menschen in Ballungszentren und größeren Städten verliert der eigene Pkw als Statussymbol an Bedeutung. Dafür ist der Besitz von Smartphones und Tablets umso wichtiger. Die jüngere Generation nutzt neue Kommunikationsmedien immer mehr auch als Informationsquellen für eine multimodale Verkehrsmittelwahl. Dieser Bevölkerungsgruppe geht es darum, den Weg von A nach B schnellstmöglich zurückzulegen. Ein Auto muss man nicht mehr unbedingt besitzen, aber man möchte es gelegentlich nutzen können. Auch die Nahmobilität – das Fahrrad oder zu Fuß gehen – spielt dabei eine immer größere Rolle.

Nahmobilität ist die individuelle Mobilität, vorzugsweise zu Fuß und mit dem Fahrrad

Nahmobilität kann aber auch alle anderen nichtmotorisierten Fortbewegungsmöglichkeiten meinen, z.B. Inliner, Skater, Roller, Rollstuhl etc. Schon heute werden in vielen Städten 50 Prozent der zurückgelegten Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigt. In innenstadtnahen Wohngebieten steigt dieser Anteil sogar auf bis zu 70 Prozent. Jeder zweite Weg im Alltagsverkehr ist unter fünf Kilometer lang. Der überwiegende Teil der alltäglichen Mobilität spielt sich also im näheren Wohnungsumfeld ab. Diese Entwicklung bei der Stadtplanung und Stadtgestaltung zu berücksichtigen, nutzt allen Bevölkerungsgruppen – Kindern, Jugendlichen, älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen sowie Menschen ohne eigenes Auto.

In vielen Städten und Gemeinden ist die Radverkehrsförderung ein selbstverständlicher Bestandteil kommunaler Verkehrspolitik geworden. Demgegenüber wird der Fußverkehr, mit einem Anteil von immerhin

24 Prozent nach dem Auto-Verkehr die zweitwichtigste Art sich fortzubewegen, seit Jahren vernachlässigt. Der begrenzte Verkehrsraum in Städten und seine Übernutzung durch den fließenden und ruhenden Kraftfahrzeug-Verkehr einerseits sowie ein zu geringes Raumangebot für einen wachsenden Fußgänger- und Radfahrer-Anteil andererseits bergen die Gefahr, dass Fuß- und Radverkehr auf Dauer stagnieren. Darüber hinaus reichen die heutigen infrastrukturellen und verkehrlichen Standards nicht mehr aus, um den künftigen Ansprüchen an Leistung, Komfort und Sicherheit einer modernen Nahmobilität gerecht zu werden.

In Zukunft muss sich Mobilität vor allem am gesünderen und effizienteren Einsatz der knappen Ressourcen Energie, Raum und Zeit messen lassen. Dabei kann die Nahmobilität eine elementare Rolle spielen – wenn die Voraussetzungen stimmen. Deshalb hat die Landesregierung Nahmobilität zur ressortübergreifenden Aufgabe deklariert und eine breite Beteiligung an der Entwicklung ihres Aktionsplans Nahmobilität sichergestellt.

Der Aktionsplan zur Förderung der Nahmobilität

Der „Aktionsplan der Landesregierung zur Förderung der Nahmobilität“ wurde im Februar 2012 vom Kabinett beschlossen. Der Handlungsansatz Quartier wird intensiv berücksichtigt und ist in unterschiedlichen Zusammenhängen Thema:

- Masterplan Quartier
- Im Quartier bleiben
- Im Quartier Nachbarschaft erleben
- Planungsleitfaden – Nahmobilität im Quartier



Siegen

Darüber hinaus enthält der Aktionsplan eine Vielzahl von Einzelprojekten und Bausteinen, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der Nahmobilität (Mobilität, Gesundheit, Barrierefreiheit, Gehwegparken, Schülerverkehr, Nahversorgung, Altersmobilität etc.) und Argumentationshilfen befassen. Alle diese Aspekte haben eine hohe Relevanz für die Quartiersentwicklung.

Auch ein Leitsatz des Aktionsplans macht diesen Bezug zum Quartier deutlich: „Nahmobilität ist Basismobilität“ - angestrebt wird, die Verkehrsinfrastruktur und straßenverkehrsrechtliche Bedingungen so zu attraktivieren, dass Fußgänger und Radfahrer künftig deutlich bessere Bedingungen in ihren Quartieren vorfinden als heute.

Nahmobilität ist Basismobilität

„Die Stadt als Lebens- und Bewegungsraum“ – das ist das erklärte Leitbild der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen (AGFS) und auch des Aktionsplans. Auf der Quartiersebene kann dieses Leitbild idealerweise realisiert werden. Die gesellschaftlichen Ansprüche an wohnverträgliche Mobilität, Gesundheit, Lebensqualität, Barrierefreiheit, Ökologie, Nachhaltigkeit und Teilhabe erfüllt die Nahmobilität wie keine andere Form der Mobilität. Sie ist ein Thema für alle Bevölkerungsgruppen und berücksichtigt besonders die Schutzbelange von Kindern und älteren Menschen. Zusätzlich hat die Nahmobilität direkten Einfluss auch auf die Gesundheit, die CO²-Reduktion und den durch Verkehr verursachten Lärm im Quartier – damit beeinflusst sie positiv die privaten und gesellschaftlichen Kosten der Mobilität insgesamt.



Soziale Stadt Hervest, Dorsten

Nahmobilität im Quartier benötigt ein generelles Leitbild sowie Anregungen für Strategiebildung und Umsetzung. In Zusammenarbeit mehrerer Ressorts der Landesregierung¹ wird derzeit ein „Planungsleitfaden“ erarbeitet. Für die lokale Umsetzung empfiehlt es sich, auf der Basis des Leitbildes in einem kooperativen Beteiligungsverfahren, zum Beispiel über Workshops mit Bürgern und Akteuren vor Ort, ein konkretes, quartierspezifisches Handlungskonzept zu entwickeln. Angeregt von der Landeszentrale für Gesundheit NRW ist für das Jahr 2014 ein Modellprojekt zur „Nahmobilität im Quartier“ geplant. Der interministerielle Arbeitskreis „NRW in FORM“ koordiniert das Projekt. Es wird zudem unterstützt von der interministeriellen Arbeitsgruppe „Bewegungsfördernde Infrastruktur“ beim Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) des Landes.

Die AGFS hat federführend die dem Aktionsplan zugrunde liegende Konzeptidee „Nahmobilität 2.0“ entwickelt. Im Rahmen dieses Konzepts wird die Funktion der Nahmobilität neu definiert und ein Perspektivenwechsel in der Ausgestaltung der Infrastruktur nahegelegt. Erklärtes Ziel von Nahmobilität 2.0 ist, Städte und Gemeinden zu hochwertigen Lebens- und Bewegungsräumen zu machen, die allen Verkehrsteilnehmern ein Optimum an Bewegungsmöglichkeiten

bieten. Kurzum: Es geht um eine „neue“ Verkehrsinfrastruktur, die allein schon aufgrund ihrer einladenden Gestaltung und Raumangebote „bewegungsaktivierend“ ist. Denn nur dort gehen Menschen gerne zu Fuß, steigen auf ihr Fahrrad oder das Pedelec, wo sie sich auch wohl und sicher fühlen.²

Die AGFS ist der zentrale Partner der Landesregierung, wenn es um die Planung und Kommunikation zur Nahmobilität geht. Die AGFS wird in Zukunft in besonderer Weise die Inhalte und programmatischen Aussagen des Aktionsplans und von Nahmobilität 2.0 in die NRW-Städte und Gemeinden transportieren und die fachliche und politische Umsetzung begleiten.

Netzwerk für mehr Verkehrssicherheit

Das „Netzwerk Verkehrssicheres Nordrhein-Westfalen“ wurde auf Initiative des MBWSV im Jahr 2005 gegründet. In allen fünf Regierungsbezirken unterstützen Koordinierungsstellen die Kommunen dabei, ihre lokale Verkehrssicherheitsarbeit auszugestalten. Ziel ist es, eine sichere und eigenständige Mobilität für alle zu ermöglichen. Rund 300 NRW-Kommunen gehören mittlerweile zu diesem Netzwerk.

¹ MGEPA, MFKJKS, MKULNV und MBWSV

² Weitere Informationen sind zu finden unter www.nahmobilitaet.nrw.de

Im Zentrum der Initiative steht ein Ansatz, der den Bedürfnissen der Menschen nach umfassender Verkehrssicherheit Rechnung trägt und dennoch allen Bevölkerungsgruppen ein Maximum an Mobilität bietet. Die Verkehrssicherheit wird und wurde dabei immer auch unter der Prämisse gesehen, dass ein Verkehrssystem, das insgesamt verstärkt auf das Zu-Fußgehen, das Fahrrad und den ÖPNV aufbaut, besonders sicher ist und eine Voraussetzung für lebenswertere Quartiere ist.

Die Koordinierungsstellen des Netzwerks

- helfen Kommunen dabei, Verkehrssicherheitsmaßnahmen durch Beratung und Workshops vor Ort zu organisieren;
- sie unterstützen den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen zu den einzelnen Handlungsfeldern der Verkehrssicherheit;
- sie stellen den Wissenstransfer von Forschungsaktivitäten, Best-Practice-Beispielen und Landesvorhaben sicher;
- sie bereiten verkehrsmittelübergreifende Fachinformationen zu den einzelnen Handlungsfeldern der Verkehrssicherheit auf und
- sie entwickeln gemeinsame Projekte in den Bereichen Mobilitätsbildung, verkehrssichere Infrastruktur, Mobilitätssicherung im ländlichen Raum und für Senioren sowie Radverkehrssicherheit. Dabei kooperieren sie mit anderen Institutionen.

Ein Projekt, das der Qualitätssicherung von Fußwegen für ältere Menschen dient, ist der „Fußgängercheck“, durchgeführt von der Koordinierungsstelle beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg. In den vier Kommunen Stadt Kerpen, Stadt Herzogenrath, Stadt Brühl, dem Kreis Düren sowie gemeinsam mit dem Seniorennetzwerk Köln Höhenhaus und dem Bonner Arbeitskreis „Sicher unterwegs – ein Leben lang“ wurden in Stadtteilen bzw. Quartieren „Fußgängerchecks“ organisiert. Gemeinsam mit älteren Menschen fanden Begehungen statt, bei denen Schwachstellen des Fußwegenetzes im Zusammenhang mit Barrierefreiheit und Gefahrenpunkten oder beim Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr aufgedeckt und Ideen zur Verbesserung vorgeschlagen werden konnten. Das Projekt eröffnete älteren Menschen die Chance, ihre eigenen Belange in die Verkehrsplanung einzubringen. So ließ sich das Expertenwissen der Älteren für die lokale Verkehrsplanung nutzen.



Kinderzebrastreifen, Kerpen

Mobilitätsmanagement für lebenswerte Quartiere

Das „Netzwerk Verkehrssicheres Nordrhein-Westfalen“ wird derzeit um das Handlungsfeld Mobilitätsmanagement erweitert. Anliegen ist es, im Land und in den Kommunen Strukturen zu schaffen, die langfristig eine sichere, nachhaltige und multimodale Mobilität sicherstellen. So wird versucht, den verkehrlichen Problemen im urbanen Raum zu begegnen, um die Aufenthaltsqualität in Stadt und Quartier zu verbessern und um die Mobilität auch im ländlichen Raum zu erhalten. Mobil zu sein, ist eine Voraussetzung für soziale Teilhabe und nachhaltige Quartiersentwicklung.

Mit Unterstützung der Koordinierungsstellen sollen Kommunen regionale und quartiersbezogene Mobilitätskonzepte entwickeln und umsetzen, die auf die Entwicklung und Optimierung von Angeboten für das Zu-Fußgehen, für das Radfahren, den ÖPNV, für Car-Sharing, öffentliche Fahrradverleihsysteme und andere Dienstleistungen abzielen. Solche Konzepte gilt es, mit kundenfreundlichen Mobilitätsangeboten zu verknüpfen und nicht zuletzt besser zu vermarkten.

In Zukunft soll es in Städten und Stadtquartieren Angebote für die Bürger geben, die nicht nur eine flexible Verkehrsmittelwahl ermöglichen, sondern die zudem sicher, bezahlbar und ressourcenschonend sind. Ein kommunales Mobilitätsmanagement ist die Basis dafür, dass sich Synergien bilden und dass sich verschiedene Verkehrsangebote, Akteure und Dienstleistungen in Stadt und Quartier verknüpfen lassen.

Quartiersentwicklung in Nordrhein-Westfalen

Best Practices



Sabine Nakelski

Quartiere können einen sehr unterschiedlichen Charakter und verschiedene Funktionen in der Stadt haben. Manchmal können sich diese Teilbereiche der Stadt aufgrund spezifischer Hemmfaktoren von einer ansonsten vielleicht positiven Entwicklung abkoppeln. Auch Innenstädte sind in diesem Sinne Quartiere, die mit ihren besonderen Herausforderungen und Nutzungsmischungen ernst genommen und stabilisiert werden müssen. Integrierte Handlungskonzepte ermöglichen den Kommunen eine umfassende Bestandsaufnahme, die nachhaltige Steuerung und die Einbeziehung der relevanten Akteure.

Quartiersentwicklung ist eine komplexe und anspruchsvolle Aufgabe. Erforderlich sind:

- ein ganzheitlicher Blick auf ein Quartier und eine gründliche Bestandsaufnahme der baulichen und wirtschaftlichen Situation sowie der Situation der Bevölkerung in diesem Stadtteil,
- die Erarbeitung einer Stärken-Schwächen-Analyse,
- eine realistische Zukunftsperspektive, die sowohl gesamtstädtische als auch regionale Entwicklungstendenzen berücksichtigt sowie machbare Entwicklungsziele,
- eine frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Bevölkerung im Quartier und
- schließlich ein konkretes Handlungsprogramm, das umgesetzt wird, indem finanzielle und personelle Ressourcen gebündelt werden.

Integrierte Handlungskonzepte sind in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2008 eine verpflichtende Grundlage für die Stadterneuerung in allen Teilprogrammen der Städtebauförderung. Sie bieten sich als strategische Planungs- und Steuerungsinstrumente in der Quartiersentwicklung auch präventiv an, also unterhalb der „interventions-intensiven“ Ebene von Stadterneuerung und Städtebauförderung. Oftmals geht es dann vor allem darum, frühzeitig die Signale aus dem Quartier zu hören und „niedrigschwellig“ zu reagieren.

Um Quartiere zu stabilisieren und weiterzuentwickeln bedarf es einer klaren Sicht auf die Probleme, Potenziale und Chancen sowie einer Zielsetzung, die alle für die Quartiersentwicklung relevanten Akteure mittragen. Nicht zuletzt das Zulassen verschiedener

Sichtweisen und die „Bündelung“ der verschiedenen Interessen, Handlungsoptionen und Ressourcen sind wesentliche Erfolgsfaktoren der Quartiersentwicklung. Es reicht in der Regel nicht aus, ein einziges Anliegen zu optimieren oder durchzusetzen, sondern es geht immer darum, einen gerechten und sinnvollen Interessensausgleich zu organisieren. Dieser ist Voraussetzung dafür ist, dass das komplexe Gebilde Stadt dauerhaft seine vielfältigen Funktionen erfüllen kann.

In der Praxis der Stadt- und Quartiersentwicklung haben sich bereits zahlreiche auf unterschiedlichen Ebenen funktionierende Kooperationen herausgebildet: Stadtentwicklungsplanung, Stadt-, Grün- und Verkehrsplanung, Wohnungswirtschaft, Träger der Wohlfahrtspflege, Einzelhändler, Immobilieneigentümer, Einzelhandel, Schulen und Familienzentren, bürgerschaftliche Initiativen, örtliche Religionsgemeinschaften, Sportvereine, Polizei, Arbeitsagenturen, Kulturinitiativen – sie alle leisten (oder können leisten) unterschiedliche Beiträge zur Entwicklung der Stadtquartiere. Aufgabe der Städte und Gemeinden als Träger der kommunalen Planungshoheit ist es, diese und weitere erforderliche Partner einzubinden, zu aktivieren oder, wo gute Initiativen aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelt werden, diese zu flankieren und zu befördern im Sinne einer „Kultur des Ermöglichen“.

Gute Praxis in der Quartiersentwicklung

■ **Innenstadtkonzept Mönchengladbach-Rheydt – Präventive Quartiersentwicklung.** Die Stadt Mönchengladbach hat 2010 mit dem „Innenstadtkonzept Rheydt“ zentrale Ziele für die städtebauliche Entwicklung der Rheydter Innenstadt, für die Stärkung ihrer Wohnfunktion und für die Verbesserung ihrer Kultur-, Einzelhandels- und Freizeitangebote vorgelegt. In der weiteren Diskussion dieses vorrangig baulichen Konzepts wurde deutlich, dass damit nicht die gesamte Situation des Quartiers Rheydter Innenstadt hinsichtlich sozialer und ökonomischer Fragestellungen beschrieben war. Für eine Förderung des Landes war es daher maßgeblich, dass die bauliche Aufwertung mit einem umfassenden Präventionsansatz verbunden wurde. Dieser sollte u. a. die sozialen Problemlagen vieler Familien und Menschen mit Migrationshintergrund im Quartier, die fehlenden Freizeitangebote und eine zunehmende Tagesobdachlosigkeit von Kindern im Stadtteil berücksichtigen.

Die Stadt hat hierfür einen „Fachbeitrag Soziale Stadt“ ergänzend zum Innenstadtkonzept Rheydt entwickelt. Der Fachbeitrag untersuchte neben der Sozialstruktur das vorhandene Angebot an Bildungseinrichtungen, Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, sozialer Infrastruktur für Familien und Senioren, Infrastruktur für Migrantinnen und Migranten und die Angebote für arbeitslose Menschen. Aus dieser Analyse wurden Entwicklungsziele und konkrete Projekte unter Benennung der Beteiligten, der Träger, der Kosten und der Finanzierung abgeleitet. Diese Maßnahmen stehen nunmehr in der Umsetzung gleichwertig neben baulichen Erneuerungsmaßnahmen (wie z.B. der Sanierung des denkmalgeschützten Pahlkebads) in der Rheydter Innenstadt.

Ausgewählte Beispiele für sozialpräventive Projekte in der Rheydter Innenstadt:

- Viele Kinder und Jugendliche verbringen aufgrund von fehlenden Angeboten und finanziellen Möglichkeiten ihre Freizeit auf der Straße und wissen nicht, wie und vor allem wo sie ihre Freizeit verbringen sollen. Die Folge ist, dass sie sich an Orten in der Stadt aufhalten, wo keine Kontakte zu geeigneten Einrichtungen bestehen. Ein Quartiersjugendmanager wurde für diese Kinder und Jugendlichen als Ansprechpartner eingesetzt. Er vermittelt zwischen den Jugendeinrichtungen und den Jugendlichen und hilft bei sinnvoller Freizeitgestaltung.
- In der Innenstadt von Rheydt leben viele kinderreiche Familien, die sich in sehr belastenden



Soziale Stadt Rheydt, Mönchengladbach

Situationen befinden. Für diese Familien soll zur Unterstützung eine aufsuchende Elternarbeit, ein „Familiencoaching“ (Elternschule des Diakonischen Werks) angeboten werden.

- Mit der „interkulturellen Familienbibliothek“ wird eine neue Zielgruppe, die der Familien und Menschen mit Migrationshintergrund, angesprochen. Die Bibliothek soll zum Treffpunkt und zum Begegnungsort werden, ihre Öffnungszeiten sich eng an Familiensituationen orientieren (auch Samstag und Sonntag). Über spezielle Veranstaltungsformate sollen zudem neue Nutzergruppen angesprochen werden.
- Das Freiwilligen-Zentrum des Caritasverbandes führt das Projekt Bildungspatenschaften mit dem Ziel durch, jeder Familie, die das Angebot annehmen möchte, einen ehrenamtlichen Paten zur Verfügung zu stellen, der Kindern und Jugendlichen in ihrer schulischen Entwicklung und beruflichen Orientierung zur Seite steht und sie während ihrer (Aus-) Bildungszeit begleitet bzw. fördernd unterstützt.

Ergebnis: Das Integrierte Handlungsprogramm Mönchengladbach-Rheydt verknüpft heute die gestalterisch-funktionale Aufwertung des Wohnumfeldes, der Geschäftsbereiche sowie die Verbesserung des Angebotes an Freizeit- und Begegnungseinrichtungen mit zielgenauen sozial-flankierenden Maßnahmen. Dadurch kann ein umfassender Erneuerungs- und Stabilisierungsprozess im Quartier angestoßen werden. Die baulich-investiven Stadterneuerungsmaßnahmen werden gefördert aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“.



Städtebaulicher Denkmalschutz, Schmallenberg



Am Nierspark - Stadttumbau West, Geldern

■ **Schmallenberg 2030 – Quartiersentwicklung im gesamtstädtischen Kontext.** Die Stadt Schmallenberg mit den Kernorten Schmallenberg und Bad Fredeburg besteht aus 83 Ortsteilen – eine durchaus typische Situation für eine Stadt im ländlichen Raum, die sich im Spannungsfeld zwischen dörflichem und städtischem Leben, Arbeit und Tourismus, historischen Altbauten und möglichst nachhaltigen Neubauten bewegt. Das Stadtentwicklungskonzept Schmallenberg 2030 verfolgt die vorrangige Entwicklung der Ortsteile mit wichtiger Versorgungsfunktion (i. d. R. über 1.600 Einwohner). Um die Funktionsfähigkeit dieser Ortsteile zu sichern, werden in anderen Ortsteilen keine konkurrierenden Versorgungsangebote unterstützt. Die Wohnnutzung wird vor allem im Innenbereich der Stadtteile gestärkt, wo zentrale Angebote und Versorgung vorhanden sind.

Das Integrierte Handlungskonzept für den Stadtkern Schmallenberg bündelt die städtebaulich investiven Baumaßnahmen im Quartier des Stadtkerns mit einem ganzen Paket ergänzender Handlungsansätze: Diese reichen von Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung (Leader/Dorfentwicklung) über Maßnahmen der Förderrichtlinien Stadtverkehr bzw. des kommunalen Straßenbaus bis hin zu Anreizen zur Aktivierung privater Investitionen in die energetische Sanierung. Daneben stehen Investitionen im Rahmen der Tourismusförderung gleichbedeutend neben Maßnahmen, die vorrangig den eigenen Bewohnerinnen und Bewohnern zu Gute kommen, wie z. B. die Sicherung der medizinischen Versorgung oder die Verbesserung der Breitbandversorgung. Zur Stärkung der Wohnfunktion in den Quartieren werden Koopera-

tionen mit den örtlichen Wohnungsanbietern angestoßen.

Ergebnis: Das Stadtentwicklungskonzept Schmallenberg 2030 entwickelt einen umfassenden Handlungsansatz zur Sicherung der Angebote der Daseinsvorsorge in den Quartieren einer Kleinstadt im ländlichen Raum. Die Stadterneuerungsmaßnahme im Stadtkern ist hier strategisch und inhaltlich eingebettet. Die städtebaulichen Investitionen im Stadtkern Schmallenberg werden mit Städtebauförderungsmitteln des Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ gefördert.

■ **Geldern, Am Nierspark – Von der Brache zum Stadtquartier.** Die Stadt Geldern erwarb 2007 im Rahmen des Vertragsmodells „BahnflächenPool NRW“ über die Bahnflächenentwicklungsgesellschaft NRW ein rund 110.000 m² großes brach liegendes Areal der Deutschen Bahn AG mit leer stehenden Lagerhallen, ungenutzten militärischen Verladeanlagen und Rangiergleisen, das das zentrale „Scharnier“ zwischen Innenstadt und einem 44 Hektar großen Entwicklungsgebiet für das Wohnen westlich des Gelderner Bahnhofs darstellt.

Das Gebiet wurde neu überplant, geräumt und durch den Bau einer modern gestalteten, barrierefreien Personenunterführung mit der naheliegenden Innenstadt verbunden. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW setzte mit dem Neubau der Polizeiwache und des Finanzamtes einen ersten Entwicklungsimpuls im neuen Quartier „Am Nierspark“. Ein integriertes



Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Ibbenbüren



Bernepark - Soziale Stadt Ebel, Botrop

Handlungskonzept zur Entwicklung dieser Brache zu einem neuen Stadtquartier umfasste zunächst die Modernisierung eines Bahnsteigs, den Neubau eines Bahnsteigtunnels mit Rampen und Durchstich zum Neubaugebiet, den Neubau von ZOB-Haltestellen und von P&R-Stellplätzen, die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes die Errichtung einer RadStation, die Umnutzung der Bahn- und Gewerbebrache zu einem Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum sowie eine umfangreiche neue Wohnnutzung.

Ergebnis: Brachflächen können lange Zeit ein Stadtbild verunstalten und Stadtentwicklung negativ beeinflussen, sie stellen aber auch ein Potenzial für neue Impulse und Quartiersentwicklungen dar. Die Verkehrsprojekte des Nierspark wurden mit Mitteln der Verkehrsförderung, die Aufbereitung der Brachflächen mit Mitteln der Städtebauförderung aus dem Programm „Stadtumbau West“ gefördert.

■ **Ibbenbüren, Innenstadt – Strategische Stadtteilentwicklung mit intensivem Bürgerdialog.** Die Stärkung der Versorgungsfunktion des Stadtkerns ist Ziel des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes für die Ibbenbürener Innenstadt. Die Innenstadt der zweitgrößten Stadt im Kreis Steinfurt hat gemäß ihrer Funktion als Mittelzentrum eine hohe Bedeutung für die Versorgung der Stadt und der umliegenden Gemeinden. Neben funktionalen Mängeln wie Geschäfts- und Gebäudeleerständen prägen städtebauliche und gestalterische Mängel im öffentlichen Raum und an privaten Immobilien das Erscheinungsbild des „Stadtteils“ Innenstadt negativ. Von Bedeutung ist

es, die städtebaulichen Qualitäten des kleinteiligen und historisch geprägten Stadtbildes zu erhalten. Die Innenstadt ist auch ein durch hohe Dichte geprägtes Wohnquartier, dessen Standort- und Lebensbedingungen weiter verbessert werden sollen. Das vorrangig baulich ausgerichtete Maßnahmenkonzept umfasst u. a. städtebauliche Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum, das Schaffen von Eingangssituationen zur Innenstadt, die städtebauliche Neuordnung von rückwärtigen Lagen und Hinterhöfen sowie die Einrichtung von Spiel- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Im Rahmen der Umsetzung des Programms gründete sich eine sehr engagierte, freiwillige Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) mit etwa 25 Mitgliedern, die private Finanzmittel in Höhe von 65.000 Euro in einen mit Städtebauförderungsmitteln in gleicher Höhe kofinanzierten Verfügungsfonds einbringt. Ziel der ISG ist es, die Qualität der Handlungslagen weiter zu verbessern. Dazu hat sie in einem intensiven Prozess sowohl Leitbild als auch Maßnahmenkonzept u. a. für die Bereiche Begrünung, Licht im privaten Raum, Stadtmöblierung, Zwischennutzung leerstehender Immobilien und Aufwertung einer Tiefgarage entwickelt. Die Stärkung der Ibbenbürener Innenstadt ist in einen gesamtstädtischen Kontext eingebettet: Das umfangreiche und mit intensiver Bürgerbeteiligung erarbeitete Stadtentwicklungsprogramm Ibbenbüren zielt darauf, die Stadt vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demographischen Wandels, des zunehmenden interkommunalen Wettbewerbs sowie der zu erwartenden Veränderungen in der wirtschaftlichen Struktur als Zukunftsstandort zu stärken und

eine geordnete und vorsorgende Entwicklung für den Zeithorizont bis 2040 zu ermöglichen. Eine beständige Zielüberprüfung und Fortschreibung des Stadtentwicklungsprogramms sowie die Fortsetzung des Bürgerdialogs sind vorgesehen.

Ergebnis: Ibbenbüren ist ein positives Beispiel für die strategische Herangehensweise an zukünftige Herausforderungen der Stadt- und Quartiersentwicklung. Dabei werden Bürgerinnen und Bürger sowohl auf der strategischen als auch auf der konkreten Projektebene einbezogen. Sie haben bisher durch erhebliches persönliches Engagement zur gelungenen Umsetzung des integrierten Handlungsansatzes beigetragen. Die städtebaulichen Investitionen werden mit finanzieller Unterstützung des Programms der Städtebauförderung „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ umgesetzt.

■ **Kooperation Quartiersentwicklung Soziale Stadt – Emscherumbau.** Wie an einer Perlenkette reihen sich die Quartiere der „Sozialen Stadt“ und des „Stadtumbaus“ im nördlichen Ruhrgebiet entlang der Emscher und ihrer Zuläufe auf. Für den seit 1991 laufenden Umbau des Emschersystems hat sich die Emschergenossenschaft im intensiven Dialog mit der Region die Errichtung des Abwasserkanals Emscher (und aller Zubringerkanäle bis 2019) sowie die Umgestaltung der Emscher und ihrer Nebenläufe bis 2020 vorgenommen. Das alte System der offenen Abwasserableitung über die Gewässer wird aufgegeben und das Schmutzwasser in unterirdischen Abwasserkanälen den Kläranlagen zugeleitet. Durch die vom Abwasser befreiten Gewässer und ihren ökologischen Umbau entstehen Entwicklungsimpulse für die Quartiersentwicklung in den angrenzenden Quartieren.

Eine Kooperationsvereinbarung zwischen Emschergenossenschaft und MBWSV sorgt dafür, dass mit dieser „Jahrhundertinvestition“ eine deutliche Verbesserung der Lebens-, Wohn- und Arbeitswelten der Menschen in der Region verbunden wird und zahlreiche gemeinsame Projekte in Stadtteilen der „Sozialen Stadt“ und des „Stadtumbau West“ in der Emscherregion angeschoben und umgesetzt werden konnten. Ein Beispiel ist der ökologische Umbau des Hahnenbachs in Gladbeck-Brauck in Kombination mit Umweltbildungsangeboten („Blaues Klassenzimmer“) und neuen Naturerlebnismöglichkeiten für die Menschen im Quartier. Ein anderes Beispiel ist die Umgestaltung einer ehemaligen Kläranlage zu einer neuen Grünfläche „Bernepark“ in Bottrop-Ebel in Kombination mit einem Arbeitsmarktprojekt der

gemeinnützigen GAFÖG Arbeitsförderungsgesellschaft. Als nächstes dieser Kooperationsprojekte steht eine ehemalige Kläranlage auf einer Emscherinsel am Rande von Recklinghausen-Süd auf dem Programm. Sie wird so umgestaltet, dass der Kinder- und Jugendcircus „Circus Schnick Schnack“ zukünftig dort einen neuen Standort erhalten kann.

Ergebnis: Die Kooperation der Quartiere der Sozialen Stadt mit der Emschergenossenschaft hat zu einer Reihe besonderer Projekte an besonderen Orten geführt, die das Leben in den Quartieren auf überraschende und unerwartete Weise bereichern. Die aus der Kooperation mit der Emschergenossenschaft entwickelten Projekte wurden mit Städtebauförderungsmitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert.

■ **LenneSchiene – Quartiersentwicklung im regionalen Rahmen.** Acht Kommunen aus Südwestfalen (Iserlohn, Nachrodt-Wiblingwerde, Altena, Werdohl, Plettenberg, Finnentrop, Lennestadt und Schmallenberg) entwickeln gemeinsam ein Maßnahmenpaket, um die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger im Lennetal zu steigern und das touristische Potenzial zu aktivieren. Alle Kommunen stehen von ähnlich gelagerten städtebaulichen, verkehrlichen und wasserwirtschaftlichen Herausforderungen. Durch das Lennetal verläuft die Ruhr-Sieg-Bahnstrecke, die Bundesstraße B 236 und ein Radweg der Lenneroute. Der Fluss und die Verkehrsachsen stellen ein gemeinsames Band dar – wirtschaftlich, touristisch, ökologisch, kulturell und historisch.

Bei den Maßnahmen im Rahmen der „LenneSchiene“ geht es zum Beispiel darum, Industriebrachen in den Ortskernen wieder in den Stadtorganismus zu integrieren und die Bezüge der Ortskerne zum Fluss städtebaulich in Wert setzen. Zu diesem Zweck werden u.a. ufernahe Trassen oder Promenaden an unterschiedlichen Uferabschnitten gebaut, Bahnhöfe und Bahnhofsumfelder revitalisiert oder Plätze aufgewertet, um urbanes Erleben, Erlebnis von Wasser und Landschaft sowie Angebote für Erholung und Spiel zu schaffen. In den Quartieren der Innenstädte werden öffentliche und private Aktivitäten koordiniert. Die einzelnen Projekte werden in Wettbewerben und Werkstätten unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet. Allen gemeinsam ist das Ziel, die Lebensqualität in den Städten und Quartieren der LenneSchiene zu steigern, die Außenwahrnehmung zu verbessern und die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Raum zu erhöhen. Gebündelt



LenneSchiene - Stadtumbau West / REGIONALE 2013 , Altena

werden öffentliche und private Maßnahmen der Stadterneuerung, des Gewässerumbaus, der Verkehrsentwicklung und des Radverkehrs sowie des Tourismus.

Ergebnis: Zwischen den Kommunen hat sich durch das Projekt eine vorbildliche interkommunale Zusammenarbeit etabliert, die mittlerweile Handlungsfelder wie die Wohn- und Gewerbegebietsentwicklung, das Kulturangebot oder die Verkehrsplanung umfassen. Die Quartiersentwicklung bekommt so vor dem Hintergrund des demographischen Wandels den notwendigen überörtlichen Bezug. Die städtebaulichen Investitionen an der LenneSchiene werden gefördert aus den Städtebauförderungsprogrammen „Stadtumbau West“ und „Kleine Städte und Gemeinden“.

■ **Best Practice – Online-Quartiersplattform des MBWSV.** Für eine erfolgreiche Quartiersentwicklung muss jedes Stadtviertel als Einzelfall betrachtet, passgenau abgestimmte Konzepte entwickelt und die passenden Partner gesucht werden: es gibt keine Patentrezepte. Gleichwohl muss nicht in jedem Fall das Rad neu erfunden werden. Wir können von anderen Projekten lernen, uns Anregungen holen oder Hinweise bekommen, welche „Fallen“ wie vermieden und welche Chancen wie weiterverfolgt werden können. Für diesen Erfahrungsaustausch stehen in Nordrhein-Westfalen die kommunalen Netzwerke der

Stadterneuerung zur Verfügung. Mit dem „Netzwerk Innenstadt“, dem „Netzwerk Soziale Stadt“, der „Innovationsagentur Stadtumbau“, der „Arbeitsgemeinschaft Historische Stadt- und Ortskerne“ oder dem „Forum Baulandmanagement“ haben sich die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden eine selbstverwaltete Struktur des kommunalen Erfahrungsaustausches gegeben. Diese flankiert die Stadterneuerungsarbeit wirkungsvoll, entwickelt sie weiter und pflegt den fachlichen Diskurs auf hohem Niveau. Hinzu kommen die Regionale-Agenturen, die für eine zeitlich begrenzte Phase das Strukturprogramm der Regionalen begleiten. In Fachtagungen, Themen-Workshops, Fachveröffentlichungen, Austauschtreffen verschiedenster Mitwirkender bieten sich der „kommunalen Familie“ hier zahlreiche Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs.

In Ergänzung dieser Angebote hat das MBWSV im Rahmen seines Internetauftritts eine neue Plattform „Quartiersentwicklung“ eingerichtet, die sukzessive neben zahlreichen praktischen Hinweisen und Materialien auch einen Fundus an Projektbeispielen aufbauen wird.

Internet:

www.mbwsv.nrw.de/quartiersentwicklung/index.php

Wie geht es weiter in der integrierten Quartiersentwicklung?



Karl Jasper

In Nordrhein-Westfalen gibt es das Phänomen der Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung in den Städten und Gemeinden. Die Knappheit von bezahlbarem Wohnraum auf der einen Seite, der Umgang mit nicht mehr zukunftsfähigen Wohnungsbeständen auf der anderen Seite betreffen mit ihren Auswirkungen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den Städten und Quartieren. Es gibt keine landesweiten "Patentrezepte" für alle. Die Städtebauförderung ist ein Instrument des Landes, das versucht passgenau zugeschnittene Konzepte für jeden Einzelfall zu unterstützen.

Die Lebensqualität in den Städten und Regionen hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Der verfassungsrechtliche Auftrag in Art. 104 b Grundgesetz, nach dem die Städte und Gemeinden in ihrer Entwicklung mit Bundesfinanzhilfen zu unterstützen sind, wird aktuell mit fünf Einzelprogrammen der Städtebauförderung erfüllt. Dabei sollte es während der gesamten Legislaturperiode des nächsten Bundestages bleiben! Die vorhandenen Programme sollten jedoch weiter qualifiziert und gestärkt werden, damit die Städte und Gemeinden eine planbare mittelfristige Finanzierungssicherheit erhalten.

Die Handlungsbedarfe sind offensichtlich

Die Einzelprogramme haben stets versucht, auf spezifische Herausforderungen der Stadt- und Quartiersentwicklung zu reagieren, bzw. präventiv zu agieren. Folgende Schwerpunkte werden derzeit gesetzt:

- In den Gebieten der Sozialen Stadt geht es besonders um die Integration von Zuwanderern und die Bekämpfung von Armut,
- in den Innenstädten und Ortszentren stehen der Strukturwandel im Einzelhandel, der Umgang mit sog. Schrottimmobilien (z.B. Einzelhandelsbranchen), aber auch das qualitäts- und preisbewusste Angebot an Wohnungen für alle gesellschaftlichen Schichten im Vordergrund,
- im Stadtbau sind sowohl Schrumpfung zu begleiten als auch Konversionsflächen städtebaulich neu zu ordnen und es sind die Folgen des Klimawandels in den Griff zu bekommen,
- im Städtebaulichen Denkmalschutz gilt es, die baukulturelle Identität der Quartiere zu erhalten und

hier die besonders erhaltenswerte Bausubstanz zu stärken,

- in den kleinen Städten und Gemeinden steht die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge besonders im Blickpunkt und manchmal die dringend erforderliche interkommunale Kooperation.

Die Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen erfolgt auf der Grundlage der Stadterneuerungsrichtlinien 2008 mit einem für alle Förderprogramme überwiegend identischen Förderangebot. Die Unterschiede und Schwerpunktsetzungen in der Förderpraxis ergeben sich aus den Problemlagen in den Quartieren, aus den daraus abgeleiteten Zielen und Handlungsansätzen für die Gesamtmaßnahme, aus den unterschiedlichen privaten Akteuren und öffentlichen Einrichtungen, die an dem Erneuerungsprozess beteiligt sind, aber auch aus den differenzierten „Programmphilosophien“. Der Städtebauförderung steht mit dem Besonderen Städtebaurecht ein wirksames Instrument zur Seite, um städtebauliche Problemlagen ganzheitlich anzugehen.

BauGB-Novelle 2013 - Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung

Im Jahr 2013 wurde das Städtebaurecht in einem für die Städte und Gemeinden positiven Sinne weiter entwickelt. Für die in diesem Stadtentwicklungsbericht angesprochenen Fragen der Quartiersentwicklung sind aus der BauGB-Novelle 2013 die Neuregelungen in § 179 Abs. 1 BauGB und in § 179 Abs. 4 BauGB hervorzuheben. Danach ist das Rückbaugesuch nicht mehr an einen Bebauungsplan gebunden, sondern es kann in jedem Stadterneuerungsgebiet greifen, in dem ein städtebaulicher Missstand durch den Rückbau



Soziale Stadt, Espelkamp

vorhandener leerstehender, funktionslos gewordener Gebäude beseitigt werden soll.

Auf Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Bremen im Bundesrat sollten Eigentümer verwaarloster, nicht mehr wirtschaftlich nutzbarer Gebäude („Schrottimmobilien“) zu Beseitigungsmaßnahmen herangezogen werden können, wenn die Gebäude negativ in ihre Umgebung ausstrahlen und so einer qualitätsvollen Innenentwicklung und Quartiersentwicklung entgegenstehen. Die gesetzliche Regelung sieht nun vor: „Im Falle des § 179 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB sind die Beseitigungskosten vom Eigentümer bis zur Höhe der ihm durch die Beseitigungskosten entstehenden Vermögensnachteile zu tragen. Der Kostenerstattungsbetrag kann durch Bescheid geltend gemacht werden, sobald die bauliche Anlage ganz oder teilweise beseitigt ist. Der Betrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.“

Der Wert dieser Neuregelung im BauGB für die Stärkung der Innenentwicklung der Städte und Gemeinden wird sich erst im Verwaltungsvollzug erweisen lassen. In den Kommentierungen zur Gesetzesnovelle wird allerdings schon darauf hingewiesen, dass in der nächsten Legislaturperiode ein folgerichtiger zweiter Schritt erfolgen müsse, „der eine unmittelbare kostenpflichtige Heranziehung des Eigentümers ermöglicht und zugleich die Darlegungs- und Beweislast auf den Eigentümer verschiebt.“¹

Innenstädte und Ortszentren / Innenentwicklung

Der demographische Wandel und der Klimawandel verlangen eine Stadt der kurzen Wege. Dies gelingt nur mit einer weiteren Stärkung der Innenentwicklung. Es gilt „die Quartiere in den Zentren“ zu stärken bzw.

¹ siehe Krautzberger/Stühr in DVBL 2013, Seite 805 ff (Seite 813)



Soziale Stadt, Espelkamp

zu entwickeln. Gerade der Strukturwandel im Einzelhandel verlangt nach neuen Nutzungsformen in den Innenstädten. Neben öffentlichen Nutzungen kann dieses auch durch ein qualitäts- und preisbewusstes Angebot an Wohnungen für alle gesellschaftlichen Schichten erreicht werden. Die Innenstädte und Ortszentren sind der ideale Platz für ein integriertes Vorgehen von Stadtentwicklung, Wohnraumentwicklung, Mobilität, Bildung, Kultur, Freizeit und Handel.

Die Städtebauförderung wird sich darauf konzentrieren,

- den öffentlichen Raum barrierefrei und attraktiv zu gestalten,
- mit kommunalen Gemeinbedarfseinrichtungen zu einer besseren Belegung von Innenstädten und Ortszentren beizutragen und
- ein Innenstadtmanagement zu unterstützen, das den immobilienwirtschaftlichen Erneuerungsprozess überzeugend gestaltet.

Soziale Stadt

Die Landesregierung hat die laufende Legislaturperiode unter das Motto „Präventive Politik“ gestellt. Das besondere Augenmerk gilt den Quartieren der „Sozialen Stadt“. Der Begriff Soziale Stadt steht für

eine integrierte Stadtentwicklung in den schwierigsten Quartieren der Städte und Gemeinden. In diesen Stadtteilen wird die Hauptlast einer eigentlich gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bewältigt, nämlich Zuwanderer zu integrieren. Zudem sind diese Stadtteile „die Kinderstube“ der Republik, weil in Ihnen überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche leben, die allerdings auch überdurchschnittlich benachteiligt sind. Mit dem integrierten Ansatz zur Quartiersentwicklung wird mit allen Ressorts der Landesregierung ein Rahmenkonzept entwickelt, das die Unterstützungsmöglichkeiten für diese benachteiligten Quartiere zusammenfasst und miteinander verschränkt. Es geht darum, Bildungsmöglichkeiten zu verbessern, Integration zu befördern, Gesundheitsvorsorge und Sprachförderung voranzutreiben oder Selbsthilfe zu organisieren, um nur einige Beispiele zu benennen.

Die Städtebauförderung ist gefragt, um die vorhandenen städtebaulichen Missstände zu beseitigen, die Quartiere im öffentlichen Raum und im Stadtbild baulich zu erneuern und die administrativen sowie die gesellschaftlichen Prozesse des Zusammenlebens im Quartier zu steuern.

Eine aktive ressortübergreifende Präventionspolitik braucht eine solche bündelnde Leitfunktion der Städtebauförderung. Die Soziale Stadt muss aber auch

auf Bundesebene diese Leitfunktion erhalten, um ein „politisches Schwergewicht“ der Stadtentwicklung und Städtebauförderung zu werden.

Stadtumbau

Aufgaben wie die Schrumpfung zu begleiten, Konversionsflächen großen Ausmaßes städtebaulich neu zu ordnen und die Folgen des Klimawandels (z.B. Hochwasserkatastrophen) in den Griff zu bekommen verlangen einen Stadtumbau, der in eine ganzheitliche städtische und regionale Entwicklungsstrategie eingebunden ist. Die herausragende Aufgabe im Stadtumbau besteht darin, die unterschiedlichen Immobilieneigentümer einzubinden und zu aktiven Mitgestaltern der Stadt- und Wohnraumentwicklung zu machen.

In Nordrhein-Westfalen ist Stadtumbau nicht nur ein Programm der Städtebauförderung sondern eine abgestimmte Strategie, die insbesondere Städtebau- und Wohnungsbauförderung verbinden. Folgende Bausteine gehören dazu:

- Aufwertung und Modernisierung
- Wegnahme und Abriss
- Neubau.

Baukultur

In den Stadterneuerungsgebieten orientiert sich die Städtebauförderung an der baukulturellen Identität der Städte und Gemeinden und legt in allen Förderprogrammen großen Wert auf die weitere Nutzung z.B. des denkmalwerten Gebäudebestandes. In Nordrhein-Westfalen ist die Denkmalförderung auf Darlehensförderung umgestellt worden mit der Maßgabe, dass nunmehr nicht nur eingetragene Baudenkmale, sondern auch sonstige besonders erhaltenswerte Bausubstanz gefördert werden kann. Damit soll die Identität der Städte umfassend bewahrt werden. Gleichzeitig müssen für die energetische Erneuerung dieses Gebäudebestandes innovative Lösungen gefunden werden. Die Initiative StadtBauKultur des Landes setzt hier Impulse und unterstützt Städte, Gemeinden und private Initiativen unter dem Motto „Umbaukultur“.

Es empfiehlt sich für die Zukunft, das Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz explizit weiter zu entwickeln, um neben denkmalgeschützter Bausubstanz auch besonders erhaltenswer-

te Bausubstanz als ein identitätsstiftendes Merkmal der Stadtentwicklung neu in Wert zu setzen.

Klimafolgenanpassung – Grüne Stadt

Das Stadtentwicklungsministerium schafft mit dem Grundstücksfonds, der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft, dem neuen FlächenPool und der Städtebauförderung auf vielfältige Weise Voraussetzungen, dass brachgefallene Flächen und Gebäude nicht nur für neue Nutzungen aufbereitet (Kreislaufwirtschaft in der Fläche), sondern auch Landschaft in den Städten wieder aufgebaut wird. Damit soll Frei- und Erholungsraum für die Bevölkerung geschaffen werden. Zahlreiche große Brachflächen des Militärs, der Industrie, der Bahn, aber auch des Landes bieten die Chance, „Stadt neu zu bauen“ und mit diesen Flächenentwicklungen gemischt genutzte Quartiere mit zukunftsfähigen Wohnqualitäten, aber auch modernen Gewerbebauten und zeitgemäßer öffentlicher Infrastruktur zu entwickeln. Im Interesse einer nachhaltigen Stadt- und Wohnraumentwicklung sind Bund und Land gefordert, auch ihre Flächen in eine geordnete städtebauliche Entwicklung so einzubringen, dass das öffentliche Interesse an dem Flächenbesitz deutlich wird. Eine reine Marktorientierung nach immobilienwirtschaftlichen Kriterien würde dem öffentlichen Auftrag zuwider laufen.

Der Klimawandel und die notwendige Anpassung der Städte an dessen Auswirkungen verlangen eine konsequente Weiterentwicklung der genannten Instrumentarien für eine „Grüne Stadt“ und für urbanes Grün. Die Städtebauförderung unterstützt dieses Anliegen in allen Quartieren der bestehenden Städtebauförderungsprogramme

- mit öffentliche Grünanlagen,
- der Aufwertung privater Haus- und Hofflächen,
- bewohnergetragenen Projekten oder Maßnahmen von Immobilienstandortgemeinschaften z.B. durch Verfügungsfonds.

Vor allem die städtebauliche Integration von Gewässerserläufen gewinnt aus Gründen des Hochwasserschutzes an Bedeutung. In der Zusammenarbeit mit dem Gewässerausbau zeigt sich die interkommunale Kooperation entlang von Flüssen als besonders zielführend. Die Gewässer erhalten nicht nur Retentionsraum zurück, sondern werden in unterschiedlichen Formen und für vielfältige Nutzungen zugänglich gemacht.

Interkommunale Kooperation

Interkommunale Kooperation ist in vielen Fällen erforderlich, um Aufgaben der Daseinsvorsorge und zentralen Versorgung dauerhaft bewältigen zu können. In Nordrhein-Westfalen gilt das sowohl für die Metropolregion des Ruhrgebietes als auch für den ländlichen Raum. Mit den REGIONALEN 2013 und 2016 hat Nordrhein-Westfalen über wettbewerbliche Verfahren den Grundstein gelegt, interkommunale Kooperation ressortübergreifend zu fördern. Für die Städtebauförderung kann das bedeuten, dass die interkommunale Kooperation stärker als bisher auch außerhalb der ländlichen Räume Fördervoraussetzung werden kann. In den Ballungsräumen und in den Stadt- und Umlandbeziehungen macht es Sinn, den Einsatz staatlicher Förderung von regional abgestimmten zeitlichen und sachlichen Prioritäten abhängig zu machen, um Fehlinvestitionen zu vermeiden, etwa bei der Neuordnung großer brachgefallener Industrie- oder Militärfächen. In vielen Fällen kann das Wettbewerbsprinzip wie bei den Regionalen in NRW von gutem Nutzen sein.

Kommunale Infrastruktur und Quartiersbezug

Die energetische Erneuerung und die funktionale Verbesserung gerade der kommunalen sozialen Infrastruktur z.B. im Bildungswesen, in der Kinder- und Jugendbetreuung sowie in der sozialen und kulturellen, aber auch administrativen Versorgung der Bevölkerung stellen die Kommunen vor gewaltige Aufgaben. Die Städtebauförderung kann hier zu einer funktionalen Verbesserung der kommunalen Infrastruktur beitragen, sofern diese sich im Kernhaushalt der Kommune befindet. Ziel ist es auch, eine Multifunktionalität zu erreichen. So können Bildungseinrichtungen in den Quartieren z.B. Stadtteulfunktionen mit übernehmen, Nachbarschaftstreffs können ebenso Orte für ein lebenslanges Lernen werden. Insgesamt geht es darum, den öffentlichen Raum und die öffentliche Gemeinbedarfsinfrastruktur zukunftsfähig zu gestalten, dauerhaft zu sichern und den vielfältigen Bedarfen anzupassen.

Integrierte Quartiersentwicklung

Die Stadtentwicklung in den Innenstädten, in den Quartieren und in den Stadtteilen kann nur wirksam werden, wenn es ein breites Bündnis aus privaten Investoren, aus der Mitwirkung der Bürgerschaft, aber auch aus dem Bereich der öffentlichen Träger gibt.

Integrierte Handlungskonzepte in der Städtebauförderung ermöglichen Transparenz und eine umfassende und kompetente Steuerung, die besonders für die wichtigen Aushandlungsprozesse im Quartier von Bedeutung ist. Die Gutachten zur Bündelungs- und Anstoßwirkung der Städtebauförderung² belegen eindeutig, dass erst in einem geordneten Prozess der integrierte Entwicklungsansatz auch umsetzbar ist.

Bürgerschaftliches Engagement

Ob in Vereinen, Initiativen, Immobilienstandortgemeinschaften: die Bürgerbeteiligung ist ein Wesenselement der integrierten Stadtentwicklung und der Städtebauförderung. Das bürgerschaftliche Engagement für die Stadtentwicklung muss noch besser „in Wert“ gesetzt werden. Es gibt die Anregung der Gremien der Bauministerkonferenz der Länder, einen jährlich wiederkehrenden „Tag der Stadt“ einzuführen, an dem bundesweit in den Stadterneuerungsgebieten Aktionen der Bürgerbeteiligung stattfinden könnten. Er könnte dazu beitragen, bestehende Kommunikationsdefizite über die Wirkung der Städtebauförderung für eine kontinuierliche und nachhaltige Stadterneuerung zu beseitigen. Nordrhein-Westfalen kann insofern auf gute Erfahrungen hinweisen, als im Rahmen des Wettbewerbs „Ab in die Mitte“ alle Gewinnerstädte gleichzeitig an einem „Tag der Innenstadt“ Flagge gezeigt haben. Ein „Tag der Stadt“ könnte auch dem Ziel dienen, die politische und mediale Aufmerksamkeit immer wieder auf die Bedarfe der Stadtentwicklung zu lenken.

Fazit

Die Städtebauförderung wird dort eingesetzt, wo die Städte und Gemeinden unrentierliche Aufgaben der Stadt- und Quartiersentwicklung erfüllen müssen. Sie gibt Anstöße für private Investitionen und ist geeignet, die öffentlichen Mittel anderer Ressorts räumlich zu bündeln. Sie leistet wichtige Beiträge für

- die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur,
- die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität und
- die Beteiligung und aktive Mitwirkung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Immobilieneigentümer.

Ihre Weiterentwicklung und finanzielle Stabilisierung auf Bundesebene ist überfällig. Für die Landesregierung bleibt die Städtebauförderung ein zentrales strukturpolitisches Programm.



Phoenix-See Hörde, Dortmund

Autoren

- Henry Beierlorzer („Verantwortung im Quartier übernehmen“)
Stadtplaner / Architektenkammer NW / henry.beierlorzer@arcor.de
- Frauke Burgdorff
Vorstand der Montag Stiftung Urbane Räume / urbane-raeume@montag-stiftungen.de
- Dr. Daniela Grobe
Referatsleiterin / Abteilung Pflege, Alter, demographische Entwicklung / Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter Nordrhein-Westfalen / daniela.grobe@mgepa.nrw.de
- Christian Holl
Geschäftsführer / Bund Deutscher Architekten (BDA) Hessen / freier Autor / christian.holl@frei04-publizistik.de
- Karl Jasper / Gruppenleiter und Referatsleiter / Abteilung Stadtentwicklung und Denkmalpflege / Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr Nordrhein-Westfalen (MBWSV) / karl.jasper@mbwsv.nrw.de
- Helmut Köchert
Referatsleiter / Abteilung Stadtentwicklung und Denkmalpflege / MBWSV / helmut.koechert@mbwsv.nrw.de
- Peter London
Abteilung Straßeninfrastruktur und Straßenverkehr / MBWSV / peter.london@mbwsv.nrw.de
- Michael von der Mühlen
Stadtdirektor und Mitglied des Verwaltungsvorstands der Stadt Gelsenkirchen / vb6@gelsenkirchen.de
- Sabine Nakelski
Referatsleiterin / Abteilung Stadtentwicklung und Denkmalpflege / MBWSV / sabine.nakelski@mbwsv.nrw.de
- Gabriele Schmidt
Referatsleiterin / Abteilung Soziales / Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen / gabriele.schmidt@mais.nrw.de
- PD Dr. Olaf Schnur
Geographisches Institut der Universität Tübingen / olaf.schnur@web.de
- Carola Scholz
Referatsleiterin / Abteilung Stadtentwicklung und Denkmalpflege / MBWSV / carola.scholz@mbwsv.nrw.de
- Rita Tölle
Referatsleiterin / Abteilung Wohnungsbau, Wohnungs- und Siedlungsentwicklung / MBWSV / rita.toelle@mbwsv.nrw.de
- Evelin Unger-Azadi
Abteilung Straßeninfrastruktur und Straßenverkehr / MBWSV / evelin.unger-azadi@mbwsv.nrw.de
- Dr. Brigitta Verhoek-Köhler
Referatsleiterin / Abteilung Stadtentwicklung und Denkmalpflege / MBWSV / brigitta.verhoek-koehler@mbwsv.nrw.de
- Ralf Zimmer-Hegmann
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH (ILS) Dortmund / ralf.zimmer-hegmann@ils-forschung.de

Links

- www.quartiersforschung.de
- Heimat im Quartier
www.heimat-im-quartier.de
- Soziale Stadt Nordrhein-Westfalen
www.soziale-stadt.nrw.de
- Bundestransferstelle Soziale Stadt
www.staedtebaufoerderung.info
- Bund-Länderprogramm Soziale Stadt
www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebaufoerderung/SozialeStadt/soziale-stadt_node.html
- Landesbüro altengerechte Quartiere in Nordrhein-Westfalen
www.aq-nrw.de
- Sozialberichte für Nordrhein-Westfalen
www.sozialberichte.nrw.de
- Innovationsagentur Stadtumbau NRW
www.stadtumbau.nrw.de
- Bundestransferstelle Stadtumbau West
www.staedtebaufoerderung.info
- Förderrichtlinien Stadterneuerung
www.mbwsv.nrw.de/stadtentwicklung/_pdf_container/Foerderrichtlinien_Stadterneuerung_2008.pdf
- www.lenneschiene.de
- www.innenstadt-nrw.de
- www.aktivezentren.de
- www.staedtebaufoerderung.info
- www.mbwsv.nrw.de/quartiersentwicklung/index.php
- www.hist-stadt.nrw.de
- www.staedtebaulicher-denkmalschutz.de
- www.abindiemitte-nrw.de
- www.nahmobilitaet.nrw.de
- InnovationCity Ruhr
www.icruhr.de
- www.klimaschutz.nrw.de
- Förderung von Wohnraum
<http://www.mbwsv.nrw.de/wohnen/wohnraumfoerderung/index.php>
- Flyer - Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im Wohnbestand
<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mbwsv/bauliche-massnahmen-zur-verbesserung-der-energieeffizienz-im-wohnbestand/1547>

Abbildungsnachweis

Titelbild: Stadtumbau Krefeld, Foto: Christian Meyer

Seite 7: Köln Severinsviertel, Plan und Praxis, Berlin

Seite 9: Köln Belgisches Viertel Q21, Brüsseler Straße (Ute Piroeth Architektur BDA), Fotos: Caroline Sieg, Lioba Schneider

Seite 12/13: Stadt Solingen

Seite 14: Jan Fasselt, StadtRaumKonzept GmbH, Dortmund

Seite 16/17: Soziale Stadt Eschweiler-Ost

Seite 19: Stadt Gelsenkirchen, Foto: Thomas Robbin (architekturbildarchiv)

Seite 20: Stadt Essen, Stadtbildstelle

Seite 22/23: Klanggarten Köln, WSG Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Düsseldorf

Seite 25: Stadt Gladbeck

Seite 26: KALKschmiede*, Köln Kalk, frei04 publizistik Christian Holl

Seite 30: Stadt Velbert, Stadtteilmanagement

Seite 31: Hochbunker Aachen-Ost, Fotos GHS Aretzstraße

Seite 33: Stadt Duisburg

Seite 34: Bochum-Wattenscheid, Foto: Sabine Nakelski

Seite 36: Stadt Mönchengladbach

Seite 39: Stellwerk e.V., Witten

Seite 41: Stadt Bottrop, InnovationCityRuhr, Gartenstadt Beckheide

Seite 42: Stadt Dortmund, Dortmund Hörde, Foto: Jutta Sankowski

Seite 45: Claudius Höfe Bochum, Mathias Claudius Sozialwerk e.V.

Seite 47: Stadt Essen, Essen-Altendorf

Seite 50: Stadt Aachen

Seite 51: Stadt Dorsten

Seite 52: Pfarrzentrum St. Maria Neersen, Willich/ Foto: Elmar Paul Sommer, Architekt, Monschau

Seite 53 oben: Umnutzung Kath. Kirche St. Adelheid, Geldern , Synergon Köln

Seite 53/Mitte: Pfarrzentrum St. Maria Neersen, Willich/ Foto: Elmar Paul Sommer, Architekt, Monschau

Seite 53 unten: Umnutzung als Kita – St. Sebastian Kirche, Münster, Wohn+Stadtbau Münster

Seite 54: KALKschmiede*, Köln-Kalk, Christopher Clem Franken

Seite 56: KALKschmiede*, Köln-Kalk, Christopher Clem Franken

Seite 58: Bremen, Plan und Praxis, Berlin

Seite 59: Stadt Bergheim

Seite 61: beroma eG / Foto unten: Christa Kastner / alle anderen: Hans-Georg Wenke

Seite 63: Siegen, Plan und Praxis, Berlin

Seite 64: Stadt Dorsten

Seite 65: Kinderzebrastreifen Kerpen, Stadt Kerpen, Foto: Michele Maske

Seite 67: Stadt Mönchengladbach

Seite 68: links: Schmallenberg/Oberkirchen, pesch partner architekten stadtplaner BDA/Herdecke
rechts: Geldern, Am Nierspark, BEG NRW Essen

Seite 69: links: Stadt Ibbenbüren, Foto: STBR (wikimedia)

rechts: Bottrop, Bernepark, Foto: Ilias Abawi/Emschergenossenschaft

Seite 71: Lenneschiene Altena, Foto: Dirk Hagedorn (wikimedia)

Seite 73/74: Soziale Stadt Espelkamp, Fotos: Karl Jasper

Seite 77: Dortmund-Hörde, Phoenix-See, Foto: Jutta Sankowski

Impressum

Herausgabe und Vertrieb

Ministerium für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf
broschueren@mbwsv.nrw.de

www.mbwsv.nrw.de

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Broschüre kann bei den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss GmbH bestellt werden. Bitte senden Sie Ihre Bestellung unter Angabe der Veröffentlichungsnummer SB-248 (per Fax, E-Mail oder Postkarte) an:

Gemeinnützige Werkstätten Neuss GmbH
Am Henselsgraben 3
41470 Neuss
Telefax: 02131/9234-699
E-Mail: mbwsv@gwn-neuss.de

Ansprechpartner

Carola Scholz
Referatsleiterin V B 1 – Nationale und europäische Städtepolitik, Forschungsprogramm, StadtBauKultur
MBWSV NRW

Layout

die geonauten 360° – Münster

Druck

JVA Druck + Medien, Geldern

© MBWSV, 2013

**Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf
Telefon: +49 (0)211 3843-0
Telefax: +49 (0)211 3843-9005
www.mbwsv.nrw.de

broschueren@mbwsv.nrw.de

